

...können wir nur selber tun!

Ausgabe Nr. 45, 10. Oktober 2017



Selbstorganisation bleibt Handarbeit: Mietpreise, prekäre Arbeitsbedingungen, Verdrängung, Illegalisierung von Migrant_innen, Sanktionierung von Erwerbslosen, Kriminalisierung linker radikaler Projekte und vieles mehr – es gibt unzählige Bereiche, in denen Menschen von Profitstreben und staatlicher Macht gezeißelt werden. Die Betroffenen finden sich in einer machtlosen Position wieder, aus der heraus individualisierte Kämpfe dem berühmten Kampf gegen Windmühlen gleichkommen. Deshalb schließen sich immer wieder an verschiedensten Orten zusammen, um ein gemeinsames Bewusstsein für ihre Lage zu entwickeln. Sie organisieren sich – in Erwerbsloseninitiativen, Stadtteilgruppen, Migrant_innenorganisationen, feministischen Gruppen.

Fokus dieser Ausgabe sind selbst- oder basisorganisierte soziale Kämpfe und die Frage nach ihrer konkreten Ausgestaltung. Auf welche internationalen Traditionslinien bezieht sich Selbstorganisation? Wie wandelte sich konkrete Basisorganisation im Verlauf der Jahrzehnte? An welche sozialen Kämpfe knüpfen verschiedene Ansätze der Selbstorganisation an? Gibt es Beispiele, in denen selbst- oder basisorganisierte Kämpfe zu konkreten Veränderungen geführt haben? Und wie schnell besteht die Gefahr, von Staat, Kapitalismus oder Institutionen eingehegt und gezähmt zu werden? Unsere Autor_innen haben Beispiele aus verschiedenen Regionen der Welt analysiert und verbinden konkrete Praxis mit Erfahrungen und Theorie. Wir hoffen, mit dieser Ausgabe nicht nur neue Impulse zu setzen, sondern auch Bewährtes weiterzugeben.

In der Januar 2018-Ausgabe setzen wir uns die Partyhüte auf und laden alle zum

200. Geburtstag unseres Lieblings-Genossen ein: Karl Marx! Marx! Marx! Wir wollen sowohl Geschichten über sein Leben als Denker und Revolutionär erzählen als auch uns umsehen in der schier unendlichen Rezeption seiner Ideen. Wenn ihr Lust habt, mitzufeiern, dann schickt uns gerne Buch- oder Rezensionsvorschläge.

Und jetzt viel Spaß beim kritischen Lesen!

„Es gibt keine Abkürzung der Revolution“



Interview mit **kollektiv!** aus Bremen

Ihre 11 Thesen zu linksradikaler Politik sorgten vergangenes Jahr für Aufsehen. Wie die Debatte weiterging und wie ihr revolutionärer Ansatz konkret aussieht, erklären sie im Gespräch.

kritisch-lesen.de: Im Mai 2016 habt ihr die 11 Thesen über Kritik an linksradikaler Politik, Organisation und revolutionäre Praxis“ veröffentlicht und zur Debatte gestellt. Was hat Euch dazu motiviert?

kollektiv! Bremen: Ende 2014 hat sich in Bremen aufgrund der Angriffe des IS auf die kurdischen Gebiete in Nordsyrien, wie in vielen anderen Städten auch, ein Solidaritätskomitee gegründet. Das Besondere an diesem Solikomitee war die Zusammensetzung. An den Treffen haben sich Genoss_innen der türkischen, kurdischen, iranischen und deutschen Linken beteiligt – Menschen, die seit vielen Jahren in derselben Stadt linke Politik machen, sich aber nicht wirklich kennen. Einige Genoss_innen aus dem Solikomitee hat zunehmend die Frage beschäftigt, wie ein „aktiver“ Internationalismus über die „passive“ Organisation von Soliaktionen hinaus aussehen kann und was wir von den dortigen Ereignissen für die Entwicklung einer revolutionären Praxis hier lernen können.

Damals haben wir angefangen, uns in einem kleineren Kreis zu treffen und viele Stunden diskutiert. Wir sprachen über unsere politischen Erfahrungen, analysierten die aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen, kritisierten unsere bisherige Praxis und Perspektiven. Nach einem Jahr kontinuierlicher Auseinandersetzung haben wir beschlossen, einen Schritt weiter zu gehen und als gemeinsamer Zusammenhang auch eine politische Praxis zu entwickeln.

Gleichzeitig war uns klar, dass die Fragen, die uns bewegen, keine Fragen sind, die eine Gruppe alleine beantworten kann und dass es für eine grundlegende Neuausrichtung der Praxis eine breitere Diskussion innerhalb der linken Bewegung braucht. Wir haben deshalb entschieden, unsere Diskussionen in einem Text zusammenzufassen. Die Thesen waren für uns ein Mittel, um nach außen zu treten und mit anderen Gruppen in Kontakt zu kommen.

KL: Ihr sprecht von der Notwendigkeit einer „Neuausrichtung linksradikaler Politik“. Was ist Eure Kritik an linksradikaler Politik und was euer Anspruch an

revolutionäre Praxis?

kollektiv!: Wir sehen linksradikale Politik in einer Krise oder, so könnte man es auch sagen, in einer Sackgasse. Das hat neben vielen gesellschaftlichen Faktoren auch etwas mit der strategischen Schwerpunktsetzung zu tun. Unsere Kritik bedeutet nicht, dass wir alles an der radikalen Linken oder die Bedeutung der gemachten Erfahrungen und des Wissens komplett ablehnen. Aber wir denken, dass die bestehenden gesellschaftlichen Potenziale mit der jetzigen Politik der radikalen Linken nicht ausreichend genutzt werden.

Eine Kritik ist, dass sich radikale Linke meist außerhalb der Gesellschaft verorten, diese ablehnen oder sich explizit von ihr abgrenzen. Das führt zu einem Rückzug in Szenepolitik und Subkultur. Die Folgen sind Abwehrkämpfe auf der einen und der Verlust einer gesellschaftlichen Verankerung auf der anderen Seite. Szenepolitik und Subkultur sind hilfreich, um („Frei-“)Räume zu schaffen, in denen die eigene Identität ausgelebt, verteidigt und politische Bildung organisiert werden kann. Aber sie sind kein ausreichendes Mittel zur Gesellschaftsveränderung. Denn eine emanzipative Gesellschaftsveränderung kann nur denkbar sein als ein Prozess, der von einer breiten gesellschaftlichen Bewegung getragen wird. Deshalb kann revolutionäre Politik nur innerhalb der Gesellschaft stattfinden und muss offensiv sein.

Eine wichtige Frage ist, ob „die“ radikale Linke überhaupt von der tatsächlichen Möglichkeit einer grundlegenden Überwindung dieser Verhältnisse ausgeht. Wir denken, diese Perspektive und Hoffnung ist weitgehend verloren gegangen, was die politischen Ansätze der vergangenen Jahrzehnte deutlich machen. Im Vordergrund stehen reformistische Politikansätze, die auf abstrakter Ebene ansetzen und sich im Rahmen der bürgerlichen Demokratie bewegen. So gibt es Versuche, in den bürgerlichen Diskurs zu intervenieren und eine kritische Zivilgesellschaft zu schaffen. Es gibt Mobilisierungen zu einzelnen Events oder identitätspolitische Ansätze, die versuchen, unterdrückte Positionen innerhalb des Systems sichtbar zu machen und zu stärken. Diese politischen Praxen haben sicher dazu beigetragen, dass sich Diskurse (und auch die konkrete Situation) in bestimmten Bereichen der Gesellschaft verändert und auch verbessert haben. Sie werden aber außerhalb des bürgerlichen Spektrums kaum im alltäglichen Leben derjenigen sicht- und spürbar, die von diesen Verhältnissen am meisten unterdrückt werden. Und sie setzen auf eine Veränderung der Diskurse und Machtverhältnisse von oben und nicht auf eine revolutionäre Veränderung von unten. Es gibt unserer Ansicht nach aber keine Abkürzung der Revolution.

Eine grundlegende gesellschaftliche Veränderung kann nur durch konkrete Veränderungen von Strukturen und Erfahrungen im Alltagsleben stattfinden. Die Entscheidung für eher bürgerliche Politikansätze hat sicher auch mit der Ablehnung

beziehungsweise Angst vor der Gesellschaft zu tun. Diese führt dazu, dass die radikale Linke etwa im Kampf gegen Faschismus eher mit dem Staat und der Sozialdemokratie liebäugelt und Bündnisse eingeht, als eine radikale Politik von unten zu führen. Die Folgen dieser Abwesenheit zeigt sich in ärmeren Stadtteilen, wo in den vergangenen Jahren ausschließlich der Staat (Quartiersmanagement, Sozialarbeit, Demokratieprogramme) sowie Faschist_innen (deutsche, türkische und andere) und religiöse Fundamentalist_innen Basisarbeit gemacht haben und darin sehr erfolgreich waren.

Ein weiterer Kritikpunkt bezieht sich auf die Spaltungen und weit verbreitete Organisationsfeindlichkeit innerhalb der radikalen Linken. Wenn über die Notwendigkeit einer revolutionären Organisation gesprochen wird, dann löst das meist Abwehrreflexe sowie den Vorwurf des Autoritarismus aus. Das hat unserer Meinung nach unter anderem mit einem fehlenden Wissen über antiautoritäre Organisationsansätze zu tun und mit einer Verbreitung von theoretischen Ansätzen, die die Spontaneität der Massen, Identitäts- oder Mikropolitik betonen. Für uns ist Organisiertheit eine Grundlage revolutionärer Politik. Das herrschende System ist in seiner Unterdrückungs- und Herrschaftsweise hoch organisiert und verstärkt darüber hinaus die Individualisierung und Entpolitisierung innerhalb der Gesellschaft. Gleichzeitig gibt es andere gesellschaftliche Kräfte wie Faschist_innen oder religiöse Fundamentalist_innen, die ihrerseits organisiert vorgehen. Es ist daher widersprüchlich, gegen das System kämpfen zu wollen, Organisation aber abzulehnen. Die Frage, die wir als revolutionäre Bewegung vielmehr in einem kollektiven Prozess klären müssen, ist, welche Form der Organisation in der heutigen Zeit notwendig ist und wie das Verhältnis zwischen Organisierten und (noch) Nicht-Organisierten emanzipatorisch und transparent gestaltet werden kann.

KL: Welche Faktoren haben eurer Meinung nach dazu beigetragen, revolutionäre Praxis in der Vergangenheit in den Hintergrund zu drängen?

kollektiv!: Historisch gesehen gibt es verschiedene, ineinander verwobene Faktoren, die zu einer Krise revolutionärer Politik beigetragen haben. Etwas verkürzt können wir hier folgende nennen, die unserer Meinung nach eine wichtige Rolle gespielt haben: Die Niederlage der linken Bewegungen weltweit ab Ende der 1970er Jahre hat zu einer großen Enttäuschung und Hoffnungslosigkeit unter Linken geführt. Dazu gehören sowohl der Niedergang der damaligen sozialistischen Versuche als auch die systematische Zerschlagung linker Bewegungen und Organisationen in vielen Ländern der Welt. Bei vielen, die aktiv geblieben sind, hat dies zu einem Bruch mit organisierten Kämpfen und kommunistischen Ansätzen beigetragen – natürlich auch als Reaktion auf die (teilweise großen) Fehler, Defizite und falschen Ansätze der damaligen sozialistischen Projekte. Eine Folge war, dass innerhalb linker Tendenzen in Westeuropa, diejenigen mehr an Gewicht bekommen haben, die sich inhaltlich sowie historisch von kommunistischen

Ansätzen abgegrenzt haben. In der BRD zeigt sich dies in der Entstehung und Ausbreitung der Sponti-Bewegung, die aus der 68er-Bewegung entstand, mit dieser aber auch explizit gebrochen hat.

Parallel dazu haben sich auch neue theoretische Denkweisen entwickelt, wie postmoderne und poststrukturalistische Ansätze, die sich in der linksradikalen Bewegung schnell ausgebreitet haben und als diskursiver Ersatz für kommunistische Ansätze aufgenommen und verinnerlicht wurden.

Hinzu kommt, dass der Zusammenbruch der Sowjetunion und der Siegeszug des Kapitalismus gesellschaftlich zu einer umfassenden Verinnerlichung kapitalistischer und neoliberaler Denkweisen geführt hat. Das hat sowohl den Raum für revolutionäre Politik innerhalb der Gesellschaft verringert als auch nationalistische Ansätze gestärkt. In dieser Situation sind Abwehrkämpfe in den Mittelpunkt linksradikaler Politik gerückt (zum Beispiel die Antifa-Bewegung) und der Kampf gegen die Gesellschaft hat den Kampf gegen das System ersetzt, was sich theoretisch am deutlichsten in den Ansätzen der Antideutschen widergespiegelt hat. Als Reaktion auf die Fehler von revolutionären Bewegungen und Projekten in der Vergangenheit und die gesellschaftlichen Entwicklungen hat die radikale Linke in der BRD die Verbindung zu ihren revolutionären Wurzeln und Traditionen gekappt.

KL: Der Begriff der Selbstorganisation ist in den Thesen zentral. Was versteht ihr unter Selbst- bzw. Basisorganisation? Ihr verwendet zum Beispiel den Begriff der „widerständigen Infrastruktur“, wie kann diese aussehen?

kollektiv!: Wir haben in den vergangenen anderthalb Jahren, seit wir die Thesen veröffentlicht haben, die Erfahrung gemacht, dass der Begriff der Selbstorganisation sehr weit ist und sehr unterschiedlich verstanden werden kann. Differenzen gibt es dabei nicht so sehr in den langfristigen Zielen, also der Überzeugung, dass eine emanzipatorische Gesellschaft maximal dezentral und selbstorganisiert sein muss und nicht von oben regiert werden kann.

Die Unterschiede haben eher mit der Frage zu tun, wer das Subjekt der Selbstorganisation ist und welche Rolle revolutionäre Kräfte im Prozess der Gesellschaftsveränderung spielen: Geht es uns bei Selbstorganisation im Wesentlichen darum, selbstorganisierte linksradikale Infrastruktur zu schaffen und zu verteidigen (besetzte Häuser, autonome Zentren, linke Kollektive)? Oder geht es uns darum, Strukturen der Selbstorganisation zu schaffen, in denen wir uns als Betroffene in Bezug auf unsere jeweils eigenen Alltagsprobleme organisieren (als Arbeitslose, als Arbeiter_innen, in Mietkämpfen)? Oder geht es um den Aufbau selbstorganisierter Infrastruktur im eigenen Alltag (solidarische Landwirtschaft, alternative Kliniken, Kommunen)? Oder geht es uns um die Schaffung von

Strukturen und politischen Praxen, die neben einer Organisation von uns selbst darauf ausgerichtet sind, für breite Teile der unterdrückten Gesellschaft relevant zu werden?

Natürlich müssen die Strategien nicht komplett gegeneinander stehen, sondern können sich auch ergänzen. Es ist also eine Frage der Schwerpunktsetzung in den strategischen Überlegungen und Praxen. Unsere eigene Praxis orientiert sich am letzten Verständnis von Selbstorganisation. Das heißt, wenn wir vom Aufbau „widerständiger Strukturen“ sprechen, dann meinen wir damit Strukturen, die sich an den Bedürfnissen der Mehrheit der Gesellschaft orientieren, das Entstehen und Führen von Kämpfen ermöglichen und einen gemeinsamen Prozess der Politisierung. Letzterer ist für uns zentral, um über eine kleinteilige und lokale Praxis hinaus eine gesamtgesellschaftliche Perspektive und ein Verständnis über die gemeinsamen Ursachen verschiedener Kämpfe zu entwickeln.

KL: Wer ist also das Subjekt der Selbstorganisation? Seid ihr der Meinung, dass Kämpfe nur aus Betroffenheiten in jeweiligen Interessenskonflikten heraus stattfinden können („die eigene Situation“) oder kann es auch eine solidarische gemeinsame Praxis von „Betroffenen“ und „Nicht-Betroffenen“ geben?

kollektiv!: Das Subjekt der Selbstorganisation sind für uns nicht nur radikale Linke, sondern ein Großteil derjenigen, die von den herrschenden Verhältnissen unterdrückt werden. Wir als radikale Linke sind Teil der Gesellschaft und werden von diesem System unterdrückt, sind also betroffen. Betroffenheit ist jedoch etwas Vielfältiges, nicht alle werden gleichzeitig von allen Mechanismen direkt unterdrückt. Und auch kritische Denkweisen über die gesellschaftlichen Ursachen dieser Mechanismen sind nicht gleich verteilt. Wir könnten es so formulieren: Revolutionär_innen hatten in ihrem Leben „das Privileg“ oder irgendwann die Chance, ein politisches Bewusstsein und kritische Denkweisen zu entwickeln und dadurch auch die Motivation diese Verhältnisse zu verändern. Diese Möglichkeit, die eigene Subjektivität zu entwickeln, ist in der aktuellen Gesellschaft sehr ungleich verteilt. Insofern geht es uns bei der Entwicklung unserer Praxis um die Frage, wie man diese Lücke überbrücken kann.

Eine der Kritiken, die wir häufig hören, ist, dass Basisarbeit und jeder Versuch, Menschen zu „politisieren“ oder zu „organisieren“ per se autoritär, manipulierend oder instrumentalisiert sei. In dieser Logik bleibt nur noch die Möglichkeit, sich als Betroffene selbst zu organisieren und zu hoffen, dass sich andere auch irgendwann organisieren oder spontan emanzipative Erhebungen auftauchen. Wir teilen diese Auffassung nicht. Wir sind (auch wenn unterschiedlich) betroffen *und* haben als Revolutionär_innen ein konkretes Interesse daran, diese Verhältnisse zu überwinden. Das können wir nicht alleine. Deshalb geht es uns darum, Praxen zu entwickeln, die mehr Menschen die Möglichkeit geben, sich kritische Denkweisen

und kollektive widerständige Praxen anzueignen, sich aus ihrer Ohnmacht zu befreien und ihre Subjektivität zu entwickeln. Ein Beispiel dafür kommt von uns selbst: Genoss_innen von uns aus der Türkei haben sich politisiert, weil damals Revolutionär_innen in ihren Stadtteil gekommen sind und Jugendarbeit gemacht haben.

In einer Situation, in der das herrschende System hegemonial ist und aktiv versucht, jeden Funken Widerständigkeit in jedem Bereich des Lebens systematisch zu brechen oder in andere Bahnen zu lenken und auf der anderen Seite reaktionäre Kräfte stehen, die ihrerseits die Unzufriedenheit und Ausbeutung von Leuten ideologisch für sich nutzen, reichen Ansätze der ersten Person nicht aus. Es braucht daher eine revolutionäre Organisation, die in der Lage ist, an vielen unterschiedlichen Orten eine Politik von unten zu entfalten, die am Alltag anknüpft und auch politische Bildung beinhaltet. Revolutionär_innen agieren darin als Betroffene und Initiativkräfte zugleich. Wenn es um die Frage von Instrumentalisierung und Manipulation geht, dann ist unserer Meinung nach eher wichtig, wie das Verhältnis zwischen denjenigen gestaltet werden kann, die schon jetzt die Motivation haben, gegen die Verhältnisse zu kämpfen und denjenigen, die diese Motivation noch nicht haben, alleine kämpfen oder die Gründe für ihre Misere in nationalistischen bis rassistischen Erklärungsversuchen suchen. Wir denken, es ist möglich, eine Praxis zu entwickeln, die auf Augenhöhe stattfindet und darum weiß, dass es ein gegenseitiger Lernprozess ist.

Es gibt aktuell aber auch historisch viele Erfahrungen, die zeigen, dass ein konstruktiver gemeinsamer Kampf möglich ist, wie zum Beispiel in Brasilien, Argentinien, Chiapas, Kurdistan aber auch Organisations-Modelle gegenseitiger Solidarität auf lokaler Ebene zwischen Menschen, die von unterschiedlichen Aspekten des Systems unterdrückt werden, wie zum Beispiel die Solidarity Networks oder Stadtteilgewerkschaften.

KL: Ihr schreibt in eurem Thesenpapier von einem Verlust an Klassenbewusstsein in der deutschen radikalen Linken. Welche Faktoren spielen hier eine Rolle? Und wie müsste eurer Meinung nach eine Wiederbelebung von Klassenpolitik aussehen?

kollektiv!: Die Gründe für den Verlust einer Klassenperspektive innerhalb der radikalen Linken liegen zum einen sicherlich in der spezifischen historischen Situation der BRD, die dazu geführt hat, dass es hierzulande – im Vergleich zu den meisten anderen westlichen Ländern – auch innerhalb der Arbeiter_innenklasse kaum noch ein Klassenbewusstsein gibt. Das hat unter anderem mit der Zerschlagung von kämpferischen Arbeiter_innen-Organisationen im Faschismus und dem systematischen Zurückdrängen von kommunistischen und anarchistischen Einflüssen während des Wiederaufbaus der Gewerkschaften und politischen Organisationen durch die Siegermächte in Westdeutschland nach 1945 zu tun. Aus

diesem Prozess ist ein Gewerkschaftsapparat entstanden, der sich in erster Linie an den Bedürfnissen des Kapitals und Staates orientiert. Mit der Sozialpartnerschaft wurde eines der besten Mittel geschaffen, um die Entwicklung von Klassenkämpfen und Klassenbewusstsein zu zerstören und Interessengegensätze zu verschleiern. Mit anderen Worten: Der Staat trägt in der BRD wesentlich dazu bei, dass der soziale Antagonismus verborgen und in eine neutrale Form von Parlamentarismus und Parteipolitik gelenkt wird.

Das fehlende Klassenbewusstsein innerhalb der Gesellschaft spiegelt sich natürlich auch in der radikalen Linken wieder. Allerdings hat sich die radikale Linke ab Ende der 1970er Jahre und nochmal verstärkt Anfang der 1990er Jahre gezielt von der Arbeiter_innenklasse abgewendet und damit nach und nach jeglichen Kontakt zur Lebensrealität eines Teiles der Gesellschaft verloren.

Zu dieser Abwendung haben dieselben Entwicklungen beigetragen, die wir weiter oben schon beschrieben haben: die Krise sozialistischer Bewegungen und das Bedürfnis sich vom real existierenden Sozialismus abzugrenzen, der Bedeutungsverlust (und die Krise) marxistischer Ansätze, die Verbreitung von postmodernen und poststrukturalistischen Theorieansätzen sowie der Siegeszug des Kapitalismus und die nationalistischen Mobilisierungen innerhalb der Arbeiter_innenklasse.

Die Wiederaneignung marxistischer Theorie ab den 2000er Jahren durch linke Gruppen fand in einem (bewusst) von der Klasse getrennten Raum statt und begriff Marxismus nur noch als Theorie zur abstrakten und ökonomistischen Analyse der kapitalistischen Produktionsweise. Kapitalismus wurde darin also nicht mehr in erster Linie als soziales Unterdrückungsverhältnis zwischen Klassen betrachtet. Das spiegelt sich in den daraus folgenden Politikansätzen wider, die nicht den Klassenkampf von unten, sondern Vertretung, Intervention und Diskursanalyse ins Zentrum setzten.

Eine Wiederbelebung von Klassenpolitik braucht zum einen eine Theorie, die auf historischen Erkenntnissen zum Beispiel des Marxismus und Anarchismus fußt, darüber hinaus aber eine Analyse der veränderten aktuellen Situation zum Beispiel in Bezug auf die Zusammensetzung der Arbeiter_innenklasse umfasst. Zum anderen geht es darum, sich selbst wieder als Teil der Gesellschaft und Klasse zu begreifen, die Szenepolitik und Subkultur zu verlassen, selbst Kämpfe zu führen, Erfahrungen damit zu sammeln und zu verbreiten.

KL: Initiativen wie Quartiersmanagement und Bürgerbeteiligungsforen bieten den neoliberalen Gegenentwurf zu radikaler Organisierung von unten. Was sind aus eurer Sicht effektive Werkzeuge gegen eine Vereinnahmung „von oben“, also von staatlicher Seite?

kollektiv!: Diese (sozial-)staatlichen Organe sind im Stadtteil das, was die reformistischen Gewerkschaften in den Betrieben sind: Sie vereinnahmen und kanalisieren widerständiges Potenzial in vorgegebene Bahnen und verhindern so eine Radikalisierung von Protesten oder Organisation jenseits der offiziellen Strukturen. In der Bundesrepublik fehlt es an Erfahrung mit und Wissen über revolutionäre Bewegungen – über das Potenzial von Selbstorganisation und Kämpfe, die außerhalb von Parlamenten oder Beteiligungsverfahren geführt werden können. Deshalb ist einer der wichtigsten Aufgaben einer Politik von unten, das Wissen um die Stärke von direkten kollektiven Aktionen und Kämpfen wieder zu verbreiten. Das ist nicht einfach, denn natürlich ist Stellvertretung auch bequem und der Grad der Verwaltung des gesamten Alltags durch staatliche und zivilgesellschaftliche Instanzen weit fortgeschritten. Da ist es schwierig, einen Bereich zu finden, in dem ein Freiraum für selbstorganisierte Prozesse entstehen kann.

Ein weiteres wichtiges Mittel gegen die Vereinnahmung ist, die eigene Praxis im Stadtteil aus einer klaren Klassenperspektive heraus zu entwickeln und die unterschiedlichen Interessen der jeweiligen Akteure herauszuarbeiten. Denn die staatlichen Institutionen versuchen ihrerseits, das Modell einer vermeintlich klassenlosen Gesellschaft ohne Interessengegensätze zu vermitteln, in der Bürger_innen gleichberechtigt miteinander und mit dem Staat verhandeln und Lösungen finden können. Hier ist es auch wichtig, die vielen negativen Erfahrungen mit staatlichen Vermittlungsverfahren et cetera von Anfang an in die politische Arbeit mit einfließen zu lassen.

In Bezug auf revolutionäre Stadtteilarbeit ist es zudem wichtig, sich klar von offiziellen Akteuren und Strukturen abzugrenzen und auf eigenen Beinen zu stehen – inhaltlich, strukturell und finanziell.

KL: Welche Rolle spielen hierbei Orte der Bildung? Können Universitäten heute noch als Bildungsfreiräume gesehen werden oder muss Basisorganisation eigene Bildungsangebote jenseits der Uni schaffen?

kollektiv!: Für uns spielt politische (Selbst-)Bildung sowohl innerhalb einer revolutionären Bewegung als auch in der politischen Praxis eine zentrale Rolle. Die konkrete Erfahrung von Solidarität und Kollektivität in Kämpfen und sozialen Bewegungen ist eines der wirksamsten Mittel der Politisierung. Unsere Erfahrungen zeigen aber, dass dies häufig nicht ausreichend ist, wenn nicht gleichzeitig über einen Prozess der politischen Bildung Möglichkeiten geschaffen werden, kritische Denkweisen und die eigene Subjektivität weiter zu entwickeln. Es gibt viele Erfahrungen mit widerständigen Bildungsmethoden von unten, vom Theater der Unterdrückten, den Schulen des Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra (MST – Bewegung der Landarbeiter_innen ohne Boden) in Brasilien bis zu den

Akademien in Kurdistan. (Selbst-)Bildung ist einer der wichtigsten Bestandteile für die Kontinuität, Weiterentwicklung und Ausbreitung revolutionären Denkens und Handelns.

Universitäten sind zunehmend auf die Erfordernisse des Kapitals zurecht gestutzt worden. Sie sind immer weniger ein Ort, an dem widerständiges Denken gelehrt und gelernt werden kann. Linke Theorie an Universitäten ist häufig sehr akademisch und von den realen Kämpfen und Bewegungen entfremdet. Universitäre Forschung und Theorieentwicklung folgt einer Eigendynamik, die mehr an die Erfordernisse des Wissenschaftsbetriebes als an die der Bewegung auf der Straße angepasst ist und aufgrund finanzieller Abhängigkeiten zunehmend seine Unabhängigkeit verliert. Revolutionäre Theorie und Bildung kann aber nie getrennt werden von den Kämpfen, aus denen die Fragen entstehen und in die die Antworten zurückfließen müssen. Insofern ist es wichtig, Räume für politische Bildung jenseits offizieller Institutionen aufzubauen.

KL: Eine große Zahl der Widersprüche des Kapitalismus spielen sich heute nicht mehr auf nationaler Ebene, sondern auf globaler Ebene ab. Was bedeutet das für linke Basisorganisation und die Frage einer internationalen Solidarität und Vernetzung zwischen verschiedenen Organisationen, die sich mit ganz unterschiedlichen Problemen konfrontiert sehen?

kollektiv!: Die Probleme, gegen die verschiedene linke Gruppen in verschiedenen Ländern kämpfen, sind sehr unterschiedlich. Aber bei den Ursachen gibt es viele Überschneidungen, wie zum Beispiel den Kampf gegen staatliche Unterdrückung, Kapitalverhältnisse in Form von Neoliberalismus, Prozesse der Individualisierung und Entpolitisierung, umfassend wirkende Unterdrückungsmechanismen wie Patriarchat und Rassismus et cetera. Bewegungen an unterschiedlichen Orten der Welt haben sich über die Zeit viel Wissen und wichtige Erfahrungen im emanzipatorischen Kampf und Widerstand gegen diese Strukturen angeeignet. Deshalb ist es notwendig, sich über solche Erfahrungen auszutauschen und sich gegebenenfalls gegenseitig zu unterstützen. Das sind auch unsere Erfahrungen im Austausch mit Gruppen aus anderen Ländern. Wir sind erstaunt, wie ähnlich die offenen Fragen und strategischen Debatten trotz der lokalen und nationalen Unterschiede sind. Bei der Frage der Organisation geht es uns nicht um die Entwicklung gemeinsamer Kampagnen oder Aktionen, die einer lokalen Praxis übergestülpt werden, sondern zu Beginn vor allem um einen verbindlichen und kollektiven Austausch über Erfahrungen und Strategien für die (Weiter-)Entwicklung der lokalen Praxis. Gleichzeitig kann eine überregionale bis internationale Organisation bei lokalen Kämpfen konkret hilfreich sein, wenn es zum Beispiel darum geht, die Verlagerung der Produktion während eines Streiks an einen anderen Standort zu verhindern, eine überregional agierende Wohnungsbaugesellschaft in einem Mietkonflikt über den lokalen Rahmen hinaus

unter Druck zu setzen oder auf Angriffe und Unterdrückung koordinierter reagieren zu können.

Lokale Basisorganisation ohne überregionale Organisation mit internationaler Perspektive ist zum Scheitern verurteilt. Sie wird sich im Kleinteiligen verlieren, vom System vereinnahmt werden oder in der Bedeutungslosigkeit verschwinden. Deshalb betonen wir immer wieder die beiden Beine unserer Strategie: lokale Politik von unten *und* überregionale Organisation von revolutionären Gruppen. Die vielen linken Aktivist_innen, die in der BRD im Exil leben, können eine wichtige Rolle beim Aufbau internationaler Kontakte spielen. Deshalb sind wir neben der lokalen Stadtteilarbeit dabei, eine internationalistische Plattform aufzubauen, als Anlaufpunkt und Diskussionsplattform für Linke aus anderen Ländern.

KL: In der Vorbereitung auf dieses Interview sind wir häufiger auf die Kritik gestoßen, dass ihr tatsächliche praktische Ansätze der Selbst- oder Basisorganisation nicht berücksichtigt habt. Tatsächlich lesen sich eure Thesen auch sehr abstrakt und es fällt schwer, sich die Ideen in der Praxis vorzustellen. Könnt ihr Beispiele nennen, die euren Vorstellungen in der Praxis entsprechen?

kollektiv!: Die Thesen waren – wie gesagt – eine Zusammenfassung unseres Diskussionsstandes und für uns eine Möglichkeit, um mit anderen Gruppen in Diskussion zu kommen und kein fertiges Manifest oder so etwas. Vieles ist noch nicht konkret und vieles fehlt darin. Aber wir denken, alles andere muss sich in einem kollektiven, breiteren Prozess entwickeln. Praktische Beispiele gibt es viele. Da die meisten von uns nicht aus Deutschland und der radikalen Linken kommen, sind unsere Bezugspunkte vor allem Bewegungen in anderen Ländern wie etwa die Selbstverwaltung von Fatsa Ende der 1970er in der Türkei, Iran vor und am Anfang der Revolution, Entwicklungen in den kurdischen Gebieten aber auch Selbstorganisationsansätze in Spanien und Griechenland, der MST in Brasilien, die FOL in Argentinien. Aber auch hierzulande gab und gibt es positive Beispiele und sicher auch viele, von denen wir nichts wissen, die wir aber gerne kennenlernen würden.

Wir selbst haben vor einem halben Jahr in einem Stadtteil in Bremen mit unserer lokalen Praxis begonnen, die wir etwas großspurig als revolutionäre Stadtteilpraxis bezeichnen. Wir machen das mit einem etwas größeren Zusammenhang, der sich nach der Veröffentlichung der Thesen gefunden hat. Unser Ziel ist zum einen der Aufbau einer kämpferischen Struktur innerhalb des Stadtteils im Sinne einer Stadtteilgewerkschaft oder eines Solidarity Networks, die auf gegenseitiger Solidarität basiert und von der aus kollektive Kämpfe gegen unterschiedliche Angriffe im Alltagsleben geführt werden können – etwa nach einer Kündigung von Leiharbeitsfirma, nach Leistungskürzungen vom Amt, Mieterhöhungen oder rassistischer Polizeigewalt.

Auf der anderen Seite wollen wir über soziale und kulturelle Aktivitäten Räume schaffen, in denen Nachbar_innen sich treffen und in Diskussion kommen und politische Bildung stattfinden kann. Wir wollen eine lebendige, widerständige Praxis und zugleich eine politische Atmosphäre schaffen – eine revolutionäre Gegenkultur gegen Individualisierung, Entpolitisierung und Spaltungen.

Angefangen haben wir mit regelmäßigen Umfragen auf den Straßen, um die Lebensrealität, Probleme und Perspektiven besser kennen zu lernen. Auch heute sind wir noch viel auf den Straßen unterwegs, reden mit Leuten und verteilen Flyer. Außerdem organisieren wir regelmäßig Filmabende auf öffentlichen Plätzen, machen alle zwei Wochen ein offenes Café und ein Treffen, das für uns der Kern der zukünftigen Stadtteilgewerkschaft ist. Wir versuchen, präsent zu sein und Leute sowohl über konkrete materielle Bedürfnisse anzusprechen als auch diejenigen zu finden, die uns politisch nahe sind und ähnliche Ideen teilen.

Aber wir sind noch total am Anfang. Wie das läuft und ob wir damit Erfolg haben, wird sich zeigen. Aber eines ist klar: In den heutigen gesellschaftlichen Bedingungen, der Vereinzelung, Entfremdung und Entpolitisierung ist diese Praxis keine kurzfristige Angelegenheit. Wir werden einen langen Atem brauchen.

KL: Wie ist die Debatte um eure Thesen in den Monaten nach Veröffentlichung gelaufen? Welche Kritik gab es, welche konstruktiven Debatten? Wie denkt ihr eure Ideen weiter?

kollektiv!: Nach der Veröffentlichung der Thesen haben wir unglaublich viele positive Rückmeldungen bekommen und viele Diskussionen mit unterschiedlichsten Gruppen geführt. Das war für uns sehr wichtig, um uns theoretisch aber auch praktisch weiterzuentwickeln. Gleichzeitig hat es uns gezeigt, dass wir mit unseren Fragen nicht alleine stehen, sondern es einen breiteren Suchprozess innerhalb der radikalen Linken in der BRD (und darüber hinaus) gibt. Das ist genau der Grund warum die Thesen so viel Aufmerksamkeit bekommen haben.

Kritik gab es natürlich auch, sowohl inhaltlich als auch an der Form. Neben der Tatsache, dass die Thesen teilweise für zu lang und abstrakt gehalten wurden, gab es die Kritik, dass die Thesen keine neuen Überlegungen enthalten und dass sie keine konkreten Alternativen formulieren würden. Einige haben in den Thesen leninistische Aspekte vermutet und kritisiert, andere fanden sie zu anarchistisch beeinflusst. Auch wurde uns – wie schon gesagt – vorgeworfen, dass unsere Ansätze manipulierend und instrumentalisierend seien, was uns mit traditionellen kommunistischen Ansätzen verbinden würde. Teilweise gab es die Reaktion, dass linksradikale Politik nicht in einer Sackgasse sei, die Kritik an Subkultur und Szenepolitik nicht nachvollzogen werden könne und eine Trennung von der Gesellschaft auch für notwendig empfunden werde. Einige fanden die

Zusammenarbeit mit Parteien, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft notwendig und hilfreich und unsere Abgrenzung an diesem Punkt nicht gut. Und es gab auch einige Kritik von feministischer Seite, weil unsere Thesen die Rolle des Patriarchats und damit feministischer Kämpfe nicht ausreichend betont haben.

Einige Kritiken (aber auch einige positive Rückmeldungen) basieren unserer Ansicht nach auf einem falschen Verständnis dessen, was wir eigentlich ausdrücken wollten. Andere sind sehr treffend und haben uns geholfen, Lücken oder bestimmte Aspekte zu hinterfragen oder weiter zu entwickeln. Was uns sehr hoffnungsvoll stimmt ist, dass es innerhalb der linksradikalen Szene momentan ein großes Bedürfnis an einer ernsthaften und respektvollen inhaltlichen Auseinandersetzung und Diskussion um Strategien und Praxen gibt und auch einige Versuche der praktischen Umsetzung. Wie sich dieser Prozess entwickelt, werden wir sehen. Fragend schreiten wir voran.

Zitathinweis: kritisch-lesen.de Redaktion: „Es gibt keine Abkürzung der Revolution“. Erschienen in: ...können wir nur selber tun!. 45/ 2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1434>. Abgerufen am: 10. 10. 2017 12:54.

Rojava: Welche Art der Selbstbestimmung?



Essay von **Alp Kayserilioğlu**, re:volt magazine

Jenseits von Romantisierung und Dämonisierung: Was sind zentrale Elemente, Fragen und Probleme der Revolution in Rojava?

Essay von [Alp Kayserilioğlu](#)

Lange Zeit haben viele Linke in Deutschland die PKK und die kurdische Befreiungsbewegung als nationalistisch und stalinistisch abgetan. 2014 änderte sich das schlagartig: Mit dem Angriff des IS auf Kobanê sowie des Widerstandes der YPG/J wurden die Kurd*innen zu Held*innen und auch innerhalb der deutschen Linken plötzlich „in“. Die anfängliche Euphorie hat sich zwar nicht aufgelöst, aber doch erheblich an Schwung verloren. Es haben sich einige Kurdistan-Solikomitees mit Öcalan-Lesekursen gebildet und es findet zumindest ein wenig internationalistische Arbeit statt. Ansonsten debattieren Linke viel darüber, ob sich die Kurd*innen an den US-Imperialismus verkauft haben oder nicht. Hinzu kommt eine romantische Schwärmerei, die eher der Projektion eigener Wünsche und Sehnsüchte entspricht als einem wirklichen Interesse an dem Revolutionsprozess. Über zentrale Elemente, Fragen und Probleme der Revolution wird kaum (mehr) debattiert. Was also sind die Schlüsselemente der neuen Gesellschaftsformation in Rojava/Nordsyrien und welche Prozesse der Selbstorganisation sind dabei zentral?

Nationale Selbstbestimmung

Kämpfen um nationale Selbstbestimmung steht die deutschsprachige Linke meist ablehnend gegenüber – genau dieser Kampf ist allerdings zentrales Kernelement und Motivationskraft in der Revolution von Rojava und auch in den Auseinandersetzungen in den anderen Teilen Kurdistans. Das historische Gebiet Kurdistans wurde nach dem Ersten Weltkrieg auf vier Nationalstaaten verteilt, was bis zum heutigen Tag zur Unterdrückung der Kurd*innen in den jeweiligen Nationalstaaten sowie zum Widerstand gegen diese Unterdrückung führte. In Syrien lief es nicht wesentlich anders ab. Spätestens seit den 1950ern nahm die Repressionswelle gegen die syrischen Kurd*innen Schritt für Schritt zu: Vertreibung, Zwangsarbeit, Entzug der Staatsbürgerschaft, Verhaftungen, Verbot kurdischer Traditionen, Namensänderung von Dörfern und

Massenzwangsumsiedlungen gehörten zum Programm.

Im Gegensatz zu den anderen Teilen des historischen Kurdistans entwickelte sich der Befreiungskampf in Syrien aber anders: Als Druckmittel gegenüber der Türkei tolerierte der syrische Staat, dass die PKK ihre militärischen Hauptausbildungslager in Syrien unterhielt. Im Gegenzug verzichtete die PKK darauf, die kurdische Frage in Syrien zu thematisieren, um ein ungestörtes organisatorisches Hinterland zu haben. Letztlich wurde das informelle Bündnis zwischen Assad-Regime und PKK in Syrien gekündigt: Im Adana-Abkommen von 1998 akzeptierte Syrien die Bedingungen der Türkei, der PKK-Führer Abdullah Öcalan musste fliehen und geriet in Gefangenschaft. Aus der Isolationshaft heraus leitete er den Paradigmenwechsel der PKK von marxistisch-leninistischem nationalen Befreiungsprogramm zum demokratischen Konföderalismus ein. Wichtig für die Perspektive der nationalen Frage war, dass die PKK ab nun in allen Teilen Kurdistans genuine politische (Massen-)Strukturen aufbaute – auch in Syrien. Entsprechend repressiv reagierte der syrische Staat.

Als sich dann 2012 die syrischen Kräfte weitestgehend aus Nordsyrien zurückzogen, um die Kerngebiete zu verteidigen, übernahmen die sehr gut organisierten PKK-nahen Kräfte in Teilen der heutigen Kantone Afrîn, Kobanê und Cizîre die Macht. Sofort hoben sie alle antikurdischen Beschränkungen auf, legalisierten die kurdische Sprache, Organisationen und Feste und eröffneten Dutzende Schulen, Kulturinstitutionen und ähnliche Strukturen zur Förderung der kurdischen Sprache und Traditionen. Die nationale Befreiung war somit erfolgreich und strahlte bis in die Türkei aus, in der sie die Kurd*innen massenhaft motivierte.

Interessant jedoch sind die Konflikte, die sich alsbald im kurdischen Lager um den Charakter der nationalen Befreiung einstellten: Sollte die nationale Befreiung *demokratisch* oder *nationalistisch* sein? Öcalan lobte vom Gefängnis aus die erfolgreiche nationale Befreiung, insistierte jedoch scharf darauf, dass die Revolution nicht dabei stehenbleiben dürfe. Er drängte die PKK und die PKK-nahen Kräfte dazu, „Rojava“ (auf Kurdisch: „Westen“) in eine Nordsyrische Föderation zu verwandeln, die nicht kurdisch zu definieren sei, sondern als Gebilde, die alle Rechte der in Nordsyrien wohnenden Bevölkerung anerkennt und mehrere Amtssprachen besitzt – unter anderem Kurdisch. Den eher traditionalistisch ausgerichteten Kräften, die dem nordirakischen Barzani-Clan nahestehen, war die Revolution hingegen nicht national genug: Sie verlangten eine explizit kurdische Definition des Gebildes und wandten sich von den Vorschlägen der PKK-nahen Kräfte ab.

Letztlich setzte sich die *demokratische* Perspektive durch: Rojava und später die Nordsyrische Föderation wurde als multiethnisches, multilinguales und multireligiöses Gebiet begriffen und institutionalisiert, unterschiedliche

Minderheitenquote auf unterschiedlichen Ebenen eingeführt. Mit den Syrischen Demokratischen Kräften (SDF) schufen die PKK-nahe Partei der Demokratischen Einheit (PYD) sowie die Volksverteidigungseinheiten (YPG) eine Militärkoalition, die quantitativ betrachtet mittlerweile mindestens zur Hälfte von nicht-kurdischen Elementen gestemmt wird, während die Stadträte der befreiten Städte entsprechend der ethnischen Bevölkerungszusammensetzung strukturiert sind. Diese Form der demokratischen Perspektive wird seitens der PYD und anderer Organisationen letztlich ganz Syrien als Lösungsmodell für die internen Konflikte vorgeschlagen.

Rätedemokratische Selbstorganisation

Es gibt ein Kernstück, für das sich die Linke weltweit interessiert, wenn es um Rojava geht: die rätedemokratische Selbstorganisation. Dabei übersehen Linke oft, dass das politische System in Rojava durchaus komplexer und widersprüchlicher ist. PKK-nahe Kräfte führten das Rätssystem mit der Machtübernahme 2011/12 in den Gebieten ein, in denen sie die Führung innehatten. Grenzen fand die Implementierung sowohl in der Skepsis nicht-PKK-naher und nicht-kurdischer Kräfte als auch in Schwierigkeiten bei der Umsetzung in den Gebieten, in denen der IS wütete. Dennoch: Schritt für Schritt weitete sich das Rätssystem aus.

Das Rätssystem besteht von unten nach oben aus Kommunal-, Stadtteil-/Dorfgemeinschafts- und Gebietsräten sowie einem obersten Volksrat, wobei der Volksrat quasi das politische Hauptorgan für ganz Rojava ist. Der Kern sind die einzelnen Kommunen, die je nachdem aus 40 bis 300 Haushalten eines Straßenzugs konstituiert werden. Ein- bis zweimonatlich tagt das Plenum der Kommune, an der jede*r aus der Kommune teilnehmen und mitentscheiden darf. Die Plena initiieren je nach Bedarf die nötigen Kommissionen, wählen die Koordination sowie die Ko-Vorsitzenden und entscheiden in zentralen Angelegenheiten. In der Koordination, die durchschnittlich wöchentlich tagt, treffen sich die Ko-Sprecher*innen der insgesamt acht Kommissionen (Politik, Frauen, Verteidigung, Freie Gesellschaft, Zivilgesellschaft, Ideologie, Justiz, Wirtschaft) sowie die Ko-Vorsitzenden der Kommune, um über die Koordination der einzelnen Arbeitsfelder zu diskutieren und zu beschließen. Diese Treffen sind öffentlich. Die Kommissionen hingegen arbeiten zu den jeweiligen Teilbereichen innerhalb der betreffenden Kommune: Sie beschließen Infrastrukturmaßnahmen, kümmern sich um Müllentsorgung sowie die Versorgung von Kranken und Mittellosen, organisieren die Sicherheit und wenden sich bei Problemen, die ihre Mittel überschreiten, an die höheren Strukturen. An den Kommissionen kann sich jede*r aus der Kommune beteiligen. Die Kommune ist Kern des Rätensystems und zugleich dasjenige Element, das die größtmögliche direkte Partizipation der Bevölkerung erlaubt.

Auf der nächsthöheren Ebene treffen sich die Koordinationen von sieben bis 30 Kommunen zum Plenum des jeweiligen Stadtteil- bzw. Dorfgemeinschaftsrats. Nach demselben Muster wie in den Kommunen werden die dortigen Gremien gestaltet, kontrolliert und Beschlüsse in die Tat umgesetzt. Die Eigenmächtigkeit der jeweiligen Kommunen wird dadurch gewahrt, dass sie die Stadtteilräte zusammensetzen und zugleich dadurch, dass Entscheidungen der jeweiligen Räte in den sie betreffenden Kommunen abgenickt werden müssen. Diese Kompetenz der jeweils unteren Strukturen, auch von Entscheidungen der oberen Strukturen abweichen zu dürfen oder Einspruch einzulegen, gilt für das gesamte System.

Ab der dritten Stufe des Rätensystems, dem Gebietsrat (eine gesamte Stadt plus Umfeld), engagieren sich vermehrt Parteien und NGOs. Während das Plenum erneut aus den dazugehörigen Koordinationen besteht, bekommen nunmehr Parteien, die auf der vierten und obersten Ebene des Rätensystems, dem Volksrat, aktiv sind, zusätzliche Sitze in den Plena der jeweiligen Gebietsräte. An die Gebietsräte sind zum Beispiel auch die ehemals staatlichen Kommunalverwaltungen mit ihren kommunalen Diensten und Infrastrukturen angebunden. Die Koordinationen der Gebietsräte scheinen hingegen viel stärker bei der TEV-DEM, der Koalition PKK-naher Kräfte, zu liegen. Als vierte und höchste Instanz rangiert der Volksrat Westkurdistan, der ebenfalls eng mit der TEV-DEM gekoppelt ist. In ihm werden Angelegenheiten, die ganz Rojava betreffen, koordiniert und beschlossen.

Dies klingt zunächst alles recht übersichtlich strukturiert. Allerdings bestehen seit 2014 zunehmend parallel zu den Rätestrukturen parlamentarisch-demokratische Strukturen auf Gemeinde- und Stadtebene. Hinzu kommt – seit dem Gesellschaftsvertrag von Rojava – die Gliederung Rojavas in einzelne Kantone. Letztere ist auch offen für Kräfte, die beim Rätensystem nicht mitmachen. Die Transformation von Rojava in die Nordsyrische Föderation ging zusätzlich einher mit einer Ausweitung auf Gebiete, die noch nicht einmal kantonal organisiert sind. Die Frage nach der Verteilung von Kompetenzen und Entscheidungsgewalten sowie der politischen Struktur ist damit noch verwirrender und unklarer geworden. Es scheint der Fall zu sein, dass vieles de facto geregelt wird. Es wird sich aber erst mit Ende des Krieges und der Ausdifferenzierung (klassenförmiger) Interessen zeigen, wohin sich das politische System entwickeln wird.

Fakt ist, dass neben der nationalen Befreiung insbesondere die politische Struktur des Rätensystems eine bisher nicht gesehene Massenpartizipation und Selbstermächtigung in den betreffenden Gebieten, insbesondere auf kommunaler Ebene, entfesselte.

Nicht zuletzt aus der Perspektive der Frauen(selbst)ermächtigung ist die Leistung des Rätensystems beachtlich. An der von Öcalan entwickelten Theorie der Jineologie

lässt sich etwa aus westlich-feministischer Perspektive mit Fug und Recht die Naturalisierung von Geschlechterrollen kritisieren. Übersehen sollte man deshalb aber nicht, unter welchen Umständen die Frauenbewegung in Rojava entsteht und was sie zu erreichen im Stande ist: Innerhalb weniger Jahre wurden in einem erzpatriarchalen Gebiet, in dem zudem der IS mit Massenversklavung und -vergewaltigung von Frauen wütete und weiterhin wütet, Gender-Quoten in politischen und militärischen Angelegenheiten normalisiert, eigenständige Frauenräte gebildet und – als Mittel der Frauenbefreiung – eigenständige Frauen-Kampfparteien, die YPJ, institutionalisiert. Was strafrechtliche Angelegenheiten in Bezug auf Frauen und Kinder angeht (von Belästigung über Vergewaltigung bis hin zu häuslicher Gewalt), sind eine besonders aus Frauen gebildete Sicherheitsbehörde, die Asayisch-J, sowie aus Frauen gebildete Räte zuständig. Ähnliche Institutionen wären nicht nur in der deutschen Linken bitter nötig.

Keine Rätedemokratie ohne revolutionäre Kader-Kampfpartei

Linke Solidarität und Parteinahme für die Revolution in Rojava übersieht häufig die zentrale Rolle der revolutionären Kader-Kampfpartei. Daran hat nicht zuletzt der von Öcalan eingeleitete Paradigmenwechsel großen Anteil, insofern es in der neueren Theorie des Demokratischen Konföderalismus eigentlich keinen Platz für sie gibt. In der Praxis sieht das ganz anders aus: Ohne die Aktivität von PKK-Kadern und PKK-nahen Kräften wären weder PYD noch YPG entstanden. Rojava und die Rätedemokratie wären ohne sie undenkbar. An fast allen führenden militärischen und politischen Stellen sind PKK-Kader aktiv.

All das heißt nicht, dass alle Organisationen Tarnorganisationen der PKK sind und von ihr kontrolliert werden oder alles erstickt wird, was nicht passt oder nicht PKK-nah ist. Die Basisaktivität der Bevölkerung und die Räte sind real, auch wenn das Verhältnis von „obersten“ politischen Machtstellen und „untersten“ Räten nicht ganz durchsichtig ist. Die PKK und PKK-nahen Kader besorgen vor allem die militärische Organisation und Führung und die hohe Politik, das heißt Verhandlungen mit Assad und den anderen beteiligten Großmächten, regionenübergreifende Diplomatie mit den unterschiedlichen Gruppierungen und Interessen in Gesamt Rojava/Nordsyrien sowie weitestgehend die Kontrolle über Infrastruktur und Großbetriebe. Im Endeffekt bedingen sich in Rojava Rätedemokratie und revolutionäre Partei gegenseitig: Ohne die revolutionäre Partei hätte es nicht die Machtübernahme und Initiierung von Rätestrukturen sowie ihren Schutz vor dem IS, ohne die aktive Partizipation der Massen keine soziale Verankerung der neuen Macht und der neuen Gesellschaftsvorstellungen gegeben. Ebenso wenig wird es ohne breite Mobilisierung, so lässt sich sicher voraussagen, keine Transformation der ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse geben.

Dass die Balance eine heikle ist, kennt man aus früheren sozialen Revolutionen. Auch in Rojava wird sich der Erfolg der sozialen Revolution daran bemessen, wie weit die Differenz zwischen Regierenden und Regierten aufgehoben werden wird.

Das heikle Thema der Produktionsweise

In Öcalans neueren Schriften lassen sich bekanntermaßen ganz unterschiedliche Dinge zum Thema der Wirtschaft oder der Produktionsweise finden. So nehmen sich einerseits die liberalen Argumentationsmuster, die sich entlang einer Entgegensetzung von natürlicher, demokratischer Gesellschaft und repressivem, autoritären Staat formieren, als eher moralistisch, korporatistisch und versöhnlerisch aus. Andererseits finden sich ebenso viele antikapitalistische Elemente, die auf eine Aufhebung der profitwirtschaftlich und monopolistisch organisierten kapitalistischen Produktionsweise hin zu einer kooperativen und kommunalen Ökonomie mit Fokus auf Bedürfnisbefriedigung zielen. Was Eklektizismus in der Theorie ist, stellt sich in der Praxis als ein Ganzes von teils auseinanderstrebenden Widersprüchen und Tendenzen dar.

Die von den PKK-nahen Kräften verfolgte Umstrukturierung der Wirtschaft Rojavas entwickelt sich anhand der Achse von Kooperativen und an die Rätestrukturen gebundenen Wirtschaftskommissionen. Zahlen gibt es wenige. Fakt ist, dass die Wirtschaftskommissionen der Räte- und Föderationsstrukturen alles übernahmen, was zuvor verstaatlicht war – die Rede ist von bis zu 70 bis 80 Prozent aller Ländereien. Fakt ist aber auch, dass Privatunternehmen, deren Besitzer nicht geflohen waren, sowie Großgrundbesitz nicht angefasst wurden. Der Volksrat und die föderalen Strukturen monopolisierten nicht nur die wenigen großen ehemaligen Staatsbetriebe (Elektrizität, Benzin, Brotproduktion und öffentlicher Verkehr), sondern auch die Verteilung von Grundnahrungsmitteln und verteilten deren Produkte bedarfsorientiert. Zusätzlich wurden Preiskontrollen für Grundnahrungsmittel, die über den Markt verhandelt wurden, eingeführt. Mit diesen Maßnahmen konnte eine stabile Infrastruktur und Grundversorgung der Bevölkerung garantiert werden.

Unterhalb dieser Ebene der grundlegenden und umfassenden Versorgung und Infrastruktur wird die Entwicklung einer Kooperativenwirtschaft vorangetrieben und gefördert. So wird Land, das nicht benutzt wird, sowie Gebäude und jeweilige Werkzeuge an Menschen zwecks Gründung von Kooperativen übergeben. Diese zumeist kleinen bis mittleren Einheiten übernehmen in erster Linie Subsistenzproduktion und drücken knapp 30 Prozent des Gewinns an die jeweiligen Wirtschaftskommissionen ab, die damit die Gründung neuer Kooperativen fördern. Zusätzlich kontrollieren die zuständigen regionalen und kommunalen Räte Leitung und Geschäftstätigkeit der jeweiligen Kooperativen, um einen „Betriebsegoismus“, wie er sich zum Teil in der Sowjetunion und in Jugoslawien herausbildete, zu

verhindern. Die Kooperativen stellen somit kein Privateigentum dar und können auch nicht privatisiert werden. Die Werktätigen der Kooperativen betreiben sie zusammen mit den jeweiligen Rätestrukturen. Die wenigen Zahlen, die vorliegen, zeigen, dass die Kooperativenstruktur bislang noch nicht stark ausgebildet ist. Die Rede ist von etwa fünf Prozent der Wirtschaftsleistung.

Während Anhänger*innen der Revolution von Rojava den Aufbau der Kooperativenwirtschaft als Aufbau einer alternativen, nichtkapitalistischen Wirtschaft feiern, reden kritische Stimmen von „notdürftigen Übergangslösungen“. Korrekter ließe sich festhalten, dass es unterschiedliche soziale Akteure mit unterschiedlichen Interessen und ergo unterschiedlichen Vorstellungen der zukünftigen Wirtschaftsordnung in Rojava gibt, die im Rahmen einer vom Krieg dominierten Wirtschaft zusammenkommen. Aber während die Neureichen der Kriegsökonomie (Schmuggel, Handel, informelles Finanzwesen) sowie Überreste der Großgrundbesitzer und Unternehmer kein Interesse an einer nichtkapitalistischen Wirtschaftsordnung haben, wollen die PKK-nahen Kräfte die Kooperativenwirtschaft ausbauen und der linke Flügel den Kapitalismus überwinden.

Der Gesellschaftsvertrag von Rojava aus dem Jahre 2014 garantiert einerseits das Recht auf Privateigentum. Andererseits verbietet er Monopole, erklärt natürliche Ressourcen zum Gemeineigentum, erhebt die Bedürfnisbefriedigung und das würdevolle Leben für alle zum Zweck der Wirtschaft und ermöglicht Enteignungen aus sozialen Gründen bei Entschädigung des Eigentümers. Damit ist er offensichtlich eine Kompromiss-Verfassung für sehr diverse politische Akteure, die sich eben auch hinsichtlich der Frage nach der Produktionsweise unterscheiden.

Widersprüche ausnutzen oder von Widersprüchen ausgenutzt werden? Perspektiven der Revolution in Rojava

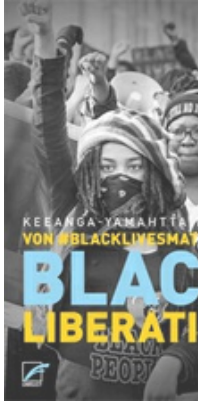
Bekanntlich kooperierten die kurdischen Kräfte und anschließend die SDF mit den USA, gleichzeitig jedoch auch mit Russland und zeitweise auch mit dem syrischen Regime, um ein Gleichgewicht zwischen den Mächten zwecks Verfolgung eigener Interessen herzustellen. Auch in der Frage der Zusammenarbeit mit regionalen und internationalen Akteuren kristallisieren sich unterschiedlichen Vorstellungen heraus: Während der linke Flügel einerseits klarmacht, dass jede Zusammenarbeit mit kapitalistischen (Groß-)Mächten nur vorübergehend und taktisch sein kann, ist der rechte Flügel daran interessiert, die USA längerfristig in Rojava zu behalten und strategisch mit ihnen zu kooperieren, mutmaßlich um die eigenen kapitalistischen Interessen zu stabilisieren.

Der Imperialismus ist im Nahen Osten stets mit dem Menschenrechtsbanner

einmarschiert; Folge waren aber noch mehr Chaos, Massaker und Sektierertum – das Gegenteil von Demokratie und Pluralismus. Letztlich ist es kolonial, anderen Menschen an anderen Orten der Erde diejenigen Rechte zu versagen, die man selbst genießt. So ist es auch auf eine menschenverachtende Art und Weise zynisch, diese Errungenschaften der Revolution zur Seite zu schieben, indem man behauptet, sie seien integrierbar in die imperialistischen Pläne im Nahen Osten, da diese ja auch die „Menschenrechte“ und den „Pluralismus“ hochhielten. Es ist der Krieg, der in Kombination mit den klugen taktischen Schritten der PKK-nahen Kräfte eine Koalition aus ganz unterschiedlichen Kräften in Rojava/Nordsyrien möglich gemacht hat. Ob aber Großgrundbesitzer und -unternehmer in der Region ein Interesse an der Ausweitung der demokratischen Revolution über den bürgerlichen Rahmen hinaus oder gar an einer Vertiefung der sozialen Revolution haben – daran darf mit Fug und Recht gezweifelt werden. Es wird sich mit Ende des Krieges – so dies stattfindet – zeigen, welche Interessen sich stärker durchsetzen werden und wie weit die Revolution gehen wird.

Zitathinweis: Alp Kayserilioğlu: Rojava: Welche Art der Selbstbestimmung?
Erschienen in: ...können wir nur selber tun!. 45/ 2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1436>. Abgerufen am: 10. 10. 2017 12:54.

Antirassismus oder Klassenkampf? Ja, bitte!



Keeanga-Yamahtta Taylor

Von #BlackLivesMatter zu Black Liberation

Feministisch, antirassistisch und zutiefst klassenkämpferisch. Klingt nach einer explosiven Mischung? Ist es auch – im besten Sinne des Wortes.

Rezensiert von [Fabian Namberger](#)

Trotz anderslautendem Titel: Keeanga-Yamahtta Taylors „Von #BlackLivesMatter zu Black Liberation“ ist kein Buch über Black Lives Matter. Oder, genauer gesagt: Es ist weit mehr als das. Auch wenn der Slogan der Bewegung in breiten Lettern auf dem Cover prangt, im Mittelpunkt von Taylors insgesamt acht Kapiteln steht ein viel weitreichenderes Argument, das zwar nicht neu ist, dessen zeitgemäße Reformulierung aber enormen Wert hat: Klassenpolitik und Antirassismus, so Taylors unnachgiebige Grundthese, schließen sich nicht aus. Im Gegenteil: Sie bedingen einander. Obwohl sich Taylor also, und das allein ist mehr als lesenswert, an der Black Lives Matter Bewegung abarbeitet – an ihren historischen Entstehungsbedingungen (von der Sklaverei zum Rassismus des US-amerikanischen Justizsystems), an ihren Vorgängerbewegungen (allen voran den Black Panthers) sowie an ihren gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen (nicht zuletzt die Frage der Selbstorganisation ist zentral) –, geht sie zugleich ein Problem an, das weit über den Themenkomplex „Black Lives Matter“ hinausweist: Die antirassistische und feministische Erneuerung linker Klassenpolitik.

Selbstorganisation: Vom Moment zur Bewegung

Der Weg zu einer solchen Klassenpolitik führt – daran lässt Taylor keinen Zweifel – über das mühsame Geschäft der Selbst- und Basisorganisation. Und genau hier lohnt sich Taylors Blick auf Black Lives Matter ungemein. Mit Empathie, aber keineswegs unkritisch, zeichnet Taylor die Entstehung und schrittweise Verfestigung der Bewegung nach. Einer der tragischen Schlüsselmomente dabei: der Mord an Mike Brown, einem Schwarzen Auszubildenden aus Ferguson, durch den weißen Polizisten Darron Wilson am 9. August 2014. Stellvertretend für die unerträglich

lange Liste Schwarzer Todesopfer (Männer, aber auch Frauen), die durch Polizeigewalt ihr Leben verloren, entfachte der Mord an Brown eine der größten Protestwellen der jüngeren amerikanischen Geschichte. „Browns Tod [war] das Ereignis, das nicht nur die Schwarzen Bewohner*innen von Ferguson, sondern Hunderttausende Schwarzer Menschen im ganzen Land sagen ließ: ‚Es reicht!‘“ (S. 182). Denn nur wenige Wochen zuvor, am 17. Juli 2014, war es in New York zu einem ähnlichen Exzess weißer Polizeigewalt gekommen. Der Polizist Daniel Pantaleo erwürgte auf offener Straße Eric Garner, einen 43-jährigen Gärtner, und kam – wie Mike Browns Mörder – ohne Anklage davon. Als die Nichtanklage von Pantaleo im November desselben Jahres zur Gewissheit wurde, entzündete sich der Funke des Protests erneut:

„Zehntausende Menschen an verschiedenen Orten der USA bauten Barrikaden, angewidert und entrüstet darüber, dass ein weiterer weißer Polizeibeamter ungestraft damit davongekommen war, den Tod eines unbewaffneten Schwarzen Mannes verursacht zu haben. Die Beweise in diesem Fall waren sonnenklar. Hunderttausende Menschen hatten das Video gesehen, in dem Garner um sein Leben flehte und immer wieder – insgesamt elf Mal – sagte: ‚Ich kriege keine Luft, I can’t breathe‘“ (S. 200).

Genau an dieser Stelle setzt Taylor an. Die Frage, die sie an die Bewegung richtet, klingt simpel, ist in der Praxis aber verwickelt: Wie gelangt man von einem flüchtigen Moment des Protests, in dem sich Entrüstung, Empörung, Trauer und Wut spontan entladen, zu einer langfristigen Bewegung? Taylor tut gut daran, zu betonen, dass diese Frage nicht in der Theorie, sondern immer und immer wieder in der Praxis beantwortet werden muss. Aber – und genau hier liegt Taylors wichtiger Beitrag – Theorie ist eben auch ein wichtiges und unumgängliches „Hilfsmittel“ in jedem konkreten Prozess der Selbstorganisation. Die Analyse, die Taylor zu Black Lives Matter anbietet, mag zunächst irritieren, sie ist aber goldrichtig – und lautet in ihrer Kurzform in etwa so: So sehr die jüngsten Ereignisse rassistischer Gewalt in den USA das Augenmerk auf die unübersehbaren und zutiefst gewaltvollen Konsequenzen von Rassismus lenken (Polizeigewalt bis hin zu Morden, racial profiling, überproportionale Inhaftierungsraten von Afroamerikaner*innen), so wichtig ist es, nicht bei diesen *Effekten* stehen zu bleiben, sondern nach ihren tiefer liegenden *Ursachen* zu fragen. Mit anderen Worten: Es geht um die gesellschaftlichen Bedingungen, die rassistische Gewalt und Diskriminierung erst ermöglichen und – Taylor redet hier nicht lange um den heißen Brei herum – ihren Ursprung im Kapitalismus und seinen (zutiefst widersprüchlichen) ökonomischen, kulturellen und politischen „Logiken“ haben.

Dementsprechend besteht Taylor darauf, Rassismus nicht nur als kulturelle Diskriminierungsform zu fassen, sondern als eine Ideologie, die auf handfesten ökonomischen Realitäten aufsetzt – auf einer, wie Taylor sie nennt, „politischen

Ökonomie des Rassismus“ (S. 241). Es ist diese politische Ökonomie des Rassismus, die sowohl die republikanische als auch die demokratische Partei – inklusive Barack Obama und Hillary Clinton – umschiffen haben, wenn sie die Gründe für Schwarze Armut stets auf kultureller Ebene (etwa in Schlagwörtern wie „Schwarzer Kultur“, „Schwarzen Familienstrukturen“ oder „Schwarzem Alltagsleben“) und damit bei den Betroffenen selbst suchten. Aber es ist auch diese politische Ökonomie des Rassismus, die wichtige Ausgangspunkte für eine Praxis der Selbstorganisation bietet, die über ganz verschiedene Diskriminierungsformen hinwegreicht. Am Beispiel von Black Lives Matter bedeutet das, dass die rassistische Unterdrückung von Schwarzen nicht in Abgrenzung *von*, sondern in Zusammenhang *mit* dem Leid gewöhnlicher Weißer verhandelt werden muss. Denn – so Taylors nachdrückliches Plädoyer – Erzählungen über die angebliche Einzigartigkeit verschiedener Unterdrückungserfahrungen

*„vertiefen die Gräben zwischen Menschen, die eigentlich ein großes Interesse daran hätten, sich zu vereinen. [...] Beispielsweise ist die Mehrheit der Menschen, die in den USA in Armut leben, weiß, doch das Gesicht amerikanischer Armut ist praktisch ausschließlich Schwarz. Natürlich sind Afroamerikaner*innen unter den Armen des Landes überrepräsentiert, aber weiße Armut zu ignorieren hilft nur dabei, die systematischen Wurzeln aller Armut zu vertuschen“ (S. 65f).*

Ähnlich auch Taylors abschließende Prognose zu Black Lives Matter: Die Bewegung muss solidarische Brücken zu breiteren antikapitalistischen Bündnissen bauen. Taylor nennt etwa den in Solidarität mit Black Lives Matter erfolgten Streik von Hafendarbeiter*innen am 1. Mai 2015 an der amerikanischen Westküste. Nur mit Antikapitalismus wird Black Lives Matter eine Chance haben, nicht durch Staat und Kapital vereinnahmt zu werden. Darin, so Taylor, besteht die eigentliche selbstorganisatorische Herausforderung für die Bewegung.

Selbstorganisation und „neue Klassenpolitik“

Taylors Verknüpfung von Klasse und „Rasse“ ist sicherlich nicht neu. Aber ihr Buch kommt (nicht zuletzt in seiner deutschen Übersetzung) zu einem Zeitpunkt, an dem das konsequente *Zusammendenken* beider Kategorien besonderen Stellenwert für linksradikale Selbstorganisation hat – ob in den USA oder in Deutschland. So lohnt es sich ungemein, ihre Analyse als Teil einer breiteren Debatte zu lesen, in der es um eine grundlegende Neuausrichtung linker Klassenpolitik geht und die nicht zuletzt von Didier Eribons Verkaufsschlager „Rückkehr nach Reims“ ([siehe Rezension in Ausgabe 41](#)) auf den Punkt gebracht wurde. Im Kern geht es um die Frage, ob die Linke in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten die Arbeiterklasse vernachlässigt hat und, falls ja, wie eine Klassenpolitik auf Höhe der Zeit dann aussehen müsste.

Die Frage kommt nicht von ungefähr. Denn mit dem sogenannten „cultural turn“ haben seit den 1970er Jahren verstärkt Theorien das Zepter linken Denkens in die Hand genommen, für die es (berechtigterweise) darum ging, den Marxismus der alten Garde (à la Haupt- und Nebenwiderspruch) und damit auch die Kernkategorie „Klasse“ in die Schranken zu weisen. Resultat: Nach und nach bildeten sich – sicherlich vereinfacht gesprochen, aber trotzdem nicht von der Hand zu weisen – zwei grobe „Lager“ heraus: marxistisch orientierte Ansätze auf der einen, intersektionale und poststrukturalistische (oft feministisch, queer oder postkolonial orientierte) Ansätze auf der anderen Seite. Was Taylors Buch vom mäßig aufschlussreichen Allerlei anderer Analysen abhebt, ist dass es diese zwei Pole selbst in Frage stellt. An ihre Stelle setzt sie das, was der cultural turn relativ „erfolgreich“ aus den Köpfen vieler Linker gespült zu haben scheint – die Systemfrage:

„Angesichts der Popularität des Sozialismus (in der einen oder anderen Auslegung) während der letzten Welle Schwarzer Rebellion, mutet es seltsam an, wie leichtfertig der Sozialismus heute als Möglichkeit, Rassismus und Schwarze Unterdrückung zu erklären, verworfen wird“ (S. 234).

Hier liefert Taylor dringend benötigte Argumente. Geduldig und mit entwaffnender analytischer Schärfe zeigt sie, dass eine erneuerte, *explizit* feministische und antirassistische Klassenpolitik Ausgangspunkt radikaler Selbstorganisation sein kann und, in letzter Instanz, auch sein muss. Die entsprechende Gegenfrage – ist es möglich, „Klasse“ stärker in den Vordergrund linksradikaler Selbstorganisation zu rücken ohne dabei reaktionären Ressentiments gegenüber den feministischen, sexualpolitischen und antirassistischen Errungenschaften seit `68 zu verfallen? – beantwortet sie mit einem nachdrücklichen (aber keineswegs unüberlegten) „Ja, natürlich!“ Bestes Beispiel: Der entschlossene Antikapitalismus der Black Panthers.

Die Idee, dass Klassenpolitik – und mit ihr Begriffe wie „Ausbeutung“, „Mehrwert“ oder eben auch „Klassenkampf“ – *zwangsweise* weiß und männlich seien und daher keinen Beitrag zur radikalen Aufdeckung und Überwindung rassistischer und anderer Ungleichheiten leisten könnten, weist Taylor entschieden zurück:

*„Keine ernstzunehmende sozialistische Strömung der letzten hundert Jahre hat je verlangt, die Kämpfe von Afroamerikaner*innen oder Latinos/Latinas beiseite zu schieben, um andere Klassenkämpfe zuerst zu führen. Diese Vorstellung beruht auf der falschen Idee, dass die Arbeiterklasse weiß und männlich und daher unfähig sei, sich den Fragen von ‚Rasse‘, ‚Klasse‘ und ‚Geschlecht‘ anzunehmen. Tatsächlich ist die amerikanische Arbeiterklasse weiblich, migrantisch, Schwarz, weiß, Latino/Latina und vieles mehr. Migration, Geschlecht und Antirassismus sind Fragen der Arbeiterklasse“ (S. 253).*

Zusammenfassend lässt sich Taylors Anliegen vielleicht am besten damit beschreiben, „Klasse“ wieder zu jenem *gemeinsamen* Ausgangspunkt zu machen, der – trotz aller vorhandenen und von staatlicher Seite aktiv geförderten Spaltungen (etwa zwischen weißen und Schwarzen Arbeiter*innen, Muslim*innen, Latinos und Latinas, LGBTQ-Personen, Indigenen, Migrant*innen, Studierenden und so weiter) – eine *radikale* (weil breitenwirksame) Selbstorganisation erst möglich macht. Bei ihr klingt das dann etwa so:

„Wenn wir vor allem die Unterschiede zwischen den Formen von Unterdrückung, die einzelne Gruppen betreffen, betonen, verlieren wir irgendwann das Verständnis dafür, dass wir aufgrund der gemeinsamen Unterdrückung auch miteinander verbunden sind. Diese Verbindung muss die Basis unserer Solidarität sein. Es gibt keinen Grund, Marginalisierung zu zelebrieren“ (S. 220).

Es sind Zeilen wie diese, die Taylors Buch so wertvoll machen und die an einen sehr schlauen – und noch dazu sehr schönen – Satz erinnern, den der marxistische Geograph Kanishka Goonewardena vor nicht allzu langer Zeit zu Papier brachte: „Man darf den Marxismus nicht den Dummköpfen überlassen; dafür ist er zu wichtig“ (Goonewardena 2015, S. 106). Ja, es braucht den Marxismus – den der schlauen, radikalen, feinfühligsten Sorte; und mit ihm eine selbstorganisatorische Praxis, die die falsche Gegenüberstellung von Klasse auf der einen und „Rasse“, Geschlecht und Sexualität auf der anderen Seite strikt zurückweist. Nichts anderes bietet Taylor – von der ersten bis zur letzten Seite.

Zusätzlich verwendete Literatur

Goonewardena, Kanishka (2015): Vom Antikolonialismus zu globalen Gebeten ohne Marx. Über die Ungewöhnlichkeit der sogenannten Postkolonialisierung. *sub\urban* 3: 1, S. 103-110. Online einsehbar [hier](#).

Keeanga-Yamahtta Taylor 2017:
Von #BlackLivesMatter zu Black Liberation.
Unrast Verlag, Münster.
ISBN: 978-3-89771-061-0.
296 Seiten. 19,80 Euro.

Zitathinweis: Fabian Namberger: Antirassismus oder Klassenkampf? Ja, bitte!
Erschienen in: ...können wir nur selber tun!. 45/ 2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1440>. Abgerufen am: 10. 10. 2017 12:54.

Die Macht, das Schicksal selber zu lenken



Oliver Demny

Die Wut des Panthers

Die Geschichte der Black Panther Party - Schwarzer Widerstand in den USA

Worum ging es der Black Panther Party und wie hat sie sich politisch organisiert? Ein kleiner geschichtlicher Rückblick – und keine Rezension.

Rezensiert von [Kornelia Hauser](#)

Marburg war in den 1970er und 80er Jahren eine ausgezeichnete Studienadresse für Soziologie und Politologie, so auch nur eine winzige Absicht vorhanden war, gesellschaftliche Strukturen verstehen zu wollen. Oliver Demny hat dort acht Jahre studiert und hatte diese Absicht ganz offensichtlich nicht. Aber jene, Bücher zu schreiben. Das Buch erschien erstmalig 1994 und ist eine inkohärente, aus überwiegend deutschen Publikationen nacherzählte „Geschichte“ der Black Panthers. Selbst die vierte Auflage (2004) enthält keine Korrekturen von einfachen Fehlern (Städte, die in New Jersey liegen werden dem Bundesstaat New York zugeordnet, um nur ein Beispiel von vielen zu nennen). Mal „erzählt“ die DKP, mal *Der Spiegel* und der Autor läuft ihnen nach; die vorausseilende Niederlagenerklärung beim Kampf mit dem Material wird bereits nach wenigen Seiten gegeben: „Die zum Teil chaotische Darstellungsweise des folgenden ist dadurch begründet, dass die Geschichte nicht so gradlinig und widerspruchsfrei verläuft, wie es HistorikerInnen gern hätten“ (S. 10).

Ich will und werde den Verriss nicht schreiben, den das Buch verdient, das weder mit der Sprache, noch der Geschichte der USA, nicht mit den kritischen Autor_innen und gesellschaftlichen Widersprüchen Auseinandersetzung gefunden hat. Positiv anzumerken ist, dass es erschien, als die Bundesrepublik in der 1982 begonnenen „geistig moralischen Wende“ viele kritische Öffentlichkeiten verloren hatte (in Gestalt von linken Zeitschriften und Verlagen, Buchhandlungen und Kulturzentren) und der Vereinigungsprozess radikale Gesellschaftskritik marginalisierte (und die Radikalität noch dazu mit sich selbst im Streit lag). Ich vermute, dass das Buch zu der Zeit eine wichtige Stimme war, die die Idee, die Vorstellung grundsätzlicher Kämpfe lebendig hielt. Und die sanfte Herrschaft der Inklusion (die die Black

Panthers als Paternalismus bekämpften) ist gegenwärtiger denn je (Frauen in börsenorientierten Unternehmen, Ehe für Gleichgeschlechtliche, transgender im Pass und so weiter) und verwirrender, da der Überblick über das zu Inkludierende kaum zu halten und zu beschäftigungsreich ist. Gegen all den Paternalismus muss immer wieder erinnert werden: „Wenn wir uns nicht selbst befreien, bleibt es für uns ohne folgen“ (Weiss 1981, S. 226).

Black Panthers – von links betrachtet

Alternativ zum Verriss soll im Folgenden nicht Demny nacherzählt, sondern der Versuch gemacht werden, Klarheit in das zu bringen, was ihn offensichtlich so überfordert hat: Widersprüche und Reaktion auszuhalten.

Im Jahr 1967 ereigneten sich die bis dahin größten und gewalttätigsten Aufstände in den schwarzen städtischen Gettos der USA; begonnen hatten sie schon 1964. Sie richteten sich überwiegend nicht gegen Weiße, sondern gegen Symbole weißer Autorität und weißen Eigentums. 83 Schwarze Menschen starben (oder genauer: wurden erschossen – die meisten in Newark und Detroit). Der sogenannte typische Aufständische war Schulabbrecher, aber immer noch gebildeter als sein nicht aufbegehrender Nachbar. „Black power“ war der neue Slogan, der sich gegen weiße Vorherrschaft und die (sehr begrenzte) schwarze Mittelklasse sowie gegen weißen Paternalismus richtete. Ein Resultat der Vielfalt der Kämpfe war der „Civil Rights Act“ von 1968.

In den Ghettos waren die *sozialen* Wurzeln der sich 1966 als Partei gründenden Black Panthers zu finden. *Politisch* wiederum hatten sie vom Civil Rights Movement gelernt. Die Bürgerrechtsbewegung (in der etwa 40 Prozent liberale Weiße mitstritten) kämpfte um Partizipation und Integration, Bildungsmöglichkeiten und soziale Gleichstellung. Die vielfältigen Widerstandsarten und -formen des Protests waren schwach gegen die staatliche Gewalt, die brutal gegen das Aufbegehren vorging. Kein Aufstand ohne schwarze Tote.

„Huey P. Newton und Bobby Seale waren 1966 die Initiatoren bei der Gründung der ‚Black Panther Party for Self-Defense‘. Beide haben ähnliche soziale Biographien: Armut, Ghetto, Straße, Knast. Beide politisiert und radikalisiert in den verschiedenen Organisationen und Projekten der Bürgerrechtsbewegung. Später wurde der Zusatz ‚for Self-Defense‘ gestrichen, weil die Parteipolitik darüber hinausging“ (Revolutionäre Perspektive Berlin 2016).

Das Parteiprogramm umfasste diese zehn Punkte:

- „1. Wir wollen Freiheit. Wir wollen die Macht, um das Schicksal unserer schwarzen Gemeinschaft selber zu lenken.*
- 2. Wir wollen Vollbeschäftigung für unser Volk.*
- 3. Wir wollen, dass unser schwarzes Volk nicht länger durch den weißen Mann (später: Kapitalisten) ausgeraubt wird.*
- 4. Wir wollen anständige menschenwürdige Wohnungen.*
- 5. Wir wollen für unser Volk eine Ausbildung, die das wahre Wesen der dekadenten Gesellschaft aufdeckt. Wir wollen eine Ausbildung, die uns unsere wahre Geschichte und unsere Stellung in der heutigen Gesellschaft verstehen lehrt.*
- 6. Wir wollen, dass alle schwarzen Männer vom Militärdienst befreit werden.*
- 7. Wir wollen die sofortige Beendigung der Polizeibrutalität und der Morde an schwarzen Menschen.*
- 8. Wir wollen die Freilassung aller Schwarzen, die in Bundes-, Staats-, Kreis- und Stadtgefängnissen oder Zuchthäusern inhaftiert sind.*
- 9. Wir wollen, dass alle Schwarzen bei Gerichtsverhandlungen von solchen Geschworenen beurteilt werden, die Ihresgleichen sind oder aus ihren schwarzen Wohngemeinden stammen, wie es die Verfassung der Vereinigten Staaten vorsieht.*
- 10. Wir wollen Land, Brot, Wohnungen, Bildungen, Kleidung, Gerechtigkeit und Frieden; und als wichtigstes politisches Ziel eine von den Vereinten Nationen durchgeführte Volksabstimmung in der gesamten schwarzen Kolonie, an der nur schwarze Staatsangehörige aus der Kolonie teilnehmen dürfen; diese Abstimmung soll über den Willen des schwarzen Volkes hinsichtlich seines nationalen Schicksals entscheiden“ (Revolutionäre Perspektive Berlin 2016).*

Die Auflistung zeigt, aus welcher Situation heraus die Punkte kondensiert wurden: eine Phänomenologie von Herrschaftspraxen und -formen, für deren Einstellung und Abschaffung politisch vorgegangen werden musste; bestimmte Negationen, die sich an der Verfassung der USA orientierten, sowohl formale als auch inhaltliche Rechte einfordernd. Das konkrete Brot steht neben der abstrakten Gerechtigkeit und ihre Reihung zeigt einen inneren Zusammenhang.

Die Black Panthers betrieben Bildungsprogramme, soziale Projekte, lehrten den Umgang mit Waffen; Studienprogramme für schwarze Studierende wurden von ihnen erkämpft, juristische Beratung organisiert und sie widersetzten sich dem Drogenhandel. Mit Eldridge Cleaver, einem Mitbegründer der Partei, wurde sie antikapitalistisch und erhielt ein marxistisches Gerüst der Gesellschaftskritik (Cleaver selbst wurde später ein extremer Antikommunist) und begriff Rassismus als eine kapitalistische Ausbeutungsstrategie, die die Ghettos zu „Kolonien“ machte. Ein geheimer FBI-Bericht an Präsident Nixon im Jahr 1970 teilt mit, dass annähernd 25 Prozent der schwarzen Bevölkerung die Black Panthers bewundere und

anerkenne und für die unter 21-jährigen dies für 43 Prozent zutreffe. Die politischen Eliten fürchteten offenbar, dass sich die Kämpfe um das Wahlrecht radikal erweiterten um Fragen von Eigentum, Reichtum und Klassenkonflikte.

Die Konterrevolution

Die Verbindung von Klasse und Rasse in den politischen Analysen und Aktivitäten der Black Panthers, die in den Weißen keine Feinde sahen, sondern in einem System, das Weiße zu rassistisch Herrschenden machte, wurde als weitaus gefährlicher als die Bürgerrechtsbewegung eingeschätzt: die Vereinigung von Schwarzen und Weißen unter systemkritischen Agenden unterlief den Rassismus, der kapitalistisch mit Profit verbunden war und ist und die Arbeiter_innenschaft gegeneinander aufwiegelte.

Black Panther grenzte sich insofern deutlich ab von Bewegungen und Organisationen, die einen „schwarzen Kapitalismus“ wollten. Führer des Congress of Racial Equality (CORE, gegründet 1942) und der National Association for the Advancement of Colored People (NAACP, gegründet 1905) wurden ins Weiße Haus eingeladen; der eine erhielt eine Position in Nixons Administration, dem anderen wurden Sozialwohnungen in North Carolina finanziert. Solche klassischen paternalistischen „Befriedungsmaßnahmen“ konnten mit den Mitgliedern der Black Panthers nicht unternommen werden. Davon zeugen nicht zuletzt folgende Zeilen, die den Auf- und (durch Staatsrepression erzwungenen) Abstieg der Black Panthers in klaren Worten nachzeichnen. So war die Bewegung 1970

„in über 100 Städten vertreten, mit etwa 15.000 Mitgliedern und entfaltete politische Kampagnen gegen den Vietnamkrieg, gegen die Repressionen auf der Straße, in den Gefängnissen. Sie war der Katalysator für die Radikalisierung der weißen Studentenbewegung [...]. Ende 1970 waren 40 zum Teil führende Mitglieder ermordet, 85 verletzt, Hunderte im Knast. George Jackson wurde im Knast ermordet, wenige Tage vor dem Urteilsspruch, der nur ein Freispruch hätte sein können“ (Revolutionäre Perspektive Berlin 2016).

Das FBI wollte nicht nur die Organisation und die Netzwerke der Black Panther zerschlagen, sondern jegliche Erinnerung aus dem kollektiven Gedächtnis für Emanzipation und Befreiungsbewegungen löschen. Die Zerschlagung war brutal und grausam, darin sind sich die Historiker einig, aber die Auslöschung der Geschichte der Black Panther ist misslungen.

Zusätzlich verwendete Literatur

Revolutionäre Perspektive Berlin (2016): Skript zum Vortrag zur Black Panther Party. Online einsehbar [hier](#).

Weiss, Peter (1981): Ästhetik des Widerstands. Suhrkamp Verlag. Band I.
Suhrkamp, Frankfurt am Main.

Oliver Demny 2004:

Die Wut des Panthers. Die Geschichte der Black Panther Party - Schwarzer
Widerstand in den USA.

Unrast Verlag, Münster.

ISBN: 978-3-89771-003-0.

222 Seiten. 14,00 Euro.

Zitathinweis: Kornelia Hauser: Die Macht, das Schicksal selber zu lenken.

Erschienen in: ...können wir nur selber tun!. 45/ 2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1433>. Abgerufen am: 10. 10. 2017 12:54.

Revolte statt Quartiersmanagement!



Robert Maruschke
Community Organizing
Zwischen Revolution und Herrschaftssicherung

Wo verläuft die Grenze zwischen revolutionärer Basisarbeit und neoliberaler Einhegung? Die Antwort ist verzwickter als sich das Buch eingestehen will.

Rezensiert von [Robert Pfützner](#)

„Trotz gegenteiliger Absicht fällt es Stadtteil- und Erwerbsloseninitiativen, autonomen Gruppen, Hausprojekten oder linken sozialen Zentren schwer, Menschen jenseits subkultureller oder akademischer Kreise anzusprechen“ (S. 9). Mit dieser Aussage ist eines der Probleme gegenwärtiger linker Politik auf den Punkt gebracht. Sie ist angesichts der um sich greifenden Neuformierung der Rechten besonders brisant und für emanzipatorische Politik stellt sich die Frage, wie sie sich organisieren kann. Stadtteil- und Nachbarschaftsorganisation ist dafür ein Ansatz. Robert Maruschkes 2014 erschienener Band beschäftigt sich mit dieser aus einer herrschaftskritischen Perspektive.

Selbstorganisation: Neoliberale Ausgangspunkte...

Selbstorganisation, Community, Organizing oder Beteiligung sind Schlagworte, die sowohl in linken Debatten Verwendung finden, sich aber auch in regierungsoffiziellen Planungspapieren und Veröffentlichungen privater Think-Tanks lesen lassen. Maruschke hat daher das Anliegen, die Spreu vom Weizen zu trennen. Ein Ziel seiner Arbeit ist es, zu verdeutlichen, dass die in der Organizing-Debatte vorherrschende Bezugnahme auf Saul Alinsky „strategisch [...] kontraproduktiv“ (S. 10) und stattdessen eine „kritische Distanz zu liberalen Ansätzen des Community Organizings“ (S. 10) nötig sei. Er illustriert das nachvollziehbar sowohl an der Geschichte der von Alinsky gegründeten liberalen Organisationen in den USA (wie dem Back of the Yards Neighborhood Council oder der Woodlawn Organization) als auch mit seiner exemplarischen Analyse der Bürgerplattform der Berliner Stadtteile Wedding/Moabit. Letztere betrieben zwar

durchaus partizipative Basisarbeit, räumten der Kooperation mit städtischen Behörden und Unternehmen letzten Endes aber doch Vorrang vor wirklich emanzipatorischer Politik ein. Dementsprechend auch Maruschkes vernichtendes Urteil über die mit etlichen Firmen (unter anderem dem Pharmakonzern Bayer Schering) verknüpfte Bürgerplattform Wedding: Sie „verweigert den Blick auf die Ursachen von Armut und Verdrängung“ (S. 78) und komme „primär der Mittelschicht zugute. Einkommensarme Bewohner_innen hingegen leiden unter der politischen Praxis der Bürgerplattform“ (S. 79).

Die Bürgerplattform wird damit zum Paradebeispiel neoliberalen Community Organizings, das sich – stellvertretend auch für andere Bewegungen – an vier Kernmerkmalen festmachen lässt:

„Das Fehlen einer strukturellen Gesellschaftskritik, die kleinteilige Projektarbeit, die Entwicklung neoliberaler Kontroll- und Ausgrenzungsstrategien im Namen der Allgemeinheit und die Legitimation neoliberaler Programme durch neue Beteiligungsformen“ (S. 77).

Statt tatsächlich Verbesserungen für alle zu bringen, betreibe und legitimiere die Bürgerplattform den „urbanen Klassenkampf gegen die einkommensschwache Bevölkerung Weddings“ (S. 77). Wirklich emanzipatorische Selbstorganisation sieht anders aus: Anstatt sich am Singsang des liberalen „Partizipationszirkus“ (S. 67) zu beteiligen, müsste sich eine (tatsächlich) kritische politische Strategie an der revolutionären beziehungsweise transformativen Traditionslinie des Community Organizing orientieren.

...und revolutionäre Gegenentwürfe

Dementsprechend habe, so Maruschke, die politische Basisarbeit das „Herzstück“ (S. 60) transformativen Community Organizings zu sein. Ziel sei es, „möglichst viele Nachbar_innen in die eigene Arbeit einzubinden“ (S. 60). Jedoch solle sich dabei nicht auf alle Nachbar_innen konzentriert werden: Der Fokus habe auf den Menschen zu liegen, „die am stärksten unter den Verhältnissen leiden, also einkommensarmen Menschen, People of Color, Migrant_innen, Alleinerziehenden etc“ (S. 61). Schon die Rede vom „Einbinden der Nachbar_innen in die eigene Arbeit“ macht dabei auf ein Problem aufmerksam, das Maruschke umgeht, das aber zentral für die Frage von politischer Selbstorganisation im Kontext von Community Organizing ist: Denn heißt Selbstorganisation nicht, dass sich diejenigen selbst organisieren, die ein gemeinsames Anliegen teilen? Der Akzent bei Community Organizing aber ist ein etwas anderer: Eine Gruppe hat ein Anliegen und will andere – die vermeintlich dasselbe Anliegen haben – *einbinden*. Ob „Andere“ dieses Anliegen auch teilen wollen oder ob sie zur Gruppe gehören (dürfen, wollen) steht nicht zu Debatte. So wohltuend es ist, dass sich Maruschke hier von zuweilen

überhandnehmenden identitätspolitischen Diskussionen fernhält, sind diese doch gegenwärtig ein Thema, um das sich auch Diskussionen um Community Organizing nicht drücken können. Auf der anderen Seite hat er völlig Recht damit, dass sich ein revolutionäres Organizing nicht an den Interessen einer weißen Mittelschicht orientieren kann.

Die etwas grobschlächtige Gegenüberstellung liberalen und revolutionären Organizings relativiert Maruschke an etlichen Stellen. Vor allem betont er immer wieder das Verdienst Saul Alinskys, konfrontativen Formen politischer Auseinandersetzung zu öffentlicher Anerkennung verholfen zu haben. Jenseits davon aber verwirft er die Methoden liberalen Organizings zugunsten dessen, was er revolutionäres Organizing nennt. Dieses lässt sich wiederum – spiegelbildlich zum Pendant des neoliberalen Organizings – anhand von vier Kriterien bestimmen:

„Eine kritische Analyse und grundsätzliche Opposition gegen die gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse; eine ausdrücklich politische Basisarbeit; die Anwendung konfrontativer Politikformen; sowie eine organisationsübergreifende und grenzenlose Solidarität“ (S. 55).

In Kapitel 5 stellt er diese vier Eckpunkte mit Beispielen aus den USA ausführlicher vor. Nicht nur wegen der zahlreichen historischen Beispiele, sondern auch wegen seiner dezidiert auf politische Praxis bezogenen Ausrichtung lohnt es sich, dieses Kapitel intensiver zu lesen. So sind die US-amerikanischen Knights of Labor (Ritter der Arbeit) in den 1880er Jahren oder der Aufstand der Arbeitslosen in den 1930er Jahren in Deutschland wenig bekannte Beispiele für erfolgreiche radikale Bewegungen, aus deren Strategien und Arbeitsweisen auch für heute noch zu lernen ist.

Ebenso weist Maruschke auf die Notwendigkeit kontinuierlicher politischer Bildung im Organisationsprozess hin. Nur so könne „die Basis in sozialen Kämpfen eine richtungsweisende Rolle spielen, ohne auf Bewegungsexpert_innen angewiesen zu sein“ (S. 65 Herv. i.O.). Hingegen erscheint sein bedingungsloses Plädoyer für konfrontative Politikformen manchmal etwas doktrinär. Auch wenn es richtig ist, dass diese „vor einer Vereinnahmung durch den Partizipationszirkus neoliberaler Stadtpolitik“ (S. 67) geschützt werden müssen, müssen sie nicht in jeder Situation die angemessenen Mittel sein. Dies verdeutlicht auch eine Aussage von Sebastian von der Gruppe Zwangsräumungen verhindern, die im Buch zitiert wird:

„Die Situation ist ja für die Menschen lebensbedrohlich. Alle Betroffenen sagen, sie schlafen wochenlang nicht richtig. Ganz viele kriegen Depressionen. Da muss man echt aufpassen, dass man nicht noch den Anspruch an sie heranträgt, sie sollen sich jetzt möglichst krass wehren. So haben wir uns auch Sensibilität antrainieren müssen“ (S. 85).

Ein bedingungsloses Plädoyer für konfrontative Politik kann also unter Umständen an den Bedürfnissen der Leute vorbei gehen.

Von der Theorie zur Praxis

Die wiederholte Gegenüberstellung liberaler und revolutionärer/transformativer Politik ist eingängig und prinzipiell nachvollziehbar. Sie bleibt jedoch schematisch, wenn versucht wird, sie auf die Ebene konkreter politischer Aktionen zu beziehen. Denn gerade wenn es darum gehen soll, „politisch sinnvolle und zwischenmenschlich ehrliche Antworten“ (S. 8) zu geben, stellt sich im Einzelfall die Frage der konkreten Praxis immer wieder neu. Wesentlich wichtiger erscheint die an einigen Stellen betonte Überlegung, dass es transformativem Organizing nicht nur darum gehen darf, die Verhältnisse ändern zu wollen, sondern es „die Beteiligten selbst revolutionieren [muss]“ (S. 52). So ist es auch eingängig, dass Maruschke diesen Prozess als „soziale Such-Bewegung“ (S. 70) beschreibt, die in und mit Unklarheiten und Widersprüchen handeln muss. Allerdings: Die Ambivalenzen, denen sich Handelnde dabei mitunter aussetzen, bleiben im Buch etwas unterbeleuchtet. Auch der Frage von Staats- und Polizeigewalt wird wenig Gewicht beigemessen: Mit welchen Reaktionen haben welche Formen des Organizing zu rechnen? Mit Blick auf die US-Beispiele wird deutlich, dass die dortigen Organizing-Projekte zum Teil „massive[r] Repression“ (S. 47) ausgesetzt waren. Wie sie darauf reagierten, wäre nicht nur spannend, sondern auch politisch lehrreich gewesen.

Alles in allem: Für einen ersten Feldzugang ist das Buch hervorragend geeignet. Maruschkes Plädoyer für eine Hinwendung linken Aktivismus zur Nachbarschaft und seine Unterscheidung zwischen liberalem und revolutionärem Organizing ist analytisch so nachvollziehbar wie nötig. Die praktischen Widersprüche politischen Handelns verliert er jedoch etwas aus dem Blick. So bleibt die Frage, wer sich warum organisieren soll jenseits der Formel der am stärksten Marginalisierten offen. Denn die pluralen und multiplen Ausgrenzungsmechanismen moderner Städte führen nicht *zwangsläufig* zu gemeinsamen Bedürfnissen und Bündnissen, wie dies vielleicht noch in den Arbeiterbewegungen des 19. Jahrhunderts der Fall war. Wer sich vertieft mit Fragen von Strategien, Formen und Methoden der radikalen Community-Arbeit auseinandersetzen will, erhält bei Maruschke eine erste grundlegende Orientierung, die in der kritischen Literatur zur Gemeinwesenarbeit oder in den aktuellen Diskussionen stadtteilpolitischer Initiativen, vor allem der Recht auf Stadt Bewegung, vertieft werden kann.

Robert Maruschke 2014:

Community Organizing. Zwischen Revolution und Herrschaftssicherung.

Edition Assemblage, Münster.

ISBN: 978-3-942885-58-4.

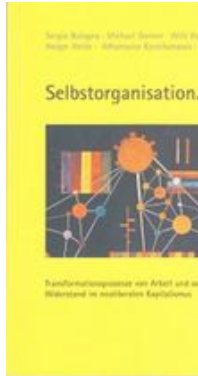
112 Seiten. 9,80 Euro.

Zitathinweis: Robert Pfützner: Revolte statt Quartiersmanagement! Erschienen in:

...können wir nur selber tun!. 45/ 2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1441>.

Abgerufen am: 10. 10. 2017 12:54.

Make Selbstorganisation great again!



Sergio Bologna / Michael Danner / Willi Hajek / Holger Heide / Athanasios Karathanassis / Lars Meyer (Hg.)

Selbstorganisation

Transformationsprozesse von Arbeit und sozialem Widerstand im neoliberalen Kapitalismus

Jung, flexibel, dynamisch: Arbeitsverhältnisse haben sich im Neoliberalismus enorm gewandelt. Was bedeutet das für konkrete Praxen der Selbstorganisation?

Rezensiert von [Pia Probst](#)

Bei der Suche nach einer erschwinglichen Wohnung, einer existenzsichernden Lohnarbeit, einem würdigen Platz zum Altern, einem Ort der Fürsorge für die eigenen Kinder oder in Auseinandersetzung mit staatlichen Behörden – allen voran der Arbeitsagentur und den Jobcentern – haben wir mit den Folgen neoliberaler Umgestaltungsprozesse zu kämpfen. Die post-fordistische Arbeitsorganisation, Privatisierung des Sozialstaates, globale Konkurrenz, nationale Standortpolitiken, repressive Migrationsregime und rassistische, sozial-darwinistische Begleit-Ideologien prägen Gesellschaft und Individuen. Sie erschweren eine gemeinsame Organisation von Betroffenen. Gleichzeitig entwickeln sich neue Ansprüche an Arbeit und Leben – vor allem in Bezug auf Geschlechterarrangements und Arbeitsinhalte. Es entstehen neue Fähigkeiten zur Selbstorganisation, neue Akteure, mögliche Koalitionen und Felder für Bewegungen. Was bedeutet dies für die heutigen sowie kommenden Praxen sozialer Selbstorganisation?

„Selbstorganisation...“ ist ein Sammelband, dessen Beiträge aus einer Veranstaltungsreihe des Instituts für sozialökonomische Handlungsforschung (Social Economic Action Research Institute, SEARI) in Bremen 2005/2006 hervorgegangen sind. Unter dem Titel „Vom Interesse zum Bedürfnis – Neue Inhalte und Formen sozialer Selbstorganisation“ wurde in diesem Rahmen gefragt, wie es zur neoliberalen Umgestaltung der Gesellschaft gekommen ist, wie sie auf Gesellschaft und Individuen wirkt, was dies für die heutigen sowie kommenden Praxen sozialer Selbstorganisation bedeutet und was „neue soziale Bewegungen“ beziehungsweise neue Formen sozial widerständiger Selbstorganisationen – auch in Abgrenzung von den „alten“ – ausmachen könnte. Der Band führt theoretische

Analysen und praktische Beispiele für Formen der Selbstorganisation mit dem Ziel zusammen, aus ihren Erfolgen und Problemen zu lernen.

Selbstorganisation und Gesellschaftstransformation

Es ist den Herausgebern hoch anzurechnen, dass sie sich schwierigen und oft umgangenen Fragen zuwenden: Wie können die Formen der Selbstorganisation sozialen Widerstandes aussehen, wenn sie über die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse hinausführen wollen? Und was hat das mit Subjekten (ihrem Bewusstsein, ihrem Handeln) zu tun?

Dabei haben sie eine Vorstellung davon, wie diese Subjekte und Arten der Selbstorganisation beschaffen sind: Es geht um „ein Subjekt, das dabei ist, sich von [...] in Stellvertretung agierenden Massenorganisationen zu emanzipieren“ (S. 10), das sich an eigenen Bedürfnissen orientiert, selbstbestimmt und sich seiner gesellschaftlichen Macht und Widerständigkeit bewusst ist. Die praktischen Versuche der Selbstorganisation, die im zweiten Teil des Buches thematisiert werden, kennzeichnet ihr Bemühen, sich nicht von Institutionen (gemeint sind vor allem Gewerkschaften) und Kapital vereinnahmen zu lassen. Alternative Praktiken orientierten sich „an der Frage, inwieweit sie Bedingungen für eine Transformation der kapitalistischen Gesellschaftsformation in sich tragen“ (S. 11).

Ob das NCI-Netzwerk bei Siemens (Network for Cooperation and Initiative, Beitrag von Inken Wanzek) solche alternativen Praktiken bietet, hängt vom optimistischen Blick der LeserInnen ab: Es vernetzt von Stellenkürzung Bedrohte, die sich gegenseitig unterstützen und sich dadurch von der Stellvertreterpolitik durch Gewerkschaften und Betriebsrat lösen können. Sie sprechen über Gefühle, Ängste und haben im Zuge der Selbstorganisation ein solidarisches Bewusstsein für die Nöte der anderen Beschäftigten entwickelt – durchaus Ansatzpunkte für eine gesellschaftliche Transformation. Gleichzeitig wird die Begrenztheit des Netzwerkes, das nur auf betrieblicher Ebene aktiv ist und die kapitalistische Einbettung nicht thematisiert, deutlich.

Die französischen Sud-Gewerkschaften, die Willi Hajek vorstellt, sprengen hingegen in ihrer Programmatik das traditionelle Gewerkschaftsverständnis, sprich: nur über Bedingungen der Lohnarbeit zu verhandeln und nicht über Lohnarbeit im Kapitalismus an sich. Sie begreifen und erfahren Lohnabhängige als gesellschaftliche ProduzentInnen, auf der „Suche nach authentischem Arbeiten, Forschen und Leben [...], das nicht auf Kosten anderer geschieht, das gesellschaftlich nützlich ist und auch bei dem Produzierenden Zufriedenheit schafft“ (S. 157). Lohnabhängige werden über die Grenzen von Berufsgruppen hinaus angesprochen, zum Beispiel nicht nur LehrerInnen, sondern alle

BildungsarbeiterInnen. Die Sud-Gewerkschaften organisieren sich basisdemokratisch in vielen Gesellschaftsbereichen (Agentur für Arbeit, Landwirtschaft, Verkehr, Gesundheit/Pharmaindustrie, Post/Telekom/Kommunikation). Mit ihrem nicht-kapitalistischen Blick auf Arbeit und dem Zusammenführen formal getrennter Berufsgruppen in einer gemeinsamen Organisation verkörpern die Sud-Gewerkschaften alternative Praktiken mit dem Ziel einer Gesellschaftstransformation. Leider beschränkt sich ihre Darstellung auf einige wenige Seiten und bleibt an der Oberfläche. Es ist unklar, wie basisdemokratische Organisation hier konkret ausgestaltet und wie die gesellschaftliche Wirkkraft ist, mit welchen Problemen sie konfrontiert sind, welche Gruppen sie real organisieren. Insgesamt leidet die Darstellung unter einem Pathos, der von der Konstruktion des Beitrages herrührt, in dem deutsche etablierte Großgewerkschaften neuen, französischen Kleingewerkschaften gegenübergestellt werden.

Die Subjekte der Veränderung

Besonders erhellend und interessant sind die Beiträge dort, wo es um die Subjekte der Veränderung geht. Holger Heide spricht von einer „verdrängte[n], strukturell gewordenen Angst, die Folge eines kollektiven Traumas ist, das in Jahrhunderten der gewalttätigen Durchsetzung des Kapitalismus entstanden ist und immer wieder reproduziert und dabei verstärkt wird“ (S. 35). Sie durchdringt uns alle. Angst und Trauma gehen mit der Identifikation mit den Machtausübenden und ihrer Interessen einher und erfordern die permanente Unterdrückung der eigenen Ängste, die sich unter anderem in der Aggression gegenüber (vermeintlich) Schwachen äußert. Der historischen und aus der Traumaforschung hergeleiteten Begründung struktureller Angst im Kapitalismus mag man folgen oder auch nicht: Schließlich erzeugt das kapitalistisch verfasste Wirtschafts- und Gesellschaftssystem tagtäglich aufs Neue Erfahrungen von existenzieller Unsicherheit und Repression. Wesentlich ist die Schlussfolgerung Heides: Soziale Kämpfe und ihre Organisationen werden nur dann nachhaltig weiterbestehen, wenn sie nicht nur abstrakte Interessen formulieren, sondern sich mit den Bedürfnissen der Einzelnen auseinandersetzen. „Um die eigenen Bedürfnisse kennen zu lernen, ist eine Offenheit erforderlich, sich mit der tief verdrängten Angst auseinanderzusetzen. Dies ist ein Lernprozess, in dessen Verlauf sich die Gründe für Angst real verringern“ (S. 51). Die Offenheit zeigt sich in den Programmen, internen und öffentlichen Diskussionen, der Organisationsweise selbst und im Umgang miteinander, der in dieser neuen Art von kooperativer Organisation entwickelt wird.

Und tatsächlich zeigt sich diese Orientierung auf Bedürfnisse und die damit verbundenen – teils schmerzhaften Lernprozesse – in unterschiedlichen anti-kapitalistischen und kapitalismuskritischen Projekten, zum Beispiel in nicht-

kommerzieller Landwirtschaft, Hausprojekten, Kollektiven sowie auch im Interesse an unterschiedlichen Methoden gewaltfreier Kommunikation. Beispiele dafür finden sich in der Broschüre „Ich tausch nicht mehr, ich will mein Leben zurück“ oder – akademisch geadelt – im Buch von Friederike Habermann „Halbinseln gegen den Strom“ (2009). Eine Orientierung auf Bedürfnisse zeige sich jedoch, so Holger Heide in seinem zweiten Beitrag, genauso bei Selbsthilfegruppen, die keinen explizit gesellschaftsüberwindenden Anspruch formulieren, wie bei den Anonymen Alkoholikern. Für eine konkrete Praxis der Selbst- und Gesellschaftstransformation lassen sich zwei Dinge mitnehmen: Zum einen führt das Eingeständnis der eigenen Machtlosigkeit zur Wiedererlangung von Handlungsfähigkeit. Zum anderen schafft die Organisations- und Kommunikationsform die Bedingung für Offenheit: nicht-hierarchisch, finanziell unabhängig, ehrenamtlich (das heißt: nicht-bürokratisch), die Einzelwahrheiten und Selbsteinschätzungen anerkennend, im Sprechen bei sich bleibend.

Auch Michael Danner befasst sich mit dem Subjekt der Gesellschaftstransformation und zwar aus einer sozialphilosophischen Perspektive. Der Autor geht davon aus, dass in Prozessen der Selbstreflektion die Gründe des Handelns, Denkens und Fühlens erkannt werden können und es damit möglich wird „aus einem nunmehr bewussten Grund heraus freie gesellschaftliche Zusammenhänge zu gründen“ (S. 110). Anstatt wie der Autor ein zuversichtliches Postulat ohne Praxisbezug zu formulieren, sollte es jedoch bei der Suche nach anderen Formen der Selbstorganisation darum gehen, genau das – Handeln, Denken und Fühlen – jedes für sich ernst zu nehmen. Ein Beispiel aus der Praxis dafür: Sich aus bewussten, politischen, rational reflektierten Gründen für eine gemeinsame Ökonomie mit GenossInnen zu entscheiden, in der Einkommen und Vermögen geteilt werden, bedeutet noch lange nicht, dies auch als gerecht zu empfinden. Daran knüpft die Frage an, inwieweit die bewussten, neuen „Gründe“ unabhängig von der Gesellschaft, „die doch in uns hineingewachsen ist“ (S. 110) nachhaltig bestehen können. Das gilt auch für die Formen der Organisation: Inwiefern sind sie in ein kapitalistisches Gesellschaftssystem verstrickt und begrenzt letzteres eventuell Prozesse der Selbstreflektion? Ein Hausprojekt zum Beispiel, das rechtlich als Verein auftritt, wird in staatliche und ökonomische Logiken hineingezogen: Es muss sich plötzlich mit Ordnungsämtern auseinandersetzen, Vereinsberichte an staatliche Behörden schreiben, Gemeinnützigkeit begründen, eine ordentliche Buchhaltung führen, wird in städtische Aufwertungsprozesse einbezogen und anderes mehr. Mit dieser praktischen Ebene befasst sich Michael Danner leider nicht.

Selbstorganisation im Postfordismus

Während Holger Heide auf Inhalte und Form von Kommunikation abhebt, werfen andere Autoren die Frage auf, inwiefern sich die postfordistischen Formen der

Arbeitsorganisation auf selbstorganisatorische Widerstandspraxen auswirken. Zum einen stellen einige Autoren „die hohe Fähigkeit von Selbstorganisation“ (Martin Dieckmann, S. 204) heraus, welche mit den neuen Formen indirekter Steuerung von Arbeit in betrieblichen Kontexten einhergeht. Lars Meyer etwa schreibt, es müssen Ziele gesetzt und Mittel gewählt, es muss kooperiert und kommuniziert, ausgehandelt und Entscheidungsprozesse strukturiert werden. Sergio Bologna zufolge prägen die sogenannten neuen Selbständigen eine „humanistische, multidisziplinäre Sicht auf die Dinge“ (S. 184). Zum anderen akzeptiert die „neue Arbeitssubjektivität [...] den irrationalen Zweck der Produktion“ (S. 80). Zugleich können sich die neuen Arbeitsformen den Zwängen der (Selbst-)Verwertung nicht entziehen. Sie münden oft in eine „selbst gewählte prekäre Existenz, [die] nur für wenige eine lebbare Perspektive bedeutet“ (S. 210). Darüber hinaus verweist Dirk Hauer zu Recht auf die sozialen Hierarchien, die rassistischen, sexistischen und sonstigen Spaltungen, die eben auch die neue Arbeitswelt prägen und gemeinsamen Widerstand erschweren.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass es sich um einen inspirierenden Sammelband handelt, der bezüglich der Blickwinkel auf Selbstorganisation und auch Schreibstile sehr unterschiedliche Artikel vereint. Erfrischend ist vor allem die Erkenntnis, dass sich nachhaltiger Protest und Widerstand auch mit seinen/ihren TrägerInnen und ihrer Verfasstheit, das heißt ihren Bedürfnissen, Gefühlen, Denken und Handeln befassen muss. Die Reflektionen über aktuelle sozio-ökonomische Entwicklungen (etwa von Athanasios Karathanassis) und Formen der Arbeitsorganisation, über die sich dabei entwickelnden Fähigkeiten zum selbst-bestimmten Organisieren sowie über sozial-psychologische und -philosophische Grundlagen kollektiver Widerständigkeit regen zum Nachdenken über neue Formen der Selbstorganisation an.

Leider gibt es einige Leerstellen, die problematisch sind: Ausgerechnet die Darstellung der praktischen Versuche kommt zu kurz. Nur die Darstellungen des NCI-Netzwerkes, der Genossenschaftsbewegung und der Anonymen Alkoholiker geht auch in die Tiefe der konkreten Organisationsform. Darüber hinaus beziehen sich alle Beispiele, außer das der Anonymen Alkoholiker, auf das Feld der Lohnarbeit, wo es doch Projekte mit transformatorischen Anspruch in zahlreichen Lebensbereichen gibt. Schade ist auch die in allen Beiträgen dominierende Gleichsetzung von gesellschaftlichen mit ökonomischen Verhältnissen, womit weitere Herrschaftsverhältnisse wie Sexismus und Rassismus, welche die Produktionsverhältnisse durchziehen, weitgehend ausgeblendet werden. Nur Lars Meyer und Dirk Hauer erwähnen zumindest deren Relevanz für post-fordistische Formen von Arbeit, Subjektconstitution und Widerstand. Sich mit Herrschaftsverhältnissen zu befassen, hat jedoch in vielerlei Hinsicht praktische Relevanz: Zum Beispiel, wenn es um Hierarchien innerhalb selbstorganisierten Widerstandes geht, um die Frage, wer sich mit wem solidarisch zeigt (und kämpft)

oder um die Vision einer zukünftigen Gesellschaft.

Zusätzlich verwendete Literatur

Habermann, Friederike: Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften im Alltag. Ulrike Helmer Verlag, Sulzbach.

nichtkommerziell (2015): Broschüre „Ich tausche nicht mehr, ich will mein Leben zurück“. Online einsehbar [hier](#).

Sergio Bologna / Michael Danner / Willi Hajek / Holger Heide / Athanasios Karathanassis / Lars Meyer (Hg.) 2015:
Selbstorganisation. Transformationsprozesse von Arbeit und sozialem Widerstand im neoliberalen Kapitalismus. 4. Auflage.
Die Buchmacherei, Berlin.
ISBN: 9783000213960.
214 Seiten. 12,00 Euro.

Zitathinweis: Pia Probst: Make Selbstorganisation great again! Erschienen in: ...können wir nur selber tun!. 45/ 2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1432>.
Abgerufen am: 10. 10. 2017 12:54.

Kolonialismus zwischen Kneipen und Cafés



Zwischenraum Kollektiv (Hg.)

Decolonize the City!

Zur Kolonialität der Stadt – Gespräche | Aushandlungen | Perspektiven

Vom „Afrikanischen Viertel“ bis zum Kottbuser Tor: Welche Rolle spielt Dekolonisierung als Praxis der Selbstorganisation?

Rezensiert von [Christian Sowa](#)

Wer durch das so genannte „Afrikanische Viertel“ im Berliner Stadtteil Wedding spaziert, dem wird möglicherweise kaum ein Unterschied zu anderen Teilen Berlins auffallen. Alte Mietskasernen ziehen sich entlang der Straßen, Spätkäufe und Eckkneipen prägen Kreuzungen. Doch dieser vielleicht unscheinbar wirkende Ort beinhaltet jede Menge kolonialer Geschichte. So finden sich dort Straßen, die auch heute noch Namen ehemaliger Kolonialisten wie Carl Peters oder Adolf Lüderitz tragen. Koloniale Strukturen durchziehen also die heutigen europäischen Städte in vielerlei Hinsicht. Auch die Art, wie über Städte geforscht und geschrieben wird, reproduziert häufig koloniale und rassistische Sichtweisen. Dieser Befund ist eine zentrale These des Buchs „Decolonize the City!“, herausgegeben vom Zwischenraum Kollektiv im Mai 2017. Es ist aber nicht als reine Bestandsaufnahme des Status Quo gedacht, sondern als ein Aufruf an alle: Es geht darum, koloniale Strukturen zu überwinden, in der Stadt und anderswo. Perspektiven der Selbstorganisation spielen hierbei eine wichtige Rolle.

Das Buchprojekt als Selbstorganisation

Gegen Trends, wie die Neoliberalisierung der Wissenschaft und die immer stärkere Fokussierung auf das Publizieren im Wissenschaftsbetrieb, wird versucht, vor allem Inhalte stark zu machen. So haben sich in diesem Buchprojekt verschiedene Menschen versammelt, um ein politisches Projekt anzugehen: die Dekolonisierung der Stadt. Es handelt sich, so schreibt das Kollektiv,

„nicht um ein Projekt, welches von Einzelpersonen für sich beansprucht werden kann, um aus aktivistischen Debatten soziales Kapital zu schlagen, sondern um den Versuch einer radikalen Infragestellung der Kolonialität der Stadt“ (S. 11).

Die Idee des Buches stammt von einer Konferenz mit dem gleichnamigen Titel, die 2012 in Berlin veranstaltet wurde. Organisiert von einer Gruppe junger Frauen of Color tauschten die Beteiligten verschiedene lokale und translokale, akademische und aktivistische Perspektiven auf die Dekolonisierung der Stadt aus.

Das Buch hat, grob gesagt, zwei Schlagrichtungen. Auf der einen Seite ist es eine Intervention in das Feld der Stadtforschung, da Kolonialismus und Rassismus dort nur selten thematisiert werden. Auf der anderen Seite ist das Buch Ausdruck der Selbstorganisation. Etwa wird im letzten Kapitel die Organisation der Konferenz von 2012 beschrieben. Hier werden Überlegungen zum Ablauf der Konferenz, zur Moderation, zur Wahl des Veranstaltungsortes aber auch zur Übersetzung angesprochen und mit dem Lesenden geteilt. Abschnitte, die vielleicht erst einmal banal erscheinen, geben hier in einer selten vorzufindenden Weise Wissen aus der und zur Selbstorganisation weiter. Allein dafür ist ein Blick ins Buch schon lohnenswert.

Humboldtforum: Koloniale Spuren und dekoloniale Widerstände

„Decolonize the City!“ greift verschiedene inhaltliche Perspektiven auf, welche ebenfalls die Frage von Selbstorganisation behandeln. Beispielsweise werden Themenfelder wie imperiale Machtverhältnisse im urbanen Raum, die Stadt als Ort der Reproduktion von Rassismus sowie Erinnerungspolitik in der Stadt angesprochen. Nicht zuletzt geht es darum, welche Bezüge zwischen der Dekolonisation als politischer Praxis und Selbstorganisation möglich sind, wie also aus der Perspektive von People of Color koloniale Strukturen in der Stadt sichtbar gemacht und aufgebrochen werden können. Wiederholt taucht die Forderung auf, Wissen und Wissenschaft zu dekolonisieren. Stadt, so die Kritik, wird häufig nur auf europäische Beispiele reduziert und gleichzeitig sind es vor allem weiße Männer, die darüber schreiben und berichten. Es geht darum, zu hinterfragen, wer in diesem Zusammenhang spricht, wer Wissen produziert und welche Menschen von diesem Prozess ausgeschlossen sind. So schreibt Kien Nghi Ha in einem Beitrag:

„Gegenwärtig haben wir eine Struktur, in der Weißsein und berufliche Expertise gleichgesetzt werden, während die Perspektiven von Personen of Color im Regelfall nur Amateur- oder Betroffenenstatus erhalten“ (S. 119). In diesem Sinne fragt das Buch nach Möglichkeiten, diese Wissensstrukturen aufzubrechen. Das Buch selbst sowie die oben angesprochene Konferenz sind Beispiele von Praktiken, welche versuchen, eine Art Gegenwissen zu diesen Strukturen aufzubauen. Darüber hinaus

machen einzelne Beiträge auf konkrete städtische Orte der Auseinandersetzung aufmerksam.

Ein Beispiel von kolonialen Kontinuitäten in der Stadt ist der Neubau des Berliner Stadtschlusses verbunden mit dem sogenannten Humboldtforum, welches unter anderem die Sammlung aus dem ethnologischen Museum in Berlin-Dahlem übernehmen soll. Es sollen Exponate, die zu Teilen aus der deutschen Kolonialzeit stammen, unreflektiert im einstigen Machtzentrum der Preußen ausgestellt werden. Jedoch verweist Sandrine Micossé-Aikins gleichzeitig auf die Initiative NoHumboldt21, eine wichtige Plattform von kritischen Stimmen zu diesem Bauprojekt. Der Widerstand gegen das Humboldtforum zeigt, dass es andere Perspektiven gibt und dass sich kritische Stimmen zusammenschließen, um diese öffentlich zu machen. In dieser Praxis identifiziert das Buch ein Beispiel, um Wissen und Stadt zu dekolonisieren. Während momentan das Humboldt-Forum noch fleißig weitergebaut wird, entstehen, so Micossé-Aikins, „widerständige Orte ‚für alle‘, an denen dominante Geschichtsschreibung hinterfragt werden und marginalisierte Perspektiven zu Wort kommen, vor allem außerhalb etablierter Kulturinstitutionen“ (S. 133).

An Stellen wie diesen zeigt das Buch wichtige Perspektiven und Praktiken der Selbstorganisation auf, um koloniale Strukturen in der Stadt aufzubrechen. Neben Beispielen wie NoHumboldt21 geht es etwa um die zahlreichen Initiativen, welche sich für die Umbenennung kolonialer Straßennamen einsetzen. Vorwiegend aus der Perspektive von People of Color werden hier koloniale Kontinuitäten im urbanen Raum offengelegt und in einer gemeinsamen Organisation treten Menschen diesen gegenüber. Solch ein Zusammenschluss gegen koloniale Strukturen kann als Beginn eines Prozesses der Dekolonisierung gesehen werden. Denn in der Offenlegung und Herausforderung der Strukturen, stößt Macht auf Gegenmacht. So schreibt Noa Ha in einem Beitrag: Der

„städtische Raum im postkolonialen Europa ist vor allem auch ein Raum der Selbstorganisation, der Selbstbestimmung und des Widerstandes gegen institutionelle Diskriminierung, staatliche Gewalt und kapitalistische Ausbeutung, die koloniale Verhältnisse reproduzieren“ (S. 82).

Diese Diskriminierungen, konkret etwa durch Residenzpflicht oder racial profiling sichtbar, erfahren People of Color in ihrem Alltag. Jedoch steckt in dem Zitat von Noa Ha eine These, die an mehreren Stellen im Buch auftaucht: Durch den Zusammenschluss von People of Color, durch die Selbstorganisation, können Macht- und Herrschaftsverhältnisse aufgebrochen werden, diese sichtbar gemacht und somit damit begonnen werden, den urbanen Raum zu dekolonisieren.

Kolonialismus und Kapitalismus – eine schwierige Beziehung?

Ein weiterer spannender Verweis zur Selbstorganisation als politische Praxis bietet sich auf dem Titelbild. Hier wird der Moment einer Demonstration am Kottbusser Tor in Berlin gezeigt. Im Vordergrund haben Menschen ihre Fäuste in die Höhe gestreckt, aus der Menge ragt ein Transparent mit der Aufschrift „Wir bleiben Alle“. Der Protest der Mietergemeinschaft Kotti&Co wird häufig als Beispiel für Selbstorganisation gegen Verdrängung, Mietsteigerung und Gentrifizierung in der Stadt angeführt. Demonstrationen wie jene auf dem Titelbild haben diesen Protest öffentlich sichtbar gemacht. Gleichzeitig steht Kotti&Co aber auch für eine Initiative, die stark von migrantischen Menschen geprägt und getragen wird. Das Cover ist damit ein Sinnbild des Zusammenhangs von kapitalistischer Ausbeutung und rassistischer Diskriminierung. In der Einleitung des Buches steht, es sei wichtig, Stadt „nicht nur als einen Ort kapitalistischer Akkumulation zu thematisieren, sondern auch als Kontext, in dem sich dominante Identitäten herausbilden und reproduzieren“ (S. 8). In dieser Hinsicht leistet das Buch eine wichtige Intervention, denn genau diese These wird häufig in Stadtforschung und -politik ausgeblendet.

Zur Frage nach der Überschneidung von Kapitalismus und Kolonialismus hätte ich mir im Buch an manchen Stellen dennoch gerne mehr Zeilen gewünscht. So klingt die Verbindung dieser Macht- und Herrschaftsverhältnisse in einigen Beiträgen kurz an. Etwa verweist Noa Ha auf die Ansätze Anibal Quijanos, der Kolonialismus und koloniale Macht als Voraussetzung für das Aufkommen des globalen Kapitalismus analysiert. Allerdings fehlt eine tiefer gehende Ausformulierung dessen. Dabei sollte aber im Hinterkopf behalten werden, dass sich das Buchprojekt als eine Intervention in das Feld von Stadtpolitik und Stadtforschung versteht. Lesende sollten darin keine vorgefertigten Lösungen und Antworten erwarten, jedoch eröffnet das Buch neue Perspektiven und schafft damit neue Anreize für weitere Forschung sowie zur Selbstorganisation. Mit Verweis auf das Titelbild stellt sich für mich etwa die ausblickende Frage, wie Kapitalismus und Kolonialismus in der Stadt zusammenhängen, sich überschneiden und gegenseitig bedingen.

Zwischenraum Kollektiv (Hg.) 2017:

Decolonize the City! Zur Kolonialität der Stadt – Gespräche | Aushandlungen | Perspektiven.

Unrast Verlag, Münster.

ISBN: 978-3-89771-546-2.

200 Seiten. 14,00 Euro.

Zitathinweis: Christian Sowa: Kolonialismus zwischen Kneipen und Cafés.

Erschienen in: ...können wir nur selber tun!. 45/ 2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1438>. Abgerufen am: 10. 10. 2017 12:54.

Zum Recht auf Stadt – aber wie?



Daniel Mullis

Recht auf die Stadt

Von Selbstverwaltung und radikaler Demokratie.

Stadtpolitische Kämpfe gibt es viele. Theoriewälzer zum „Recht auf Stadt“ auch. An der Verbindung von beidem scheitert das Buch – schade!

Rezensiert von [Rabea Berfelde](#)

Die Plataforma de Afectados por la Hipoteca, Kotti&Co, die Gezi-Protteste, Zwangsäumung verhindern, Solidarity City: Weltweit wird in den letzten Jahren von Organisationen und sozialen Protestbewegungen unterschiedlichster Art ein Recht auf Stadt eingefordert. Ihnen ist gemein, dass sie sich gegen die Neoliberalisierung des Städtischen richten: Einen Prozess, in dem der städtische Raum zum ökonomisch verwertbaren Gut wird. Die städtische Aufwertung orientiert sich nicht an einer Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität, sondern an der Profitmaximierung für einige wenige. Die Folgen: steigende Mieten und Verdrängung. So heterogen die benannten Protteste auch sind, sie alle wollen die Stadt als Gemeinwesen zurückerobern und eine Teilhabe am urbanen Leben für die Vielen ermöglichen.

Diese städtischen Bewegungen bilden den Ausgangspunkt von Daniel Mullis' Buch „Recht auf die Stadt. Von Selbstverwaltung und radikaler Demokratie“. In diesem setzt er die Schriften des französischen Marxisten Henri Lefebvre in Bezug zur viel diskutierten radikalen Demokratietheorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. Mullis' Anspruch ist es, aus der Konfrontation der beiden Ansätze eine aktuelle Perspektive auf das Recht auf Stadt zu gewinnen und konkrete Handlungspotentiale für stadtpolitische Kämpfe und Bewegungen auszuloten. Einlösen kann Mullis dieses Versprechen leider nicht. Vielmehr verheddert sich das Buch immer wieder in theoretischen Spitzfindigkeiten, die einen klareren Blick auf konkrete stadtpolitische Kämpfe eher erschweren als ermöglichen.

Recht auf Stadt: Raum als politisches Konfliktfeld

Was ist das Recht auf Stadt? Für Lefebvre ist der städtische Raum ein „historisch notwendiges Produkt von sozialen Prozessen, Strategien und Projekten“ (S. 46),

demnach ein Produkt vielfältiger gesellschaftlicher Dynamiken und somit ein nie abgeschlossener Prozess. Kurz: Raumproduktion ist umkämpft. Soziale und gesellschaftliche Veränderungen finden nicht nur *im* Raum, sondern auch *durch* den Raum statt.

In seiner Schrift „Recht auf Stadt“ kritisiert Lefebvre die städtebauliche Ordnung der kapitalistisch-fordistischen Stadt und die Verdrängung der Arbeiter*innenklasse aus dem Städtischen. Der physische Raum der Stadt, die gebaute Umgebung, kann die Qualität des Städtischen fördern oder hindern. Lefebvres Kritik setzt genau hier an: Der Massenwohnungsbau als Instrument der fordistischen Stadtplanung verhindert Orte der Begegnung und Interaktion und somit die städtische Demokratie. Er wirbt für eine emanzipatorische Praxis der Raumproduktion; für eine kollektive Wiederaneignung des städtischen Raums. Diese soll die Möglichkeit der Reproduktion von Räumen der Interaktion und Begegnung eröffnen. Das Recht auf Stadt fordert somit die Erneuerung des städtischen Lebens. Eine Erneuerung der Stadt, die – so Lefebvres politischer Impuls – durch Selbstverwaltung und direkte Demokratie in die Tat umgesetzt werden sollen.

Radikale Demokratie: Stadtpolitik neu gedacht?

Genau an dieser Stelle dockt Mullis an und verbindet Lefebvres Konzept der Selbstverwaltung mit Laclau und Mouffes Begriff der radikalen Demokratie. Beide Konzepte weisen eine ähnliche politische Stoßrichtung auf: Die politische Praxis ist nicht auf den großen gesellschaftlichen Bruch hin orientiert, sondern auf schrittweise Veränderungen im Alltäglichen. Laclau und Mouffe verstehen sich selbst als Postmarxist*innen. An marxistischen Theorien kritisieren sie, dass ausschließlich ökonomische Prozesse als dominante Kraft für gesellschaftliche Veränderungen dargestellt werden. Somit wird primär der Kapitalismus für die Entfremdung des Alltäglichen und die Produktion von Herrschaft verantwortlich gemacht und andere Herrschaftszusammenhänge an den Rand gedrängt. Mullis erkennt diese Bestrebungen auch in der Theoriebildung Lefebvres, wenn dieser der Arbeiterklasse die Rolle des revolutionären Subjekts beziehungsweise des Subjekts des Wandels zuschreibt. Sie sei die soziale Gruppe, die sich gegen den Ausverkauf der Stadt wehre und das Recht auf Stadt einfordere. Mullis versäumt es an dieser Stelle leider, näher darauf einzugehen, warum er einen ausschließlichen Fokus auf ökonomische Unterdrückungsmechanismen für die Ausformulierung eines aktuellen Rechts auf Stadt für problematisch hält und schafft somit nicht die Rückbindung an den eigentlichen Gegenstand seiner Reflexion: konkrete stadtpolitische Kämpfe. Es findet sich ausschließlich der beiläufige Hinweis, dass primär die kapitalistische Stadt ins Visier genommen werde und andere Unterdrückungsstrukturen wie Rassismen, Patriarchat und heteronormative Dominanz nebensächlich erscheinen.

Wenn Lefebvre die Arbeiter*innenklasse als politisches Subjekt der stadtpolitischen Kämpfe benennt, outet er sich als geistiges Kind seiner Zeit. Und heute: Rassismen, genderbedingte und ökonomische Herrschaftsmechanismen produzieren ihre eigenen Räume und gesellschaftlichen Ausschlüsse in der aktuellen neoliberalisierenden Stadt. Was bedeutet diese für die Selbstorganisation im städtischen Raum? Wie ist es möglich, dass Menschen aus unterschiedlicher Betroffenheit heraus gemeinsam das Recht auf Stadt einfordern? Die Beschäftigung mit der radikalen Demokratietheorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe könnte durchaus Antworten bieten, denn sie stellen sich eine ähnliche Frage: Wie können die vielfältigen demokratischen Kämpfe zu einem gemeinsamen herrschaftskritischen Projekt zusammengeführt werden? Leider stellt Mullis diese Frage(n) nicht und verliert sich stattdessen in einer ausführlichen Besprechung der radikalen Demokratietheorie.

In ihrem 1985 veröffentlichten Hauptwerk „Hegemonie und radikale Demokratie – Zur Dekonstruktion des Marxismus“ entwickeln Laclau und Mouffe eine Theorie gesellschaftlicher Veränderungen, welche historischen Entwicklungen Rechnung trägt. In ihrer Theorie findet sich eine bewusste Unterscheidung zwischen der Politik und dem Politischen – die *politische Differenz*. Politik meint das soziale Funktionssystem, Institutionen, Parteien, Regierung et cetera. Das Politische hingegen ist das emanzipatorische Moment gesellschaftlicher Veränderungen. Ziel der radikalen Demokratie ist die Verteidigung des Politischen gegenüber der institutionalisierten Politik, um die praktische Auseinandersetzung über gesellschaftliche Veränderungen dauerhaft zu ermöglichen. Durch die Formulierung politischer Forderungen konstituieren sich politische (Kollektiv-)Subjekte. Nach Laclau und Mouffe erzeugen gesellschaftliche Widersprüche, wie etwa ökonomische, jedoch noch keine politischen Subjekte. Vielmehr entstehen diese durch einen Artikulationsprozess entlang der Benennung der Widersprüche und durch die Bündelung verschiedener, vereinzelter Kämpfe unter eine gemeinsame Forderung. Das Recht auf Stadt kann eine solche Forderung sein:

„Damit soll gesagt sein, dass es nicht per se darum geht, dieses oder jenes Verhältnis zu verändern, sondern dass es darum gehen muss, die unterschiedlichen Kämpfe weiter zu verknüpfen und so den Konflikt um die Aushandlungsform hin zur praktischen radikalen Demokratie vorwärts zu treiben“ (S. 111).

Theorie ohne Praxis

Diese Grundlagen der radikalen Demokratietheorie bieten aufgrund ihrer politisch-theoretischen Komplexität keine direkte Praxisanleitung für stadtpolitische Kämpfe. Sie bietet aber zahlreiche Anregungen, um diese auf einem zunächst abstrakten

Niveau zu reflektieren. Dafür hätte Mullis seine theoretischen Reflexionen allerdings stärker an seinen eigentlichen Gegenstand, die konkreten Recht auf Stadt-Kämpfe rückbinden müssen. Er illustriert lediglich einzelne grundlegende Begriffe und Denkfiguren mit stadtpolitischen Beispielen. Erst im letzten Kapitel erfolgt die knappe Rückbindung an die stadtpolitischen Kämpfe: Theoriearbeit und Praxistipps stehen aber weitgehend unvermittelt nebeneinander. Neben dem bereits erwähnten Werk von Laclau und Mouffe bezieht Mullis viele weitere Schriften der beiden in seine Betrachtung ein: Ein wenig mehr Mut zur Lücke hätte an dieser Stelle Mullis' Ausführungen allerdings leichter zugänglich gemacht. Der Untertitel des Buchs „Von Selbstverwaltung und radikaler Demokratie“ legt nahe, dass man aus der Lektüre Lehren für die Selbstorganisation im Stadtteil und die eigene stadtpolitische Arbeit herauslesen kann. Tatsächlich aber bieten die Konzepte der Selbstverwaltung und der radikalen Demokratie keine Antwort auf konkrete Fragen der politischen Organisation – jedenfalls nicht, wenn man sie wie Mullis auf rein theoretisch-abstrakter Ebene behandelt. Eine Anleitung für die politische Praxis wird man bei ihm leider nicht finden.

Daniel Mullis 2014:

Recht auf die Stadt. Von Selbstverwaltung und radikaler Demokratie.

Unrast Verlag, Münster.

ISBN: 9783897715448.

183 Seiten. 14,00 Euro.

Zitathinweis: Rabea Berfelde: Zum Recht auf Stadt – aber wie? Erschienen in: ...können wir nur selber tun!. 45/ 2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1437>. Abgerufen am: 10. 10. 2017 12:54.

Gegen das staatlich verordnete Vergessen



Juliane Karakayali / Çağrı Kahveci / Doris Liebscher / Carl Melchers (Hg.)

Den NSU-Komplex analysieren
Aktuelle Perspektiven aus der Wissenschaft

Der Band zeigt, wie eine gesellschaftliche und wissenschaftliche Aufarbeitung des NSU-Komplexes aussehen kann.

Rezensiert von [Katharina Schoenes](#)

Nach über vier Jahren Beweisaufnahme begann Ende Juli im Münchner NSU-Prozess das Plädoyer der Bundesanwaltschaft. Die Ankläger_innen halten darin an der lange widerlegten Trio-These fest, wonach der NSU nur aus drei isolierten Personen bestanden und ohne nennenswertes Unterstützungsnetzwerk agiert habe.

Die Haltung der Bundesanwaltschaft ist symptomatisch für einen Staat, der ebenso wie breite Teile der Gesellschaft eine tiefergehende Auseinandersetzung mit dem NSU-Komplex bis heute verweigert. Zwar gibt es eine kleine Community von Menschen, die mit ihren hartnäckigen Recherchen maßgeblich zur Aufklärung der Taten des NSU beigetragen haben und sich kontinuierlich dafür einsetzen, antirassistische Perspektiven auf den NSU-Komplex in die Öffentlichkeit zu tragen. Dazu gehören Anwälte_innen, Aktivist_innen, investigative Journalist_innen und nicht zuletzt die Menschen, die durch den rassistischen Terror verletzt wurden oder Angehörige und Freund_innen verloren haben. Ihnen stehen jedoch weite Teile der Mehrheitsbevölkerung gegenüber, die sich vom NSU „schlicht nicht betroffen“ (S. 19) fühlen und weder von dem bundesweiten neonazistischen Unterstützungsnetzwerk des Kerntrios noch von der Verstrickung der Geheimdienste oder den rassistisch geführten Ermittlungen etwas wissen wollen.

Soweit das pessimistische Bild, das die Herausgeber_innen Juliane Karakayali, Çağrı Kahveci, Doris Liebscher und Carl Melchers zu Beginn des Bandes „Den NSU Komplex analysieren“ zeichnen. Es ist das Anliegen des Buches, grundlegende gesellschaftliche Fragen, die der NSU-Komplex aufwirft, (wieder) auf die politische Agenda zu setzen. Dabei geht es den Herausgeber_innen auch um eine wissenschaftspolitische Intervention: Denn das gesellschaftliche Desinteresse am

NSU spiegelt sich auch an den Universitäten wider, in denen die rassistische Mordserie und ihr gesellschaftlicher Kontext bislang kaum Gegenstand kritischer Lehre und Forschung wurden.

Einige Artikel setzen sich vor diesem Hintergrund mit den bisherigen Versäumnissen der deutschen Forschungslandschaft auseinander. Um sich überhaupt in die Lage zu versetzen, etwas zur Analyse des NSU-Komplexes beitragen zu können, müssten die unterschiedlichen Disziplinen zuallererst reflektieren, wie sie selbst in die rassistischen Verhältnisse verstrickt sind, die den NSU-Komplex ermöglicht haben, so die Herausgeber_innen in ihrem einleitenden Beitrag. Beispielsweise hat die Migrationsforschung mit ihrem Fokus auf Gewalt, Kriminalität und Fundamentalismus unter „Ausländern“ den rassistischen Ermittlungen der Polizei, die sich jahrelang gegen die Opfer des NSU richteten, eine Legitimationsgrundlage geschaffen. Die Sozialpädagogik hat es bislang versäumt, Ansätze der sogenannten akzeptierenden Jugendsozialarbeit aufzuarbeiten, die in den 1990er Jahren den Aufbau rechter Räume und Strukturen unterstützte. Und die politikwissenschaftliche „Rechtsextremismusforschung“ arbeitet – wie der Name schon sagt – viel zu häufig mit der innen- und sicherheitspolitisch motivierten Extremismuskonzeption und stützt sich auf „korrumpiertes Wissen“ (S. 146) der Geheimdienste, wie Massimo Perinellis Beitrag eindrücklich belegt.

Es einfach nicht wissen wollen

Wie eine kritische Wissensproduktion zum NSU-Komplex aussehen kann, zeigt der Text von Özge Pınar Sarp und Çağrı Kahveci. Ausgehend vom kollektiven Gedächtnis der deutsch-türkischen Community ordnen die Autor_innen die NSU-Morde in die Geschichte rassistischer Gewalt in der Bundesrepublik ein. Dabei zeigt sich: Nicht nur das Töten von Migrant_innen hat in Deutschland Tradition, sondern auch das Vergessen. Die schmerzhafteste Geschichte derer, die rassistisch diskriminiert und ausgegrenzt werden, hat meist keinen Platz im Gedächtnis des „Erinnerungsweltmeisters Deutschland“ (S. 41). Dies erklärt, warum die Taten des NSU vielfach als erschreckendes, aber letztlich singuläres Ereignis wahrgenommen werden und nicht als Fortsetzung einer großen Zahl rassistischer Morde seit den 1980er Jahren und der rassistischen Pogrome nach der deutschen Vereinigung. Dass es auch eine Kontinuität des Widerstands gegen Rassismus gibt, wird im Beitrag von Sarp und Kahveci ebenfalls deutlich. Immer wieder organisierten Hinterbliebene und Freund_innen der Opfer rassistischer Gewalt Trauerdemonstrationen, verlangten eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rassismus und erhoben Forderungen nach gleichen politischen und sozialen Rechten. Der entschlossene Kampf vieler Familien unterstreicht, dass es möglich ist, in den erinnerungspolitischen Diskurs zu intervenieren. In der Schaffung öffentlicher Gedenkorte und im kollektiven Erinnern liegt die Chance, das durch

rassistischen Terror hervorgerufene Leid und die Unsicherheit zu vergesellschaften, sodass die Opfer und ihre Erfahrungen nicht länger „abgesondert in die Geschichte eingehen“ (S. 53).

Zu ähnlichen Schlüssen kommen Ayşe Güleç und Johanna Schaffner. Sie gehen von der Frage aus, wie es möglich war, dass das kollektive Wissen und der kollektive Schmerz migrantischer Communities über die Morde des NSU nicht nur im Mainstream, sondern auch in linken Kreisen jahrelang gänzlich ignoriert wurden. Die Unfähigkeit zur Empathie und das „Nicht-Wissen-Wollen“ (S. 60) interpretieren sie als Effekt einer gesellschaftlich produzierten Struktur und als spezifische Ausdrucksform von Rassismus. Die hartnäckigen Interventionen der Familie Yozgat aus Kassel, um die es im zweiten Teil des Beitrags geht, zeigen jedoch, dass es immer wieder gelingt, die „sorgfältig hergestellten Methoden des Nichtwissens“ (S. 60) zu durchkreuzen. So können die strukturelle Empathielosigkeit überwunden und (punktuell) alternative Möglichkeiten der politischen und emotionalen Identifikation geschaffen werden.

Weitere Beiträge untersuchen, wie institutioneller Rassismus das NSU-Verfahren in München prägt oder welche Folgen der „Betriebsunfall“ NSU für die Ausstattung und Kompetenzen des Inlandsgeheimdienstes hatte. Wieder andere Artikel greifen theoretische Konzepte wie „institutioneller Rassismus“, „Collusion“ (also etwa: „verdeckte Zusammenarbeit“, beispielsweise zwischen V-Personen und staatlichen Behörden) oder „Ausnahmestand“ auf, um sie für die Analyse des NSU-Komplexes fruchtbar zu machen. Ein verbindendes Element der Beiträge, deren thematische Schwerpunkte sich erkennbar unterscheiden, besteht darin, dass sie sich auf „Wissen aus den politischen Bewegungen des Antirassismus und Antifaschismus sowie das migrantisch situierte Wissen“ (S. 10) beziehen. Sie verstehen den NSU-Komplex nicht als singulären Skandal, sondern als Ausdruck der sozialen und politischen Verhältnisse und insbesondere eines tief verankerten Rassismus. Eine wissenschaftliche Aufarbeitung darf aus dieser Perspektive nicht bei der Aufklärung der Taten des NSU und erst recht nicht bei Spezialdiskussionen über einzelne Neonazis und ihre staatlichen Unterstützer_innen im sogenannten Verfassungsschutz stehenbleiben. Vielmehr muss sie auf eine ernsthafte Auseinandersetzung mit „Rassismus und mit neofaschistischen Tendenzen in einer postnazistischen und postmigrantischen Gesellschaft“ und dem „Verhältnis von Grund- und Menschenrechten und Geheimdiensten in einer Demokratie“ (S. 18) hinauslaufen. Für diese anstehenden Diskussionen liefert der Band wertvolle Ansätze und Analysen.

Gegenerzählungen entwickeln

Inwieweit dabei – wie von den Herausgeber_innen angedeutet – auf die vom neoliberalen Umbau gebeutelten Hochschulen gesetzt werden kann, ist allerdings

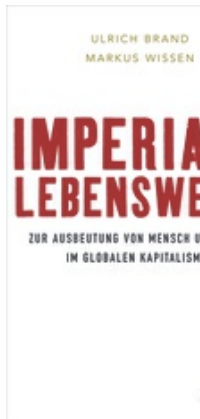
fraglich. Massimo Perinelli bringt es auf den Punkt, wenn er schreibt: „Wer wirklich beansprucht, den NSU-Komplex wissenschaftlich angehen zu wollen, muss auch dazu bereit sein, so manche karriereungünstigen Schritte zu gehen“ (S. 160). Vielversprechender könnte eine unabhängige Rassismusforschungs- und Dokumentationsstelle nach dem Vorbild des britischen Institute of Race Relations (IRR) sein, dessen Arbeit Eddy Bruce-Jones in seinem Beitrag vorstellt. Das IRR dokumentiert seit Jahrzehnten rassistische Gewalt in Großbritannien, macht so die institutionellen und strukturellen Dimensionen von Rassismus sichtbar und liefert Gegenerzählungen zu offiziellen Regierungsberichten. Ansätze, die in eine solche Richtung gehen, existieren in der Bundesrepublik bereits in den vielen gedenkpolitischen Initiativen, die an die Opfer rassistischer Morde erinnern, in Register- und Beratungsstellen oder beispielsweise auch in der Chronik der Berliner Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt. Dieses Wissen gilt es zu systematisieren und zu archivieren, sodass in künftigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen darauf zurückgegriffen werden kann.

In einer Phase, in der der NSU-Prozess in München langsam zu Ende geht, viele parlamentarische Untersuchungsausschüsse ihre Arbeit bereits abgeschlossen haben und staatliche Akteur_innen – wie die eingangs erwähnte Bundesanwaltschaft – entschlossen darauf hinarbeiten, möglichst schnell einen Schlussstrich zu ziehen und den NSU zu den Geschichtsakten zu legen, kommt der Band gerade rechtzeitig. Es bleibt zu hoffen, dass viele die in ihm versammelten Analysen aufgreifen und sich dem staatlich verordneten Vergessen entgegenstellen.

Juliane Karakayali / Çagri Kahveci / Doris Liebscher / Carl Melchers (Hg.) 2017: Den NSU-Komplex analysieren. Aktuelle Perspektiven aus der Wissenschaft. Transcript, Bielefeld.
ISBN: 978-3-8376-3709-0.
238 Seiten. 29,99 Euro.

Zitathinweis: Katharina Schoenes: Gegen das staatlich verordnete Vergessen. Erschienen in: ...können wir nur selber tun!. 45/ 2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1445>. Abgerufen am: 10. 10. 2017 12:54.

Ohne Imperialismus keine imperiale Lebensweise



Ulrich Brand / Markus Wissen

Imperiale Lebensweise

Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus

Es stimmt: „Wir“ müssen aufhören so zu leben wie bisher. Aber wir müssen auch das System verändern. Ob das nach der Lektüre des Buches geschehen wird, ist fraglich.

Rezensiert von [Gabriel Kuhn](#)

Es ist so eine Sache, wenn Ideen, die lange nur vermeintlich idealistischen Minderheiten vorbehalten waren, plötzlich Eingang in die sogenannte Mitte der Gesellschaft finden. Einerseits ist das positiv, denn gute Ideen sollen sich verbreiten. Andererseits stellt sich die Frage, ob sie dies wirklich tun können, werden sie ohne politische Schlagkraft präsentiert.

In dem Buch „Imperiale Lebensweise“, verfasst von den Politologen Ulrich Brand und Markus Wissen, stimmt inhaltlich so ziemlich alles: Der Kapitalismus ist weder sozial noch ökologisch haltbar, die Menschen im globalen Norden leben auf Kosten anderer, es wird zu viel Auto gefahren, Fleisch gegessen und unnützes Zeug produziert. Die imperiale Lebensweise verweist auf „die Produktions-, Distributions- und Konsumnormen, die tief in die politischen, ökonomischen und kulturellen Alltagsstrukturen und -praxen der Bevölkerung im globalen Norden ... eingelassen sind“ (S. 44).

Innerhalb der Linken wurde das Buch größtenteils positiv aufgenommen. Das I.L.A.-Kollektiv (I.L.A. für „Die imperiale Lebensweise: Ausbeutungsstrukturen im 21. Jahrhundert“) stellte auf der Basis einer Schreibwerkstatt gar ein Dossier mit dem Titel „Auf Kosten anderer? Wie die imperiale Lebensweise ein gutes Leben für alle verhindert“ zusammen. Dieses wurde vom Oekom Verlag im Sommer 2017 – wenige Monate nach dem Werk Brands und Wissens – herausgegeben.

In Imperiale Lebensweise selbst flüchten sich Brand und Wissen, wenn es um die konkreten Schlussfolgerungen ihrer Analysen geht, in Allerweltsappelle wie: „Es geht um andere politische Regeln sowie gesellschaftliche Selbstverständlichkeiten

und Leitbilder, welche kapitalistische Expansion und Landnahme zurückdrängen und eine solidarische Lebensweise ermöglichen.“ (S. 169). Den Autor_innen von „Auf Kosten anderer“? gelingt es, dies zu konkretisieren. Auch sprachlich ist das Dossier zugänglicher: In „Imperiale Lebensweise“ grüßt vor allem das sprichwörtliche Soziologendeutsch. Wenn es beispielsweise um den Verkehr geht, rüttelt ein Manifest wie die 2015 im Unrast Verlag erschienene „Verkehrsmachtordnung“ von Planka.nu mehr auf, auch wenn sich in Imperiale Lebensweise die gleichen Argumente finden.

Die Autor_innen von „Auf Kosten anderer?“ fragen „nach den Potenzialen für alternative Ideen und Konzepte, die in vielen Teilen der Welt an Bedeutung gewinnen und die dem berechtigten Unmut über soziale Ungleichheit, ökologische Zerstörung und ‚postpolitische‘ Alternativlosigkeit zu einem emanzipatorischen Ausdruck verhelfen“ (I.L.A. Kollektiv 2017, S. 5). Die dabei behandelten Themen reichen von Digitalisierung und Geld bis zu Sorge und Bildung. Alles wichtig, und doch verweist die Auswahl auf die Grenzen des präsentierten Ansatzes: Die imperiale Lebensweise mag sich durch unser Konsumverhalten und unsere Alltagsgestaltung wohl modifizieren lassen, aber das imperialistische System, auf dem sie beruht, stößt sich daran wenig. In vollem Bewusstsein der Plakativität: Wenn wir nicht nach Strategien fragen, um den Imperialismus effektiv zu bekämpfen, bleiben die Wurzeln auch der imperialen Lebensweise intakt und radikale Lösungen unmöglich. Das Bekämpfen der Symptome erleichtert das Leben für die, die sich das leisten können (vor allem in der Form besseren Gewissens) und, im Idealfall, auch anderer. Das Problem selbst bleibt jedoch bestehen.

Es ist besser, den Alltag mit einer ethischen Perspektive auszustatten, als auf eine solche gänzlich zu verzichten. Auch kann die damit verbundene Bewusstseinsbildung es ermöglichen, die Wurzeln gesellschaftlicher Probleme ins Blickfeld zu bekommen und entsprechende Widerstandsformen anzudenken. Daher sind die in „Imperiale Lebensweise“ angedeuteten und in „Auf Kosten anderer?“ weiterentwickelten Vorschläge zur Lebensgestaltung in der Metropole durchaus verdienstvoll. Aber nachdem diese Vorschläge an der Grenze zur politischen Organisierung Halt machen, bleibt „Imperiale Lebensweise“ letztlich ein politisch zahmes Buch.

Eine ältere Publikation des Oekom Verlags, dessen Programm sich irgendwo zwischen Lebensberatung, kritischer Gesellschaftsanalyse und ökologischer Zukunftsvision bewegt, ist herausfordernder. Niko Paech verfolgt in seinem 2012 erschienenen Band „Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie“ einen Ansatz, auf dessen Bedeutung auch Brand und Wissen verweisen. Paech scheut sich allerdings nicht, die Dinge beim Namen zu nennen: Er kritisiert das „kerosintriebende Bildungs-, Projekt- und Party-Nomadentum“ genauso wie den „Bequemlichkeitsfortschritt“ oder das

„Convenience-Dasein“.

Moralismus ist ein böses Wort, aber ein nicht zu unterschätzendes Werkzeug, um Reflexion und Handlung anzuregen. Etwas mehr davon hätte „Imperiale Lebensweise“ gut getan. Nichtsdestotrotz ist es ein lesenswertes und erhellendes Buch.

Zusätzlich verwendete Literatur

I.L.A. Kollektiv (2017): Auf Kosten anderer? Wie die imperiale Lebensweise ein gutes Leben für alle verhindert. Oekom Verlag, München.

Niko Paech (2012): Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. Oekom Verlag, München.

Ulrich Brand / Markus Wissen 2017:

Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus.

oekom verlag, München.

ISBN: 978-3-86581-843-0.

224 Seiten. 14,95 Euro.

Zitathinweis: Gabriel Kuhn: Ohne Imperialismus keine imperiale Lebensweise.

Erschienen in: ...können wir nur selber tun!. 45/ 2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1443>. Abgerufen am: 10. 10. 2017 12:54.

Zusammenhalt mittels Feindbestimmung



Sebastian Friedrich

Die AfD

Analysen – Hintergründe – Kontroversen

Was sind die Ursachen für den Aufstieg der AfD, wohin steuert die Partei - und was sind sinnvolle Gegenstrategien?

Rezensiert von [Johanna Bröse](#)

Als sich am Abend der Bundestagswahlen am 24. September 2017 die AfD auf ihrem zweistelligen Zuspruchswert von 12,6 Prozent einzupendeln begann, hörte man vielerorts wütende, laute, deprimierte Stimmen, die eine Frage einte: Wie konnte das passieren? Schnell machten erste Berichterstatter_innen in den Medien die üblichen Sündenböcke aus: die vermuteten Wähler_innen der Partei (die, die nicht wählen wollen oder können, standen erst einmal nicht zur Verfügung). Eifrig wurden die Gründe hierfür in Kleinstädten der Oberlausitz oder in Mecklenburg-Vorpommern gesucht und Menschen beim Einkaufen, beim Spaziergehen oder beim Arbeiten zu ihrem Wahlverhalten befragt. Der mediale Konsens war: Die Ossi, die Abgehängten, die stumpfen Arbeiterinnen und Arbeiter haben den funkelnden Karren der bundesdeutschen Demokratie in den Dreck gezogen. Nur wenige blickten genauer hin.

Um es klar zu stellen: Ja, die AfD im Bundestag ist gefährlich, weil sich damit nationalistische bis offen faschistische Kräfte ihren Weg in ein sehr einflussreiches Terrain gesichert haben, und dies schon jetzt gewaltige Auswirkungen auf die gesamte gesellschaftliche Dynamik darstellt. Was sind aber nun die richtigen Fragen, die es zum Thema AfD zu stellen gilt? Einige weiterführende Erkenntnisse und die Einsicht, dass bisherige Antworten darauf viel zu oft viel zu kurz greifen, gewinnt man, wenn man sich etwa mit dem Buch „Die AfD“ von Sebastian Friedrich auseinandersetzt. Es geht darum, wie die linke Bewegung sich der politischen Realität der AfD im Parlament inhaltlich stellen und gleichzeitig eine grundlegende Neujustierung linker Klassenpolitik vornehmen kann.

Zentrale Bausteine der AfD

Friedrich skizziert die Entwicklung der Partei hin zu einem gemeinsamen Großprojekt rechtskonservativer, nationalistischer und nationalliberaler Strömungen. Er macht deutlich, dass die AfD nicht zufällig und vereinzelt entstehen konnte: „Die Rechten können jetzt das Feld abernten, das die Thilo Sarrazins, Peter Sloterdijks und Eva Hermans dieser Republik jahrelang bestellt haben“ (S. 9). Die AfD ist Resultat einer jahrelangen Formierung rechter und nationalistischer Kräfte in Deutschland: Bis 2015 vollzog die AfD, unter Aufsicht des damaligen Parteivorsitzenden Bernd Lucke, eine strategisch begründete moderate Ausrichtung nach rechts; damit einher ging eine Stärkung des antimuslimischen Flügels innerhalb der Partei. Nachdem Lucke und Co. sich gegenüber dem (noch) nationaleren Flügel den Kürzeren zogen und die Partei verließen, entwickelt sich die Partei bis heute ungebremst nach rechts weiter. Mit diesen Entwicklungen hat sich Friedrich schon 2015 in seinem Buch „Der Aufstieg der AfD“ auseinandergesetzt. Er kurvte darin einmal quer durch die kurze Geschichte der AfD bis zu ihrem ersten Parteitag und machte seine Leser_innen mit den zentralen Playern in dieser Partei vertraut. Trotz einiger unerwarteter „Verluste“ sind viele davon, etwa Gauland, von Storch, Höcke oder Poggenburg, noch immer zentrale Figuren. In seinem Nachfolgebuch knüpft er nun daran an und führt die Geschichtsschreibung der AfD bis zum Machtkampf zwischen Frauke Petry und Bernd Höcke im Frühjahr 2017 fort. Außerdem richtet er im Vergleich zum ersten Buch seine Analyse gesellschaftsanalytischer aus.

Die AfD ist ein Baustein einer von rechts vorangetriebenen globalen Hegemoniekrise, welche die politischen Institutionen, vermeintlichen moralischen Wegweiser und gesellschaftlichen Entwicklungen grundlegend in Frage stellt. Der Erfolg der AfD baut auf vier zentralen Teilbereichen dieser weltweiten Krise auf, die Friedrich wie folgt benennt: Die Krise des Konservatismus, die Repräsentationskrise, die Krise des Kapitals und die Krise des Sozialen. Die konservativen Parteien haben sich in den vergangenen Jahren an die gesellschaftliche Realität anpassen müssen, um den Anschluss an die modernisierte politische „Mitte“ nicht zu verlieren: „Eingewanderte wollen mehr als leidlich geduldete 'Gäste' sein, Frauen mehr als nur Ehefrauen, Schwule und Lesben mehr als nur Abweichung“ (S. 13). Hier fungiert die AfD als Sammelbecken fundamentalkonservativer Gruppierungen (vor allem mit dem Fokus auf Antifeminismus und „Gender-Wahn“), die sich in den bestehenden Parteiprogrammatiken, etwa der CDU, nicht mehr widerfinden. Antimuslimischer Rassismus und Abwehr von geflüchteten Menschen dient hier neben den genannten Themen als einigender Kitt. Somit begünstigte die „sukzessive Aushöhlung der parlamentarischen Demokratie und die Angleichung der etablierten Parteien“ (S. 21) den Aufstieg der Rechten, weil es berechtigte Kritik an der hiesigen Form der Demokratie in essentialisierende und ausgrenzende Bahnen lenkte. Die Anrufung des „kleinen Mannes“ durch Alexander Gauland etwa verlief in dieser Form relativ erfolgreich: Viele der Wähler_innen werden ihr Kreuz nicht

trotz, sondern wegen des Programms der AfD gemacht haben – oder zumindest für einen Teil davon. Der Grund: Der (oftmals dezidiert antimuslimische) Rassismus stellt die ideologische Klammer bereit und ist in hohem Maße funktional für die Programmatik der AfD.

Es sei zentral, so zeigt Friedrich, dass die AfD den Zusammenhang der „ökonomischen Voraussetzungen der gesellschaftlichen Machtverschiebungen gerade nicht zur Sprache bringt“ (S. 28). Dabei fallen die Krise des Konservatismus und der politischen Repräsentation unmittelbar mit der Krise des neoliberalen Kapitalismus zusammen. Es sind die Teile der Mittelschicht, für die, so Oliver Nachtwey, „nicht die reale Bedrohung, sondern maßgeblich die *Sorge* vor dem Absturz zugenommen [hat]“ (Nachtwey 2016, S. 152, Herv. i. O.). Auch bei Friedrich lässt sich das nachlesen. Bei der Wähler_innenschaft der AfD handelt es sich, so der Autor, vor allem um Menschen mit Abstiegsängsten. Diese Ängste erhielten im Zuge der Finanzkrise 2008 und der folgenden neoliberalen Umstrukturierungen eine objektive Grundlage. Die Krise des Sozialen, die immer weiter auseinanderklaffende Schere zwischen Arm und Reich und der verschärfte Leistungsdiskurs, der seit der Agenda 2010 Hochkonjunktur hat, spielt dem rechten Projekt ebenfalls in die Hände:

„Zumindest ein Teil der ‚Mitte‘ in der Krise ähnelt damit einem Radfahrer, so wie ihn Kurt Tucholsky vor fast 100 Jahren beschrieb: Untertänig und respektvoll himmeln sie nach oben, geschwollen treten sie nach unten – ein prägnantes Muster, wie reale Fragen reaktionär beantwortet werden“ (S. 45).

Der Autor zeigt zudem, dass dieses Problem weit komplexere Antworten benötigt als die gemeinhin (auch von den Linken) gegebenen. Friedrich entlarvt damit die Programmatik der AfD als eine, von der vor allem Arbeitgeber und Unternehmen profitieren, und nicht die „kleinen Leute“. Ziel der Partei ist die Konstruktion einer populistischen Massenbasis, auf der sich ein stärker autoritär ausgerichtetes Regime von Eliten entfalten kann. Aufgrund bisher fehlender weiterführender Analysen ist die Darstellung der Klassenfraktionen recht kurz, die sich in Richtung AfD orientieren. Das Buch geht hier knapp auf den Verband der Familienunternehmer, auf die Verflechtungen des Immobilienkapitals und die Hayek-Gesellschaft ein, die in der AfD einen parteipolitischen Hebel gefunden haben. Hier wäre aber noch viel Raum für vertiefende Betrachtungen.

Dass Friedrich mit seinen genauen Analysen sogar noch den Feind über seine eigene Strategie zu belehren weiß, ist amüsant und skurril zugleich: Der Autor dokumentiert auf seiner Facebookseite am 23. Mai 2017 seine Eindrücke bei einer Lesung im baden-württembergischen Ladenburg:

„Mich umarmten die AfDler förmlich. Sie hätten alle mein Buch gelesen (und in der Tat: Fast alle anwesenden AfDler hielten das Buch in der Hand, ich habe sogar fünf Bücher von AfDlern signiert). Einen Tag vor der Veranstaltung hätten sich die AfDler zum Lesekreis (!) getroffen, sagte ein AfD-Sprecher während der Veranstaltung. Mich wollten sie die ganze Zeit umgarnen: 'Herr Friedrich argumentiert zwar aus einer linken und marxistischen Perspektive, ist aber sehr kompetent und schreibt sehr sachlich und objektiv über uns', so der Tenor“.

Anstöße für eine neue Klassenpolitik

In den letzten Seiten des Buches geht es ums Eingemachte: Was tun? Letztlich beschreibt das Kapitel eine weitere Krise, die zur Hinwendung einiger enttäuschter und von den kapitalistischen Zurichtungen gebeutelter Menschen an die AfD beitrug: die Krise einer starken, solidarischen und kämpferischen Klassenpolitik und das damit verbundene Versagen linker Kräfte, Antworten auf immer drängendere soziale Fragen zu formulieren. Der Autor zeigt hier nochmals, dass es ihm bei seinem schmalen Band nicht – nur – um eine intensiv recherchierte und sehr differenziert ausgearbeitete Analyse der rechten Formierung geht. Es geht vielmehr darum, aus den bisherigen Niederlagen und Verfehlungen Ansatzpunkte für eine erneuerte linke Klassenpolitik herauszuarbeiten, welche die sozialen Verhältnisse und die globalen politischen Kämpfe zur Basis macht. Ein großes Projekt, denn es muss nicht nur den rechten Formierungen, sondern auch der neoliberalen Politik der Bundesregierung und ihrer Verbündeten entgegengetreten werden. Breite Bündnisse jenseits des Klasseninteresses der Subalternen scheinen in den Augen des Autors glücklicherweise nicht zielführend. Sinnvoll, so schreibt Friedrich, sei es vielmehr,

„eine Strategie im Umgang mit dem rechten Projekt und der AfD zu entwickeln, die eine langfristige Perspektive hat, die eine Kritik an rechter Politik insgesamt umfasst und die anhand gezielt gewählter Angriffspunkte die Aussicht auf eine linke Gegenbewegung stärkt“ (S. 122).

Zusätzlich verwendete Literatur

Nachtwey, Oliver (2017): Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Originalausgabe, 6. Auflage. Suhrkamp, Berlin.

Sebastian Friedrich 2017:

Die AfD. Analysen – Hintergründe – Kontroversen.

Bertz + Fischer, Berlin.

ISBN: 978-3-86505-741-9.

168 Seiten. 7,90 Euro.

Zitathinweis: Johanna Bröse: Zusammenhalt mittels Feindbestimmung. Erschienen in: ...können wir nur selber tun!. 45/ 2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1446>. Abgerufen am: 10. 10. 2017 12:54.

Wider die Rassismus-Amnesie!



Fatima El-Tayeb

Undeutsch

Die Konstruktion des Anderen in der postmigrantischen Gesellschaft

Deutschland post-rassistisch? Wohl kaum. Die Entsolidarisierung mit vermeintlich „Undeutschen“ ist allgegenwärtig.

Rezensiert von [Esther van Lück](#) und [Eddi Steinfeldt-Mehrtens](#)

Wie passt das zusammen – die mehrheitsgesellschaftliche Überzeugung, dass Rassismus nicht in Deutschland (und Europa) existiere, bei gleichzeitiger, fortwährender Abwertung von all jenen, die nicht als „deutsch“ erachtet werden. Fatima El-Tayeb geht genau dieser Frage auf den Grund. Sie analysiert in ihrem Werk die Mechanismen, durch die Menschen in Deutschland als „undeutsch“ und damit nicht-zugehörig konstruiert und gesellschaftlich ausgeschlossen werden. Anhand ihrer Betrachtung „zeitgenössischer deutscher Erinnerungsdiskurse“ (S. 39) seit 1989 macht die Professorin für Literatur und Ethnic Studies die zugrunde liegenden Tiefenstrukturen der deutschen (und auch europäischen) Gesellschaft sichtbar, die an ihrem *weißen*, christlich-sozialisierten, als Zentrum von Demokratie und Menschenrechten verstandenen Selbstbild festhält.

„Undeutsch“ nimmt eine explizit marginalisierte Perspektive ein, „nämlich die derjenigen, die in Vergangenheit und Gegenwart als ‚undeutsch‘ kategorisiert wurden – als nicht nur nicht zur nationalen Gemeinschaft gehörend, sondern diese durch ihre Anwesenheit gefährdend, destabilisierend“ (S. 34). Es fungiert als „Fortsetzung von als auch als Gegenstück“ (S. 7) zum Vorgänger „Anders Europäisch“ (2015). Es bezieht sich auf den deutschen Kontext und problematisiert den Umgang der Mehrheitsgesellschaft mit Rassifizierten. Rassifizierung wird dabei verstanden als „Zuschreibung kollektiver quasi-biologischer und/oder kultureller Eigenschaften, die die Wahrnehmung bestimmter Gruppen als nicht-zugehörig erlaubt, auch wenn sie bereits Teil der Gesellschaft sind“ (S. 34), in engem Verhältnis zu nationaler, deutscher Identität, die sich in Abgrenzung von „Undeutschem“ manifestiere. Die Autorin bescheinigt der Gesellschaft einen „pathologischen Wiederholungszwang“ (S. 9), der aus einer Amnesie resultiert: Vermeintlich „Fremde“ werden immer wieder neu „entdeckt“ und damit

fortwährend als „fremd“ und gefährlich markiert. Die Mehrheitsgesellschaft kann dadurch ihr *weißes* Selbst produzieren und sich dabei laufend ihrer eigenen Rechtschaffenheit versichern. Die Rekonstruktion von Undeutsch gliedert sich in drei Teile, die sich aus der Fokussierung auf postkolonialistische, postsozialistische und postfaschistische Gesellschaftszustände ergibt.

Koloniale Nachbeben

El-Tayeb betont im ersten Teil die Notwendigkeit einer Rassismusanalyse, die strukturelle Änderungen berücksichtigt und „spezifisch europäischen Konstellationen Rechnung trägt“ (S. 40). Ihr Buch macht diesbezügliche Reflexionen sowie den Einbezug von antirassistischem Aktivismus und Theorien von People of Color zum Thema. Im weiteren Verlauf des Kapitels erörtert sie Stuart Halls Konzept der internalistischen europäischen Geschichte sowie Johannes Fabians Konzept der evolutionären Zeit. Halls Bezeichnung Europas als „internalistisch“ beschreibt die europäische Fortschrittserzählung und Historie, die unabhängig von globalen Entwicklungen konstruiert werde und ein zentrales Element europäischer Identität ausmache. Auf diese Weise werde die (Mit-)Verantwortung Europas für Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse des Globalen Südens negiert. Mit Fabians Konzept ließe sich das dominierende westliche Raum-Zeit-Modell nachvollziehen, anhand dessen alle anderen Regionen gemessen würden. So werde der Globale Süden und seine Entwicklung in Europas Vergangenheit verortet und damit als rückschrittlich konstruiert. Im zweiten Kapitel folgt die eigentliche Auseinandersetzung mit Postkolonialismus und Vergangenheitsbewältigung, wobei El-Tayeb hierfür zwei Beispiele „kolonialer Nachbeben“ (S. 65) herausgreift.

Zum einen analysiert sie die Rassifizierung von Rom_nja und Sint_ ezze im Zuge des Mauerfalls und später der EU-Erweiterung. Sie fokussiert zunächst das rassistische Narrativ über Rom_nja und Sint_ ezze zu Beginn des 20. Jahrhunderts, ihre Verfolgung und Ermordung durch die Nationalsozialist_innen und die jahrzehntelangen Kämpfe um Anerkennung. Nachfolgend wird der Rassismus im Zuge von Debatten über „ostdeutsche ‚Flüchtlingswellen‘“ (S. 112) im Vorfeld und nach dem Mauerfall thematisiert. El-Tayeb geht in diesem Zusammenhang detailliert auf das rassistische Klima in Deutschland ein, in der Sint_ ezze und Rom_nja als fundamentale Bedrohung stigmatisiert wurden. Mithilfe dieses Narrativs seien rechtsextremistische Pogrome und Übergriffe verharmlost sowie Sint_ ezze und Rom_nja zu „Deutschenfeinden“ stilisiert worden. Diese Täter_innen-Opfer-Umkehr fände nach El-Tayeb ihren Höhepunkt im Vorwurf der „rassistischen Deutschenfeindlichkeit“ (S. 138). Dieser Versuch, Deutsche als „wahre Opfer“ (S. 132) darzustellen, ginge mit einer Konstruktion Migrantisierter als neue Nazis einher. Es entlaste, so die Autorin, auch die deutsche Schuld des

Nationalsozialismus und imaginiere die rassistische Ausgrenzung von Migrantisierten gar als „antifaschistische Selbstverteidigung“ (S. 139).

Gesellschaftliche Entsolidarisierung

Der dritte Teil fokussiert „postfaschistischen Multikulturalismus“ und thematisiert zunächst die Aushandlungen um Deutschland als Einwanderungsland. Ausgehend von den Ursprüngen des deutschen Staatsbürgerschaftsrechts skizziert El-Tayeb die bis heute bestehenden Spannungen zwischen einem „völkischen“ und einem modernen Staatsbürgerschaftskonzept. Anhand der Debatten um Migrationshintergrund und Multikulturalismus macht sie deutlich, wie der Ausschluss migrantisierter Deutscher Teil deutscher Identität zu sein scheint. Prozesse des Otherings in Europas, also, dass Menschen zu „Anderen“ gemacht werden, werden als „Abendlandfixierung“ (S.164f.) diskutiert, die sich am eindringlichsten in der Debatte um muslimischen Antisemitismus und „Islamofaschismus“ zeigten. Die Feindkonstruktion des Islam werde gegenwärtig auf ein neues Level gebracht – während europäischer Kolonialismus und Faschismus ausgeblendet und allenfalls als für Europa atypische Ausnahmefälle dargestellt würden. El-Tayeb geht ausführlich auf den scheinbaren Widerspruch ein, dass Muslim_innen als Gefahr und nicht gefährdet wahrgenommen werden, obwohl selbige häufig Opfer rassistischer Gewalt sind. Die Gleichsetzung von Islam und Faschismus werde insbesondere von rechten Parteien in Europa vorangetrieben, fände aber auch Eingang in gesamtgesellschaftliche Debatten. Hiermit geht die Autorin auf aktuelle politische und gesellschaftliche Entwicklungen in Deutschland und Europa ein.

El-Tayeb beschreibt die Reproduktion dieser Thematik exemplarisch anhand von Diskussionen über Ausstellungen über rassistische Gewalt und Widerstand dagegen, sowie über Rassismus in Kinderbüchern. Hieran zeige sich die Ignoranz und das Unsichtbarmachen von Erfahrungen und Wissen Schwarzer Menschen und People of Color. Die Autorin beschreibt anschließend die Fokussierung auf muslimischen Antisemitismus in gesellschaftspolitischen Debatten und in der bildungspolitischen Praxis. Diese mache es dem *weißen* christlichen Europa möglich, sich als Beschützerin von Jüd_innen darzustellen, wodurch Antisemitismus als längst überwundene Ausnahme erscheine. El-Tayeb macht in der mehrheitsdeutschen Solidarität mit jüdischen Opfern von muslimischem Antisemitismus gar eine „gewisse kannibalische Aneignung der Opferidentität durch eine mehrheitsdeutsche Bevölkerung“ aus, jüdische Identität werde als „antifaschistische Geste“ (S. 186) inszeniert und vereinnahmt. Dass die überwältigende Mehrheit der Angriffe auf Jüd_innen durch weiße, deutsche Rechtsextremisten verübt wird, bleibe hierbei unberücksichtigt.

El-Tayeb fokussiert im Schlussteil ihres Buchs gegenwärtigen Rassismus und

staatliche Gewalt. Schwarze Deutsche nähmen, so El-Tayeb, in dieser Auseinandersetzung eine besondere Rolle ein, da sie die Vorstellung von dem, was unter deutscher Identität verstanden wird, in Frage stellten. Um unbewusste Überzeugungen *weißer* Überlegenheit der Mehrheitsgesellschaft aufdecken und analysieren zu können, sei es unabdingbar, die Erfahrungen von Deutschen of Color als zentral einzubeziehen.

Des Weiteren wird die Konstruktion Europas als Ort der Demokratie und die damit einhergehende Dichotomie von Demokratie und Totalitarismus vertiefend betrachtet. Dies sei nur durch eine vollständige Ausblendung von europäischem Kolonialismus und transatlantischer Sklaverei möglich. Im Ergebnis führe dies zu der simplen Vorstellung, dass „Faschisten [...] immer die anderen“ seien (S. 223). Abschließend thematisiert El-Tayeb intersektionale Zusammenhänge anhand der Debatte über die Angriffe in der Kölner Silvesternacht. An ihr zeige sich eine „gesellschaftliche Entsolidarisierung“ und ein „Ausspielen Marginalisierter gegeneinander“ (S. 225) statt eine tatsächliche Sensibilisierung für Sexismus. Intersektionalität wird mit Verweis auf US-amerikanische Diskurse als politisches Analysemodell verstanden, „das Machtstrukturen analysiert und Widerstandsstrategien sowohl theoretisiert als auch produzieren will“ (S. 226). Diese Perspektive fordert die Autorin auch für die deutschsprachige Analyse und kritisiert die Reproduktion hegemonialer Perspektiven durch die *weiße* Wissenschaft sowie ihre Ignoranz von Aktivismus und minorisiertem Wissen. El-Tayeb schließt ihr Buch mit der postmigrantischen Handlungsaufforderung nach einem „Durchbrechen des destruktiven Kreislaufs von Ausgrenzung und Verleugnen [...], der gerade wieder an Kraft zu gewinnen droht“ (S. 232). Deutlich wird hierbei, dass Deutschland der Autorin zufolge bisher keine postmigrantische Gesellschaft ist, vielmehr versteht sie postmigrantisch als eine Utopie, in der der Kreislauf durchbrochen werde.

Dringend benötigte Interventionen

Insgesamt leistet El-Tayeb einen umfangreichen Beitrag zu einer postkolonialen Auseinandersetzung mit Rassifizierung in Deutschland und Europa. Damit trägt sie zur notwendigen, längst überfälligen Perspektiverweiterung migrationswissenschaftlicher Forschung als auch politischer und gesellschaftlicher Debatten bei, die Rassismus häufig nicht berücksichtigen. Insbesondere dieses eklatante Ignorieren rassistischer Strukturen innerhalb von Gesellschaft und Wissenschaft wird anhand ihrer Analysen deutlich. Mit der Betrachtung der jüngsten europäischen Grenzpolitik ist die Publikation zudem von großer Aktualität und führt die rassistische Konstruktion europäischer und deutscher Identität vor Augen.

El-Tayeb's Schreibstil ist durch vielfältige Metaphern, Beispiele und Anekdoten,

rhetorische Fragen und Ironie geprägt. Form und Inhalt des Buches gehen somit Hand in Hand, durch den Einbezug der eigenen Positioniertheit innerhalb der rassistischen Strukturen und der Bewertung dieser gelingt es der Autorin auch durch die Art ihres Schreibens das Herrschaftskonstrukt weißer Objektivität in Frage zu stellen. Leser_innen, die sich bereits mit (rassismus-)kritischer Migrationsforschung und Postkolonialer Theorie beschäftigen, finden mit „Undeutsch“ eine erkenntnisreiche Studie mit zahlreichen Fallbeispielen, die erstmals einen Überblick über verschiedene rassistische Verhältnisse und Ausschließungspraktiken in Deutschland bietet. Bisher weniger mit diesen Theorien vertrauten Leser_innen wird das Buch eine interessante, gut lesbare und perspektiverweiternde Bereicherung sein. Für uns: Ein Buch größter Relevanz und extrem lesenswert!

Fatima El-Tayeb 2016:

Undeutsch. Die Konstruktion des Anderen in der postmigrantischen Gesellschaft. Transcript, Bielefeld.

ISBN: 978-3-8376-3074-9.

256 Seiten. 19,99 Euro.

Zitathinweis: Esther van Lück und Eddi Steinfeldt-Mehrtens: Wider die Rassismus-Amnesie! Erschienen in: ...können wir nur selber tun!. 45/ 2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1444>. Abgerufen am: 10. 10. 2017 12:54.

Kein Ende in Sicht



Wolf-Dieter Narr

Niemandsherrschaft

Eine Einführung in Schwierigkeiten, Herrschaft zu begreifen

Wie etwas loswerden, in das man heillos verstrickt ist?

Herrschaftskritik ist ein mühsames Geschäft – und trotzdem bitter nötig.

Rezensiert von [Simon Schaupp](#)

Geschrieben in den 1980er Jahren, hat Wolf-Dieter Narrs Buch „Niemandsherrschaft. Eine Einführung in Schwierigkeiten Herrschaft zu begreifen“ nun seinen Weg in die Druckereien gefunden. Das ist erfreulich, denn es liefert einen wichtigen Beitrag zur kritischen Herrschaftstheorie, wenn auch mit einigen Problemen. Gleich zu Beginn wird auch die editorische Leistung der Herausgeberin Uta von Winterfeld deutlich. Ganz offensichtlich handelte es sich bei dem an sie übergebenen Manuskript keineswegs um ein fertiges Buch. Gemeinsam mit Narr hat sie den Text erheblich überarbeitet und teilweise auch immer wieder eigene Einschübe formuliert. So erhält der Text eine erfrischend dialogische Form, die teilweise beinahe einem Interview ähnelt.

Herrschaft wird von Narr zunächst provisorisch als „institutionelle Verfestigung von Machtverhältnissen“ (S. 89) definiert. Es lohnt sich, dies im Hinterkopf zu behalten, da sich ein wesentlicher Teil des Buches später um Überlegungen dreht, ob es überhaupt die Möglichkeit eines klaren Herrschaftsbegriffs gibt. Zunächst jedoch stellt Narr angenehm deutlich seinen eigenen Standpunkt dar. Für ihn kann gute Herrschaftstheorie nur in Form einer Herrschaftskritik geschrieben werden, denn „Herrschaft von Menschen über Menschen und deren natürlichen wie sozialen Bedingungen ist und bleibt in allen Formen, Institutionen und Personen ein Ärgernis“ (S. 10). Aus diesem Blickwinkel erklärt Narr den Großteil der entsprechenden Theoriebildung als unzureichend. Zum einen, weil in der politischen Theorie Herrschaft zu großen Teilen schlicht ausgeblendet wird. Zum anderen, weil ein ebenso großer Teil davon ausgehe, Herrschaft sei naturgewachsen und der Begriff damit der Kritik entzogen werde. „Selbst, wenn ‚Herrschaft‘ unvermeidlich sein sollte“, hält Narr dieser Position entgegen,

„selbst dann bestünden Differenzen ‚ums Ganze‘ zwischen einzelnen Herrschaftsformen: in den Ausmaßen ihrer Repression, ihrer internen und externen humanen Kosten. In ihren Prozessuren, Interessen und Inhalten, in ihrer immer erforderlichen, wenigstens rudimentären Legitimation“ (S. 95).

Herrschaft ist also keine universelle Konstante. Stattdessen lässt sich in allen Gesellschaften immer auch nicht-herrschaftlich motiviertes Verhalten nachweisen, das auf Solidarität, gegenseitiger Hilfe und verlässlichen Umgangsformen beruht. „Zwischen verherrschaftlichter und nicht verherrschaftlichter, in diesem Sinne anarchischer Gesellschaft gibt es eine Fülle höchst lebenskräftiger Varianten. Kompositionen aus beidem, mehr oder minder. Das Minder aber zählt“ (S. 95). Diesen graduellen Unterschieden nachzuspüren und „Herrschaft ihrerseits in ihren historischen Formen und Funktionen in skalarer Weise zu ‚identifizieren‘“ (S. 97) macht Narr zur zentralen Aufgabe der Herrschaftstheorie.

Grundprinzipien der Herrschaft

Aus diesem Ansatz resultiert auch sein Anspruch, einerseits die Vielfalt verschiedener Herrschaftsformen abzubilden und andererseits das Gemeinsame letzterer nicht aus den Augen zu verlieren. So changiert das Buch dann tatsächlich zwischen (meta)-theoretischen Überlegungen von erstaunlicher Bandbreite und einer Unzahl anekdotischer politischer Beispiele aus NARRs eigenem Bürgerrechts-Engagement. An einigen Stellen führt dies leider dazu, dass die theoretische Ebene bei reinen Verweisen stehenbleibt und die Bedeutung der jeweiligen Ansätze für eine Herrschaftstheorie kaum sichtbar wird. Die schier Breitere dieses Vorgehens wird unter anderem an dem umfangreichen Kapitel zu den „Instrumenten der Herrschaft“ deutlich, das so heterogene Unterkapitel umfasst wie: Gewaltmonopol, symbolische Gewalt, Grenzen, Sprache, Steuern, Gesetze, Rekrutierung und Partizipation, Parteien, Bürokratie und Technologie. Die letzten beiden werden bei NARR stets in eins gesetzt. Eine Erklärung dafür, bleibt NARR allerdings schuldig. Auch insgesamt gilt: Etwas mehr Tiefe statt Breite hätte insbesondere diesem Kapitel gut getan.

Quasi als Urgrund der Herrschaft identifiziert NARR die gesellschaftliche Arbeitsteilung, mit der historisch immer verschiedene Wertigkeiten und Hierarchien einhergegangen seien. „Differenzierung“ bedeutet für NARR „häufig nichts anderes als eine herrschaftszugewandte Entdifferenzierung und vereinzelnde Fixierung von Unterschieden, die der Assoziation, der sozialen Vereinigung schaden“ (S. 100). So bedingen sich für ihn politische und soziale Einschließung und Ausschließung gegenseitig. Konkret gewendet: Die Schaffung eines National-Kollektivs mit seinen verschiedenen Untereinheiten hat zwangsläufig den Ausschluss der Nichtdazugehörigen und die Auflösung unkontrollierbarer (etwa: aktivistischer und politischer) Gruppen zur Folge.

Auch die Gewaltausübung, die sich durch nahezu alle menschlichen Zeugnisse ziehe, ist für Narr untrennbar mit Herrschaft verbunden. Hier stellt er insbesondere das staatliche Gewaltmonopol ins Zentrum seiner Überlegungen. Gerade dadurch, dass der Staat die Gesellschaft von ihrer Gewalt befreie, Sorge er dafür, dass Gewalt überall dort präsent sei, wo er interveniert. Gewaltsamkeit werde damit zu einer notwendigen Bedingung (staatlicher) Herrschaft. Gleichwohl kommt Herrschaft freilich nie ohne Legitimation aus. Diese wiederum gründe sich auf eine allgemeine „Angst vor dem Chaos“, auf deren Grundlage dem „verunsicherten, sicherheitserpichteten Bürger glauben gemacht wird, seine ‚Sicherheit‘ sei in der Sicherheit der aktuellen Herrschaft ‚aufgehoben““ (S. 100).

Zur zentralen Technik der Herrschaft erklärt Narr die Identifikation, die quasi das Prinzip von Herrschaft schlechthin sei. Durch sie sollen Dinge und Menschen verfügbar gemacht werden, um sie für die Unternehmen der Herrschaft einsetzen zu können, möglichst jederzeit und unbeschränkt. Der spiegelbildliche „Zwillingspartner“ der Identifikation sei dabei die Dissoziation. Nach dem alten „teile und herrsche“-Prinzip geht es dabei darum, widerständige Zusammenschlüsse (von Politgruppen bis Nachbarschaftshilfen) aufzulösen und sicherzustellen, dass nur die bestehenden Institutionen und Prozesse benutzt werden. Das Mittel der Wahl seien dabei Bürokratie und (Informations)-Technologie als zentrale Werkzeuge der Identifikation und Verwaltung der Bürgerinnen und Bürger. Beide – Identifikation und Dissoziation – verkörpern für Narr das Prinzip der Niemandsherrschaft, das von den Personen in den einzelnen „Büros“ völlig unabhängig ist. Immer wieder betont er dabei, wie sehr die bürokratische Art, Probleme zu behandeln, mit derjenigen der Informationstechnologien übereinstimme. Dabei geht er sogar so weit, das Internet als „eine Art ‚bürokratischen Extremismus““ zu bezeichnen (S. 184), womit er wohl über das Ziel hinausschießt.

Die Fallstricke der Herrschaftskritik

Nachdem Narr auf diese Weise den Großteil seines Buches mit der Identifikation verschiedenster Herrschaftsmechanismen verbringt, kommen im letzten Kapitel die titelgebenden „Probleme“ zur Sprache. Diese sind allerdings allein darin begründet, dass Narr postuliert, es könne gar keinen Begriff für Herrschaft geben. Dafür führt er im Wesentlichen zwei Gründe an. Erstens müsse eine solche Definition zwangsweise zur Komplizin der Herrschaft werden, da jede Definition „identifikatorisch“ sei und die Identifikation gleichzeitig das zentrale Prinzip der Herrschaft darstelle. Zweitens sei eine solche Definition gewissermaßen überheblich:

„als könnten wir das, was uns ausmacht, begrenzt, Leben und Tod bereitet, als vermöchten wir das, was unsere ‚Wirklichkeit‘ prägt, auf durchsichtige Begriffe [...] bringen. Diese erschlossen sich uns. Sie machten uns fähig, sie zu gestalten. Solche Begriffssuche, mehr noch ihr verräterischer Erfolg, verriete unsere eigene, mit einer ‚wissenschaftlichen‘ Tarnkappe versehene maßstabslose Anmaßung“ (S. 290).

Diese Argumente weisen aus herrschaftskritischer Sicht zwei schwerwiegende Probleme auf, die sich – wenig überraschend – dann auch in NARRS eigenem Text wiederfinden. Erstens stellt das Überheblichkeits-Argument eine fast schon religiöse Sakralisierung von Herrschaft dar. Herrschaft wird nun plötzlich zum obersten Prinzip erklärt, das „Leben und Tod bereitet“ und „unsere Wirklichkeit prägt“. Extremere Ausprägungen dessen, was NARR selbst zu Beginn des Buches als „Herrschaftsontologie“, also Festschreibung von Herrschaft als Naturprodukt, kritisiert, sind wohl kaum vorstellbar. Zweitens steht NARRS Kapitulation vor der Komplexität der Herrschaft in diametralem Gegensatz zu seinem aufklärerischen Selbstanspruch. Während NARR am Anfang des Buches noch argumentiert, dass Identifikation das zentrale Prinzip der Herrschaft sei und deshalb die *eigenen* Verstrickungen in Herrschaftsmechanismen stets mitgedacht werden müssten, dreht er diesen Anspruch am Ende geradezu um. Anstatt die Mechanismen der Herrschaft im Einzelnen offenzulegen – und so den Kaiser sprichwörtlich nackt dastehen zu lassen –, bleibt es bei einer unnötig weitläufigen Argumentation. Im Endeffekt wird an NARRS eigenen Worten am deutlichsten, dass Kritik bei aller Dekonstruktion nicht ohne begriffliches Denken auskommen kann. So erklärt er, dass „der Ausdruck ‚Niemandsherrschaft‘ uns und die Lesenden unsere Ohnmacht im Nichtwissen wahrnehmen lassen“ soll (S. 290). Was von der Begriffslosigkeit bleibt ist also vor allem die Ohnmacht der Kritik.

Nichtsdestotrotz lässt NARR es dabei nicht bewenden, sondern liefert am Ende noch einmal einen Ausblick, in dem wieder zur Emanzipation übergegangen wird. Zusammenfassend erklärt er, dass aufgrund seiner vorhergegangenen Überlegungen alle bestehenden Demokratien nur nominell demokratisch seien. „Sie sind keine selbstbestimmten Herrschaften der Bevölkerung eines Landes als politische Subjekte“ (S. 281). Strukturierende Grundlage dieser „Als-Ob-Demokratien“ (S. 281) sei vielmehr die kapitalistische Vergesellschaftung. Als positiver Bezugspunkt der Emanzipation könnten deshalb Parteien, die Produkt dieser „Als-Ob-Demokratie“ seien, nicht dienen. Einen solchen sieht NARR vielmehr in selbstorganisierten Bürgerinitiativen und „Neuen Sozialen Bewegungen“ sowie deren Praxen des zivilen Ungehorsams. Als langfristiges Mittel zur Reduktion von Herrschaft empfiehlt NARR dann, „gigantomane Größen dezentral aufzugliedern und konsequent [...] mehr Demokratie in längst bürokratisierten Bereichen à la Gesundheit, Bildung, Energie u.ä.m. institutionell en detail zu wagen“ (S. 286). Nur

so lasse sich die Gleichzeitigkeit von Freiheit und Gleichheit erreichen, die für Narr Voraussetzung der Emanzipation ist.

Insgesamt ist NARRs Buch, gerade als Einführung in die Thematik, äußerst lesenswert. Das ist insbesondere deshalb der Fall, weil es – wie Narr richtig feststellt – einen beklagenswerten Mangel an vergleichbaren Texten gibt, und weil das Buch, entgegen dem wissenschaftlichen Mainstream, von den lebenslangen Erfahrungen des Autors in praktisch-politischen Einmischungen profitiert. Nur bei seinen Ausflügen in metatheoretische Gefilde gerät Narr manchmal ins Schlingern. Insgesamt jedoch steht seine Kritik auf festen Beinen.

Wolf-Dieter Narr 2015:

Niemands-Herrschaft. Eine Einführung in Schwierigkeiten, Herrschaft zu begreifen.

VSA Verlag, Hamburg.

ISBN: 978-3-89965-600-8.

320 Seiten. 26,80 Euro.

Zitathinweis: Simon Schaupp: Kein Ende in Sicht. Erschienen in: ...können wir nur selber tun!. 45/ 2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1442>. Abgerufen am: 10. 10. 2017 12:54.

Uns eint die Unsicherheit



Isabell Lorey
Die Regierung der Prekären

Warum Prekarisierung wesentlich älter als die Finanzkrise ist und welches Potenzial sie für politische Organisation haben könnte.

Rezensiert von [Johanna Tirnthal](#)

Wir sind das Prekariat. Junge Menschen in europäischen Großstädten verwenden diesen Begriff selbstverständlich. Sie sind nicht arm, so wie sie es von der Generation der Großeltern kennen. Hunger leiden sie meist keinen, auch haben sie ein Dach über dem Kopf. Aber die Zukunft ist immer ein bisschen ungewiss. Der nächste Auftrag muss kommen, sonst kann die nächste Miete nicht bezahlt werden und die Krankenversicherung steht infrage. Und wehe, der Computer geht kaputt! Er ist zugleich wertvollster Besitz und wichtigstes tägliches Arbeitsgerät. An die ferne Zukunft, in der man möglicherweise alt und krank sein könnte, wird lieber nicht gedacht.

So selbstverständlich, wie die Selbstbezeichnung als Prekariat über die Lippen kommt, so diffus ist für die meisten die Herkunft des Begriffs. Und warum kennt das Microsoft-Word-Wörterbuch 2017 weder „Prekariat“ noch „Prekarisierung“? Der Geschichte dieses „Begriffsgefüges des Prekären“ (S. 24) geht Isabell Lorey in „Die Regierung der Prekären“ auf die Spur. Dabei versucht sie einerseits Prekarisierung als eine spezielle Regierungsform zu verstehen und andererseits den Begriff in einen historischen Kontext zu stellen. Am Ende möchte sie die möglicherweise subversiven Potenziale der Prekarität ausloten: Wie kann das Erkennen der eigenen Prekarität zu einer neuen Form der politischen Organisation beitragen?

Das Adjektiv „prekär“ beschreibt also einen unsicheren Zustand. Gegenbegriffe wären Sicherheit, aufgehobensein oder Stabilität. Das Wort prekär geht zurück auf das römische Recht, das eine unsichere Leihgabe als precarium bezeichnet: Der Leihgeber oder die Leihgeberin kann seine Sache jederzeit willkürlich zurückfordern. Eine prekäre Angelegenheit. In die Sozialwissenschaft hat der Begriff erst in den 1990er-Jahren in Frankreich Einzug gehalten. Es ging darum, die

Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt zu beschreiben, die oft verharmlosend als „Flexibilisierung“ bezeichnet werden. Festanstellungen verschwinden. Das ganze Leben über den gleichen Job zu haben, wird immer unwahrscheinlicher. Kurz- und Leiharbeit werden verbreiteter, der Kündigungsschutz gelockert. Auch Krankenversicherung, Arbeitslosengeld und Rente verlieren ihre Selbstverständlichkeit. Als diese Entwicklung sich im Zuge der Finanzkrise seit 2008 vor allem in Südeuropa noch verschärft, stellt sich für Lorey die Frage, ob wir es hier mit einer neuen Regierungsform zu tun haben.

Außerdem liegt in den Neologismen „Prekarität“ und „Prekariat“ die Hoffnung, eine verbindende Eigenschaft zu finden: eine neue soziale Klasse nach dem Verschwinden des traditionellen Proletariats. Die jungen Kreativen in den Großstädten sind damit ebenso gemeint wie Fabrikarbeiter*innen in Kurz- und Leiharbeit oder Arbeitsmigrant*innen in schlecht bezahlten Sorge-Berufen. Die Selbstbenennung als Prekariat kann bislang versteckte Gemeinsamkeiten der verschiedenen Gruppen sichtbar machen und funktioniert auf diese Art vielleicht besser als traditionelle Klassen-Begriffe. Ob der Fokus auf die akute Unsicherheit der Betroffenen immer sinnvoll ist, bleibt fraglich. Denn im Kapitalismus können auch Menschen bedroht sein, die sich grundsätzlich sehr sicher fühlen. Sie bleiben vom Prekariat ausgeschlossen.

Prekarität nach Judith Butler

Die beiden wichtigen Bezüge in Loreys Buch sind die amerikanische Philosophin Judith Butler und der französische Philosoph Michel Foucault. Ihre große Stärke liegt darin, Foucaults und Butlers schwierige und über viele verschiedene Werke verteilte Theorien verständlich und kompakt zusammenzufassen. Die Lektüre von „Die Regierung der Prekären“ bleibt trotzdem anspruchsvoll. Wer aber mit Foucaults und Butlers Begriffen schon einmal in Berührung war und sich eine Zusammenfassung mit tagesaktuellem Bezug wünscht, wird bei Lorey fündig.

Eine grundlegende Gefährdetheit von (menschlichem) Leben ist für Butler eine gegebene und soziale Kategorie. Leben ist per se gefährdet – Menschen können krank sein, verletzt werden oder sterben, ob durch Unfälle oder Gewalt. Babys und alte Menschen können nicht ohne fremde Hilfe überleben – *precariousness* ist also ein Zustand, dem jeder Mensch auf jeden Fall ausgesetzt ist. *Precarity* definiert Butler im nächsten Schritt als die durch Machtverhältnisse unterschiedliche Verteilung der *precariousness*: Manche Menschen sind ihrer grundlegenden *precariousness* stärker ausgesetzt als andere. Hier spielen zum Beispiel die Krankenversicherung oder die Möglichkeit der Pflege eine Rolle. Diese Definition von Prekarität geht also über die marktwirtschaftliche Form von Prekarisierung hinaus. Während Butler *precarity* und *precariousness* nur verwendet, um über Diskurse zu Krieg und Terror nachzudenken, findet Lorey viele historische

Beispiele, vom Feudalismus im Mittelalter bis zur Austeritätspolitik, bei denen die Unterscheidung wichtig ist. Dabei problematisiert sie auch die deutsche Übersetzung von precariousness in „Gefährdung“ und precarity in „Gefährdetheit“ – es gehe die dezidiert politische Stoßrichtung verloren – Lorey übersetzt in „Prekär-Sein“ und „Prekarität“, was die politische Dimension verdeutlicht. Dass das grundlegende Prekär-Sein alle Menschen betrifft, verweist auch auf den Ausblick am Ende des Buchs, der den subversiven Potenzialen des prekären Lebens nachspürt.

Das Selbst und die Prekarität mit Foucault

Zunächst aber stellt Lorey fest, dass Prekarisierung als Regierungsstrategie wesentlich älter ist als die neoliberale Welle seit den 1990er Jahren. Die Prekarität sei ein grundlegender Teil der Subjektivierungsform im Kapitalismus – also der Art, wie Menschen ihr Selbst produzieren und gleichzeitig als Selbst produziert werden. Die Prekarisierung erscheint nur „neu“ im Vergleich zur relativen Sicherheit der fordistischen Arbeit und des Sozialstaats in westlichen Industrienationen. Die Art, in der Lorey eine spezielle Weise der Subjektivierung, also der Selbst-Werdung, als Regierungsform versteht, ist von Michel Foucault geprägt. Foucault verwendete in diesem Zusammenhang den Begriff der Gouvernamentalität. Gouvernamentalität bezeichnet die moderne Regierungsform, in der Menschen nicht schlicht beherrscht, sondern regiert werden. Sie werden angehalten, ein Selbst zu entwickeln, das sich in diese Regierungsform einfügt, das zu einem gewissen Grad frei ist und auf das die Individuen auch selbst achtgeben. Dieses Subjekt entsteht in Abgrenzung zum Prekären. Es wird also ein Rahmen hergestellt, in dem es ein prekäres Außen gibt, das bedrohlich wirkt: Obdachlose, Verbrecher, Vagabunden. Das sind die Lebensformen, die den Subjekten vorgeführt werden. Die Botschaft ist: Wenn du nicht auf dich achtest, fleißig bist und dich an die Gesetze hältst, wirst du enden wie sie: in der Gosse. Das moderne Subjekt versucht sich also als anti-prekär zu definieren und glaubt, selbst für die nie ganz verschwindende Unsicherheit verantwortlich zu sein (zu wenig fleißig, zu wenig korrekt) – während es eigentlich die Verhältnisse sind, die unablässig Unsicherheit produzieren.

Das eigene Prekär-Sein erkennen

Das Nicht-Prekäre Subjekt entsteht zu großen Teilen in Abgrenzung zu den prekären Anderen: den Frauen, den Arbeitslosen und den Fremden. Menschen – so sieht es Foucault – werden regierbar, weil man ihnen Sicherheit vor dem prekären Außen verspricht. Darin, dass die neoliberale Regierungsform die Prekariät wieder näherbringt und sie konkret begreifbar macht, sieht Lorey auch eine Chance: Wenn alle Menschen ihr grundlegendes Prekär-Sein bemerken, können daraus neue Allianzen für den Kampf entstehen:

„Prekärsein ist mithin weder eine unveränderbare Seinsweise noch eine existenzielle Gleichheit, sondern eine vielfältige unsichere Konstituierung von Körpern, die immer sozial bedingt ist. Als Geteiltes, das zugleich scheidend und verbindend ist, bezeichnet Prekärsein eine relationale Differenz, eine geteilte Verschiedenheit. Das Verbindende ist nichts Gemeinsames, auf das zurückgegriffen werden könnte; es ist vielmehr etwas, das im politischen und sozialen Handeln erst hergestellt wird“ (S. 34).

Aus der „geteilten Verschiedenheit“ soll nun eine Kampfstrategie werden – aber wie? Am Ende der wirklich erhellenden und gut zu lesenden Monographie bleibt diese Frage ein wenig im Dunklen. Lorey findet zwar gute Beispiele dafür, wie die geteilte Prekarität in krisengeplagten Ländern neue Kampfstrategien hervorbringt: den Sorgestreik der spanischen Feministinnen Precarias a la deriva, die Organisation der französischen Bühnenarbeiter*innen Intermittents du spectacle und die EuroMayDay-Bewegung. Im Jahr 2017 blickt die Leserin ernüchtert auf diese Kämpfe: Ein Ausstieg aus den neoliberalen Prekarisierungsmechanismen ist nicht in Sicht. Das Erkennen der eigenen Prekarität und jener der anderen führt nicht automatisch zu einer besseren Organisation, sondern kann auch sehr erschöpfend sein. Sich nur als Prekariat zu erkennen, reicht also offenbar nicht aus, um die Verhältnisse wirklich zu verändern. Die von Lorey beschriebenen Mechanismen erst einmal zu verstehen, kann aber schon hilfreich sein, um mehr Menschen zu politisieren und über neue Formen des Protests nachzudenken.

Isabell Lorey 2012:

Die Regierung der Prekären.

Turia + Kant, Wien.

ISBN: 9783851326697.

155 Seiten. 15,00 Euro.

Zitathinweis: Johanna Tirnthal: Uns eint die Unsicherheit. Erschienen in: ...können wir nur selber tun!. 45/ 2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1439>. Abgerufen am: 10. 10. 2017 12:54.

Kapitalismus als Weltökologie?



Jason W. Moore

Capitalism in the Web of Life

Ecology and the Accumulation of Capital.

Seit seiner Entstehung hat sich das kapitalistische Weltsystem als Weltökologie von Kapital, Macht und Natur entwickelt. Es steht vor seinem Untergang.

Rezensiert von [Christian Stache](#)

Die Kernthese des US-Soziologen Jason W. Moore wirkt auf den ersten Blick wie eine weitere Adaption von Rosa Luxemburgs ökonomietheoretischem Hauptwerk „Die Akkumulation des Kapitals“. Doch der erste Anschein trügt. Denn Moore argumentiert nicht nur in Anlehnung an die antiimperialistische Vordenkerin der II. Internationalen, dass im kapitalistischen Weltsystem durch „Revolutionen in der Organisation der Arbeit“ (S. 160) ihre Produktivität gesteigert und durch ursprüngliche Akkumulation stetig mehr Natur inwertgesetzt und Arbeitskräfte kommodifiziert worden sind.

Akkumulation durch Aneignung

Die kapitalistische Zivilisation sei vielmehr seit Mitte des 15. Jahrhunderts auf die zyklische, räumlich und qualitativ expandierende „Aneignung“ (S. 300) von „menschlichen und außermenschlichen Naturen“ (S. 53) angewiesen. Darunter fallen für Moore alle Formen von Energieflüssen und speziesübergreifender Arbeit, die nicht die Form von Lohnarbeit besitzen. Dazu zählen vor allem Sklavenarbeit, zumeist von Frauen verrichtete Haus- und Pflegearbeit oder Arbeit von Tieren und der Natur. Ihre Aneignung zeichne sich dadurch aus, dass sie mithilfe kultureller Prozesse von Wissen und Macht als scheinbar „externe Natur“ (S. 80/190) beziehungsweise „Andere“ (S. 87) konstruiert und so aus dem Kapitalkreislauf herausgehalten würden. Das Kapital greife zur Kapitalakkumulation dennoch auf „Frauen, Natur und Kolonien“ (S. 216) zu, muss für sie aber zum Beispiel keine Löhne bezahlen.

Die bedeutendsten Formen unbezahlter Arbeit und Energieflüsse fasst Moore unter dem Begriff der „Four Cheaps“ (S. 53) zusammen. Gemeint sind: Nahrungsmittel,

Arbeitskraft, Energie und Rohmaterialien. Durch ihre Aneignung habe der Kapitalismus als „Projekt“ (S. 206) überhaupt erst historisch entstehen können. Als Projekt fuße er auf der Illusion, von „menschlichen und außermenschlichen Naturen“ unabhängig zu sein. Zum Beispiel wird immer noch Öl produziert und konsumiert, als ob es unerschöpflich wäre. Als „historischer Prozess“ (S. 206) hingegen sei die kapitalistische Produktionsweise Moore zufolge darauf angewiesen, dass Arbeitskraft und Natur einerseits kapitalisiert, das heißt proletarisiert beziehungsweise inwertgesetzt und beide kommodifiziert werden. Andererseits müssten sie gleichzeitig in noch größerem Maße angeeignet werden können. Denn nur diese Verbindung von „Kapitalisierung“ (S. 300) und „Aneignung“ könnte eine „Entwicklungskrise“ (S. 125) am Ende eines „weltökologischen Regimes“ (S. 150) beheben und ein neues ermöglichen. Als weltökologische Regime bezeichnet Moore das einheitliche Zusammenspiel von ökonomischer Akkumulation, politischer Hegemonie und Naturaneignung.

Die aus dieser These entwickelte Zeitdiagnose besteht darin, dass sich am Ende der gegenwärtigen langen Welle, dem Zyklus des langen US-amerikanischen 20. Jahrhunderts, keine Erneuerung der Dialektik von Kapitalisierung und Aneignung abzeichne. Im Gegenteil. Die Krise des neoliberalen Kapitalismus, so führt Moore im letzten der vier Teile des Buchs aus, erhalte ihren besonderen Charakter dadurch, dass beide Prozesse trotz aller Anstrengungen seitens der herrschenden Klasse erschöpft seien. Erstmals in der Geschichte seien die natürlichen Quellen ausgelaugt und die natürlichen Senken liefen vor Müll und Schadstoffen über, wie sich etwa am Klimawandel zeige. Aus der Entwicklungskrise des aktuellen weltökologischen Regimes wird deshalb derzeit eine „Epochenkrise“ (S. 125) analog zu jener, die dem Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus vorausging.

Weltsystemanalyse + Postmoderne = weltökologische Perspektive

Moores Buch sticht aber nicht in erster Linie wegen seiner gewagten Krisen-Prophezeiung aus der Flut sozial-ökologischer Publikationen heraus, sondern weil sich der US-amerikanische Soziologieprofessor an einer Synthese von Weltsystemanalyse und postmoderner Kulturtheorie versucht. Mit ihrer Hilfe entwickelt er ein theoretisches Gerüst – „eine *Perspektive*, keine Theorie“ (S. 28, Herv. i. O.) – für eine neue „holistische Erzählung kapitalistischer Entwicklung“ (S. 296). Diese ist eine Kreuzung aus Kapitalismus-Historiographie und der Geschichte der durch Wissen und Macht produzierten Natur. Die Geschichte der kapitalistischen Zivilisation könne, so der Autor, „am besten als *Weltökologie* von Kapital, Macht und Re/Produktion im Netz des Lebens“ (S. 14, Herv. i. O.) interpretiert werden.

Die wissenschaftliche Originalität und politische Anziehungskraft von „Capitalism in
Seite 80 von 93

the Web of Life“ besteht gerade in dieser Fusion aus Großer Erzählung à la Fernand Braudel, Giovanni Arrighi und Immanuel Wallerstein und der in Mode gekommenen politischen Ökologie in der Tradition Donna Haraways, Bruno Latours und Neil Smiths. Genau genommen handelt es sich allerdings eher um eine feindliche Übernahme der Weltsystemanalyse durch die poststrukturalistische Philosophie, in deren Zuge die historisch-materialistische Kraft der historiographischen Narration der ersteren auf der Strecke bleibt.

Wider die Dialektik: der oikeios im Netz des Lebens

Das theoretische Herzstück der weltökologischen Perspektive bildet der sogenannte „oikeios“ (S. 33). Der Terminus bezeichnet die „kreative, historische und dialektische Beziehung zwischen menschlichen und außermenschlichen Naturen und auch innerhalb dieser“ (S. 35). Mit anderen Worten: Der oikeios beschreibt die Einheit von und die immerwährende Relation zwischen Mensch und Natur als „einem einzigen Stoffwechsel“ (S. 79). Moore hält diesen Begriff des oikeios für nötig, weil in der Methode der Umweltgeschichte und -soziologie trotz seiner Überwindung in der postmodernen Philosophie mutmaßlich ein „kartesischer Dualismus“ (S. 33) vorherrsche, demzufolge Gesellschaft und Natur stets als getrennte, wenn auch interagierende Substanzen betrachtet würden.

Der Vorwurf ist aber schlicht pauschal nicht haltbar. Er wird absurd, wenn er gegen ökosozialistische Theorien, wie etwa John Bellamy Fosters, erhoben wird. Moore arbeitet sich maßgeblich an dessen Thesen ab, um die Notwendigkeit seiner „Perspektive“ zu begründen. Fosters Theorie des ökologischen Bruchs ist aber dialektisch und nicht dualistisch. Erstaunlicherweise übergeht Moore in diesem Zusammenhang auch Marx' Position. In den „Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie“ schreibt dieser, dass „nicht die Einheit der lebenden und tätigen Menschen mit den natürlichen, unorganischen Bedingungen ihres Stoffwechsels mit der Natur (...) der Erklärung“ bedürfe, sondern „die *Trennung* zwischen diesen unorganischen Bedingungen des menschlichen Daseins und diesem tätigen Dasein, eine Trennung, wie sie vollständig erst gesetzt ist im Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital“ (Grundrisse 1953: S. 389, Herv. i. O.).

Moore hingegen meint, dass Natur und Gesellschaft nicht miteinander interagierten, sondern beide entwickelten sich durch einander. Kapitalistische Gesellschaften zerstörten dementsprechend nicht die Natur, sondern bildeten lediglich neue Relationen mit ihr aus.

Der oikeios müsse als „Bündel menschlicher und außermenschlicher Naturen“ (S. 7) verstanden werden. Kapitalismus könne besser begriffen werden als „Kapitalismus-in-Natur“, Natur als „Natur-im-Kapitalismus“ (S. 24). Der Kapitalismus internalisiere also immer die Natur und andersherum, sie produzierten

einander. Dies nennt Moore die „doppelte Internalität historischer Veränderung“ (S. 78).

Gemeinsam formten die stets miteinander vermittelten Seiten der „doppelten Internalität“ das „Netz des Lebens“ (S. 12). In diesem bilde der oikeios „konkrete historische Einheiten“ (S. 41) heraus. Sie zeichneten sich durch zeitliche und räumliche Konfigurationen beziehungsweise Artikulationen von Kapital, Macht und Natur – die weltökologischen Regime – aus. Der „weltökologische Ansatz“ (S. 42) dient dazu, diese Regime der kapitalistischen Zivilisation zu analysieren und darzustellen.

Die grundsätzlichen theoretischen Probleme, die diese Positionen mit sich bringen, sind vielfältig. Natur wird bei Moore nicht nur de facto ideologisch „vergesellschaftet“, d.h. als Produkt sozialer Beziehungen aufgefasst, damit ihrer relativen Unabhängigkeit und Eigenständigkeit beraubt und mit verdinglichten gesellschaftlichen Relationen – der sogenannten zweiten Natur – vermengt. Der US-Soziologe reduziert zudem die Dialektik von Natur und Gesellschaft entgegen eigener Absichtserklärungen auf deren Einheit. Die ökologische Krise als Zerstörung der Natur und Überschreitung *ihrer* Grenzen fällt folglich aus dem weltökologischen Theorie-Rahmen. Es geht Moore lediglich darum, ob und wie die von der kapitalistischen Zivilisation stetig neu geschaffenen *eigenen* Grenzen gesetzt und überwunden werden.

Die Revision des marxschen und Moores neues Gesetz der billigen Natur

Die Nabelschnur, die in der Geschichte des oikeios das kapitalistische Weltsystem und die jeweils produzierte „historische Natur“ (S. 196) miteinander zu weltökologischen Regimes verbindet, ist Moore zufolge das marxsche Wertgesetz. Allerdings unterzieht er es zum Zweck der Artikulation von Akkumulation und Macht einerseits und Natur andererseits ausdrücklich einer „Revision“, auch wenn Moore behauptet, dass es keine Revision „im engeren Sinne“ (S. 204) sei.

Ogleich der Wert nur durch menschliche Arbeit geschaffen würde, könnten die „Wertbeziehungen“ (S. 193) nicht auf das Verhältnis von Kapital und Arbeit reduziert werden. Vielmehr schlossen sie die Beziehungen zwischen Kapital und „unbezahlten „ArbeiterInnen““ (S. 200) ein, wobei neben Frauen und Sklaven auch Tiere und die Natur als solche zu berücksichtigen seien. Allerdings gehe die von ihnen geleistete Arbeit nicht unmittelbar in die Wertproduktion ein. Sie ermögliche nichtsdestotrotz die Entstehung neuer Akkumulations- und Hegemoniezyklen, weil KapitalistInnen von den niedrigen Preisen insbesondere von Nahrungsmitteln, Arbeitskräften, Energieflüssen und Rohmaterialien (den oben genannten „Four Cheaps“) profitierten. Das Geheimnis dieses „neuen Wertgesetzes“ (S. 70) sei die

„epochale Synthese von Ausbeutung der Arbeitskraft und Aneignung unbezahlter Arbeit/Energie“ (S. 302). Dabei komme es allerdings auf das quantitative Verhältnis an. Es müssten stetig mehr Natur und Energie angeeignet als Arbeitskräfte ausgebeutet werden. Das neue Wertgesetz im Kapitalismus sei folglich „ein Gesetz billiger Natur“ (S. 53).

Es ist ein überaus drängendes Vorhaben kritischer Gesellschaftstheorie, der historiographischen Hypothese eines Zusammenhangs zwischen der Aneignung der Arbeit von Natur und Tieren, von Sklaven und nicht-lohnarbeitenden Frauen einerseits und der Ausbeutung der Lohnarbeit andererseits nachzugehen. Allerdings ist der theoretische Unterbau der weltökologischen Perspektive dafür nicht nur philosophisch, sondern auch wertheoretisch ungeeignet. Bei dem Versuch, die marxische Wertformanalyse und die historische Entwicklung der kapitalistischen Zivilisation miteinander in Einklang zu bringen, verändert Moore das Wertgesetz bis zur Unkenntlichkeit. Der Motor der kapitalistischen Geschichte wäre dem Gesetz der billigen Natur zufolge nicht mehr der politisch-ökonomische Kampf zwischen Kapital und Arbeit. Vielmehr bestimmte der dem Klassenkampf vorgelagerte wissenspolitische „Wettbewerb zwischen den miteinander wettstreitenden Visionen von Leben und Arbeit“ (S. 205) die Historie seit 1450.

Jason W. Moore 2015:

Capitalism in the Web of Life. Ecology and the Accumulation of Capital.

Verso. London/New York.

ISBN: 978-1-78168-902-8.

316 Seiten. 29,95 Euro.

Zitathinweis: Christian Stache: Kapitalismus als Weltökologie? Erschienen in: ...können wir nur selber tun!. 45/ 2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1435>. Abgerufen am: 10. 10. 2017 12:54.

Noise bei Pierburg



Dieter Braeg (Hg.)

"Wilder Streik - das ist Revolution"

Der Streik der Arbeiterinnen bei Pierburg in Neuss 1973

Die Dokumentensammlung erinnert an einen im Wesentlichen durch Migrantinnen initiierten und getragenen Streik bei einem Automobilzulieferer.

Rezensiert von [Sebastian Friedrich](#)

Ende August 1973 fand in den Ford-Werken in Köln-Niehl ein „wilder Streik“ statt. 300 türkeistämmige Arbeiter_innen sollten fristlos entlassen werden, weil sie verspätet aus dem Jahresurlaub kamen. Dagegen und gegen niedrige Löhne beehrten die Arbeiter_innen auf. Nachdem anfänglich deutsche Arbeiter_innen sich noch mit ihren Kolleg_innen solidarisierten, kippte nach wenigen Tagen die Stimmung. Serhat Karakayali (2005) resümiert, dass der Streik letztlich an der Spaltung in Deutsche und Ausländer gescheitert sei. „Werksleitung, Betriebsrat und Medien hatten es nach und nach geschafft, die ohnehin schon strukturell unterschiedlichen Interessen ideologisch zu verfestigen.“ Während der Ford-Streik durch die Erinnerungsarbeit von Aktivist_innen mittlerweile relativ bekannt ist, sind viele andere Kämpfe, die von Arbeitsmigrant_innen Anfang der 1970er Jahre geführt wurden, zunehmend in Vergessenheit geraten. So streikten im August 1973 nur wenige Kilometer entfernt von Köln in Neuss bei dem Autozulieferer Pierburg tausende Arbeiter_innen. Der nun von Dieter Braeg, einem damals beteiligten Aktivist, herausgegebene Sammelband „Wilder Streik – das ist Revolution“ dokumentiert die Ereignisse um diesen Arbeitskampf in erster Linie anhand zahlreicher damals erschienener Texte, Interviews und Berichte.

Rassismus, Geschlechterverhältnisse und Streik bei Pierburg

Die Firma Pierburg ist ein klassisches Beispiel für die Wirkmächtigkeit von Rassismus, Klassen- und Geschlechterverhältnissen auf die Organisation von Arbeit in der Bundesrepublik der 1960er und 1970er Jahre. Während in den Niedriglohngruppen fast ausschließlich Arbeitsmigrant_innen beschäftigt waren, gab es in der Facharbeitergruppe „nur zwei, drei Jugoslawen, einen Griechen, also

fast ausschließlich Deutsche“ (S. 110), die Vorarbeiter waren sogar ausschließlich Deutsche. Die Fakten der Lohndiskriminierungen werden in einem im Anhang des Buches versteckten, aber sehr aufschlussreichen Referat des Herausgebers Braeg aus dem Jahr 1975 deutlich. Migrantische Arbeiter_innen würden erstens aufgrund der Lohngruppen schlechter gestellt, zweitens wegen ihrer kürzeren Betriebszugehörigkeit durch „Rotation“ oft gesteuert, bekämen etwa weder Weihnachtsgeld noch Jahresprämie und erhielten drittens insgesamt „die schlechtesten und schlecht bezahlten Arbeitsplätze“ (S. 167). Besonders betroffen waren Migrantinnen. Während beispielsweise ein Aufstieg innerhalb des Betriebs männlichen Migranten vereinzelt gelang, war gleiches für Migrantinnen praktisch unmöglich.

Übergeordnet war es eine auf Rassismus und Geschlechterverhältnissen beruhende Segmentierung der Arbeit, die zum selbstorganisierten „wilden“ Streik im August führte. Diesem gingen allerdings zwei Streiks bei Pierburg voraus. 1969/70 protestierten bei selbstorganisierten Streiks jugoslawische Arbeiterinnen (ausschließlich Frauen) in erster Linie gegen die Wohnverhältnisse. Die Frauen wehrten sich gegen massive Einschränkungen im Privatbereich; so sah die Hausordnung der Wohnheime, in denen sie lebten, vor, dass „peinlichste Sauberkeit“ zu halten sei, „das Anbringen von Bildern und dergleichen“ eine Zustimmung der Hausleitung bedürfe oder es verboten sei, ohne Genehmigung des Hausmeisters Besuch zu empfangen (S. 93f.). Die Frauen hatten Erfolg: Nach und nach wurden die Wohnheime abgebaut und auch die niedrigste Lohngruppe (Lohngruppe I) abgeschafft, was zu einer – wenn auch geringen – Lohnerhöhung führte. Hier gab es bereits Solidarisierungen der deutschen Arbeiterinnen. Wenige Monate vor dem Auguststreik gab es im Juni 1973 einen weiteren spontanen Streik, in dem neben zahlreichen anderen Forderungen zentral die der Abschaffung der Lohngruppe II sowie die Erhöhung des Lohns für alle um eine Mark waren. Der Streik dauerte nur zwei Tage, da Pierburg durch kleinere Gehaltsaufbesserungen den Streik unterlaufen konnte. Der Unternehmensleitung war viel daran gelegen, die Lohngruppe II zu erhalten und die Kosten der Arbeitskraft weiterhin niedrig zu halten. Zudem sollten im Herbst 300 schon länger bei Pierburg arbeitende Migrantinnen entlassen und durch neue – und dadurch günstigere – Arbeiterinnen ersetzt werden.

Gegen diese geplanten Entlassungen richtete sich zunächst der Streik von 200 bis 300 Arbeiter_innen, die am Montag, dem 13. August 1973, zur Frühschicht die Arbeit nicht aufnahmen. Viele Arbeiter_innen in der Fabrik solidarisierten sich nach der Frühstückspause mit den Streikenden vor der Fabrik: 600 schlossen sich an, womit die Produktion lahmgelegt war. Der Streik dauerte die ganze Woche und viele deutsche Arbeiter_innen, auch einige Facharbeiter, solidarisierten sich.

Der Streik wurde von heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei begleitet, die

sich schnell herumsprachen, einige Journalist_innen auf den Plan riefen und so ihren Weg bis in die Tagesschau fanden. Binnen kurzer Zeit solidarisierten sich auch viele Neusser Bürger_innen und unterstützten die Streikenden aktiv. Auch die IG Metall in Neuss, die zwar offiziell den Streik nicht unterstützen konnte, erklärte sich solidarisch. Durch die Gefährdung der Automobilproduktion bei Ford und Opel durch die Streiks bei den Zulieferern Pierburg und Hella schaltete sich ein Arbeitgebervertreter ein, was den Druck auf Pierburg erhöhte. Und tatsächlich, der Streik hatte großen Erfolg: Fünf Tage nach Streikbeginn wurde verkündet, die Lohngruppe II falle weg und es werde Lohnzuschläge von 53 bis 65 Pfennige geben. Die Streikenden erklärten sich bereit, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Solidarisierungen

Das Buch erinnert an den Streik und vermittelt durch viele Originaldokumente einen Eindruck der Atmosphäre des Kampfes vor vierzig Jahren. Aus heutiger Sicht lohnt es sich, den Streik genauer unter die Lupe zu nehmen, denn anders als beim bekannten Ford-Streik kam es zu Solidarisierungen seitens der deutschen Arbeiter_innen. Die Migrantinnen bei Pierburg forderten Solidarität ein in ihrem Kampf gegen eine durch Rassismus *und* durch Geschlechterverhältnisse geprägte Organisation der Arbeit, etwa als sie diejenigen Arbeiter_innen, die weiterarbeiteten, mit Rosen beschenkten, aber klar die Bitte um Mithilfe beim Streik formulierten. Eine damalige Gewerkschaftsjugendvertreterin beschreibt in einer Rückschau im Buch eindringlich, wie sie Tränen in den Augen hatte, als am Donnerstag die Kolleg_innen des Werkzeugbaus nach 9 Uhr ihre Arbeit niederlegten und mit erhobenen Rosenstrauß sich solidarisierend auf die Streikenden zuzogen.

Die gelungene Solidarisierung gelang nicht zuletzt dank eines linken Betriebsrats, der es nach jahrelangen Kämpfen im Jahr 1972 schaffte, den alten unternehmerfreundlichen Betriebsrat abzulösen, was sich wesentlich auf die Repräsentation auswirkte. War die Mehrheit des Vertrauenskörpers zu diesem Zeitpunkt bereits mehrheitlich durch Migrant_innen besetzt, wurde bei der Zusammensetzung des Betriebsrats darauf Wert gelegt, dass mindestens 50 Prozent Migrant_innen und eine Person pro Nationalität vertreten waren. Außerdem wurden Informationsflugblätter in allen Sprachen der im Betrieb Beschäftigten verteilt und die Betriebsversammlungen in allen Sprachen abgehalten, auch wenn diese dadurch durchschnittlich knapp fünf Stunden dauerten.

Der Betriebsrat widmete sich außerdem Problemen, die nicht konkret die Arbeit betrafen, „sondern auch die Probleme der Wohnung, Ausbildung, des Kulturlebens, der rechtlichen Situation“ (S. 170). So forderte der Betriebsrat unter anderem die Garantie einer akzeptablen Wohnung und die sofortige Aufhebung der seit 1973 erlassenen Beschränkungen wie Arbeits- und Aufenthaltserlaubnisse, Bevorzugung

von Deutschen bei der Arbeitsplatzvergabe, Zuzugsbeschränkungen in Ballungsgebieten und die diskriminierende Kindergeldregelung.

Die Erfahrung des gemeinsamen Kampfes

Imposant an dem Buch ist die fühlbare Freude an der Solidarität und am gemeinsamen Kampf. Das gelingt zum einen durch den beiliegenden Dokumentarfilm aus dem Jahr 1975, der die Geschichte des Streiks und der Solidarität in Bilder packt und es schafft, die Atmosphäre auch emotional fassbarer zu machen. Das gelingt zum anderen durch die zahlreichen Originaldokumente im Buch. Zwar hätten diese besser kontextualisiert werden können – bei manchen Dokumenten braucht es eine gewisse Zeit bis sich Indizien verdichten, von wem und wann der Text verfasst wurde. Schade ist zudem, dass nur wenige eigens für das Buch verfasste Texte aus heutiger Sicht die Ereignisse reflektieren, weshalb kaum thematisiert wird, was aus den Streikenden von damals geworden ist. Dennoch: Die Fülle an Originaldokumenten fängt durch ihre Sprache und ihren Stil eindringlich gefühlte und gelebte Solidarität authentisch ein. In einem dokumentierten Streikbericht eines linken Gewerkschafters heißt es:

„Plötzlich ist ein türkischer Dudelsackspieler da, im Werk auf dem Hof und vor dem Werk bilden sich Gruppen aus Männern und Frauen aller Nationalitäten und man beginnt zu tanzen. Die Deutschen machen mit, hilflos am Anfang, aber die Mädchen zeigen ihnen, wie man die Füße setzen muß. ‚Dies ist der schönste Tag meines Lebens‘, sagt ein älterer deutscher Arbeiter, ‚heute halten wir alle zusammen, das habe ich noch nie in meinem Leben erlebt. Pierburg kann uns nicht schaffen!“ (S. 23)

Der Streik bei Pierburg ist, wie Manuela Bojadzjev (2008) in ihrer umfangreichen und ausgezeichneten Studie „Die windige Internationale“ (siehe die [Rezension von Katharina Schoenes](#) in dieser Ausgabe) festhält, ein Beispiel dafür, wie rassistische Spaltungen unterlaufen werden konnten – trotz der Strategien der Unternehmensleitung, staatlicher Apparate und der Presse, die Kampfbereitschaft der Belegschaft zu schwächen. Dies gelang, da

„Migrantinnen beharrlich auf Allianzen setzten und Solidarität einforderten. Die hatten sie durch gezielte Interventionen erreicht: durch Besuch der Kneipen, die sie sonst nicht frequentierten, durch Einfluss auf die deutschen Facharbeiter, durch die temporäre Aneignung der Fabrik, die zumindest für einen Tag festartigen Charakter erhielt“ (Bojadzjev 2008, S. 170).

Der Band hält diese Momente der Solidarität fest und würdigt mit hoher Authentizität einen kurzen Augenblick des gelungenen Widerstands, der Platz finden sollte im kollektiven Gedächtnis der Linken.

Zusätzlich verwendete Literatur

Bojadzijeve, Manuela (2008): Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration. Westfälisches Dampfboot, Münster.

Karakayali, Serhat (2005): Lotta Continua in Frankfurt, Türken-Terror in Köln. Migrantische Kämpfe in der Geschichte der Bundesrepublik. In: Grundrisse 14 (2/20015). Online [hier](#).

Dieter Braeg (Hg.) 2012:

"Wilder Streik - das ist Revolution". Der Streik der Arbeiterinnen bei Pierburg in Neuss 1973.

Die Buchmacherei, Berlin.

ISBN: 978-3000399046.

178 Seiten. 13,50 Euro.

Zitathinweis: Sebastian Friedrich: Noise bei Pierburg. Erschienen in: Umkämpfte Migration. 30/ 2013, ...können wir nur selber tun!. 45/ 2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1165>. Abgerufen am: 10. 10. 2017 12:54.

Bildet Jugendbanden!



ak wantok (Hg.)

Antifa Gençlik

Eine Dokumentation (1988-1994)

Die Dokumentation über eine wichtige antifaschistische Bewegung verbindet Zeugnis mit Visionen für antifaschistische Politik.

Rezensiert von [Andrea Strübe](#)

Fünf Jahre existierte sie, die Antifasist Gençlik (AG), ein Zusammenschluss mehrheitlich migrantischer – zumeist türkischer oder kurdischer – junger AntifaschistInnen in Berlin und anderen Städten. 1989 in der damals noch geteilten Hauptstadt von Antifa-Gruppen aus Kreuzberg, Neukölln und dem Wedding zusammengeschlossen, trat die Antifa Gençlik an, auf die von Ausgrenzung und Rassismus gekennzeichnete Situation von MigrantInnen der 2. und 3. Generation aufmerksam zu machen und sich gegen den erstarkenden Nationalismus der deutschen Gesellschaft sowie gegen Angriffe deutscher Nazis und Faschisten zu stellen. Antifa Gençlik war ein längst überfälliges Projekt, das sich rasch zu einer kraftvollen Bewegung entwickelte und leider viel zu früh durch interne Streits, Probleme mit „deutschen“ Linken und institutionelle Repression zerbarst.

Der Dokumentationsband versammelt originale Artikel der Gruppe, die damals in einem Beiblatt des *Antifa Infoblattes* unter dem Titel *Antifasist Haber Bülteni* erschienen sowie Flugblätter und Interviews. Vor allem sind hier aber auch Texte veröffentlicht, die nach der Auflösung der Gruppe erstellt wurden und ausführliche Reflexionen enthalten – die wohl interessantesten Stücke des Buches. Die Kritik und Selbstkritik aus der Feder einiger Gruppenmitglieder mögen auch heute noch anregend für antifaschistische Politiken sein.

Eine Generation in der Identitätskrise

Die Lebenssituation der in Deutschland lebenden Jugendlichen mit Migrationshintergrund zeichnete sich in den 1980ern durch mehrere Identitätskrisen aus. Während die Eltern, die in den 60ern als „GastarbeiterInnen“ gekommen waren, ihren Aufenthalt in Deutschland meist immer noch als vorübergehend begriffen, wuchs die zweite Generation zwischen den Stühlen

heran. Die Elterngeneration, stark bezogen auf ihre eigene Community und deren Traditionen, organisierte sich auch politisch eher in Hinblick auf ihr Herkunftsland. Ihre Söhne und Töchter wuchsen anders auf und entwickelten andere Gewohnheiten, andere Leidenschaften, vor allem aber andere Umgangsweisen mit sozialen Problemen: „Wir fühlen uns anders als unsere Eltern: Die Stadt ist auch unsere Heimat, wir sind keine AusländerInnen, wir wollen die gleichen Rechte wie die Deutschen und dafür werden wir auch kämpfen“ (S. 97). Aus dieser Identitätskrise, dieser „Spaltung zwischen den Generationen“ (S. 13), entwickelte sich, vor allem durch das Erstarken nationalistischer und rassistischer Kräfte zur Zeit der Wiedervereinigung, bei den Jugendlichen der Drang, ihre unmittelbare Situation, die sich auf ihr Leben in Deutschland bezog zu verändern und ihren Selbstschutz in Jugendbanden zu organisieren. Vorwiegend, um sich den Nazis entgegen stellen zu können, weniger als organisierte Antifa. Dieses Vakuum erkannte eine migrantische Antifagruppe aus Kreuzberg und schloss sich mit anderen linken türkischen Gruppen zusammen zur Antifa Gençlik. Die AktivistInnen sahen es als ihre Aufgabe, die Jugendbanden zu einen und zu politisieren. Sie sollten nicht nur den Nazi als Feind erkennen, sondern die deutsche kapitalistische Gesellschaft mit ihren Regeln und Gesetzen:

„Wir können nicht mehr zuschauen, wie sich jugendliche ImmigrantInnen in Banden gegenseitig bekriegen und kriminalisiert werden. Unsere antifaschistische Arbeit [an anderer Stelle wird von der Arbeit eines Sozialarbeiters gesprochen] sollte den Jugendlichen eine Basis bieten, auf der sich ihr Identitätsprozeß leichter vollzieht“ (S 129).

Schnell entstand eine kraftvolle militante Bewegung:

„Wir wollen die unbewußte Reaktion zu einer bewußten und organisierten Reaktion machen und haben deshalb den Schritt getan, eine Antifa-Jugendgruppe zu gründen. Wir glauben, daß sich in der BRD der Faschismus zunehmend verstärken wird. Und wir glauben aber auch, sogar sehr fest, dies verhindern zu können. Dies ist aber nur möglich in einer stabilen militanten Volksbewegung“ (S. 95).

Die Kriminalisierung durch Polizei und Verfassungsschutz ließ entsprechend nicht lange auf sich warten.

Auseinandersetzungen

In der AG wurde viel diskutiert, publiziert und auf die Straße gegangen. Schnell entwickelte sich eine Bewegung, die auch von der deutschen Linken ernst genommen wurde (wenn teils auch unter falschen Vorzeichen, wie sich später herausstellen sollte).

In ihren Texten diskutierte die AG ihre gesellschaftliche Analyse von der Situation migrantischer Jugendlicher, der Situation von Frauen und Sexismus in den eigenen Reihen, von den „Ausländergesetzen“ und den Entrechtungen, beispielsweise durch das nicht zugestandene Wahlrecht. Vor allem aber lag ein Schwerpunkt auf der Kritik der faschistischen Gesellschaft. Die Kapitalisten trieben in Zeiten der ökonomischen Krise, so heißt es, einen ideologischen Keil in die ArbeiterInnenschaft, um diese zu spalten und gegeneinander aufzubringen. Diese Spaltungslinie befände sich zwischen den „deutschen“ und den „ausländischen“ ArbeiterInnen, die nun statt gegen die Kapitalisten aufzubegehren sich gegenseitig angriffen. Das ideologische Futter werde zudem von den Faschisten gefressen und treibe sie zu Angriffen gegen die „Ausländer“. Nun mag ein solcher Faschismusbegriff den Faschismus des frühen 20. Jahrhunderts ordentlich verwässern und das Kind der Arbeiterspaltung (zum Beispiel durch Überausbeutung von MigrantInnen) nicht beim richtigen Namen nennen. Sich der Gefahr des drohenden Faschismus gegenüber zu sehen, spiegelt aber die Stimmung der früher 90er Jahre zwischen Wiedervereinigung, Nationalismusrausch und den permanenten Angriffen auf Menschen mit Migrations- oder Fluchthintergrund wider. Wie in fast allen dokumentierten Texten ist die Forderung formuliert, die aus diesen Umständen resultiert:

„Wir müssen mit Ehrgeiz versuchen, [...] im Klassendenken den Kampf zu entwickeln. Wir müssen die revolutionäre Klassenideologie der Arbeiter und den internationalen Geist bei den Massen verbreiten, um die Zuneigung der Massen zum Nationalismus zu neutralisieren“ (S. 24).

Ein jähes Ende

Als Gerhard Kaindl, organisiert in der rechtsextremen Landesliga der Deutschen Liga für Volk und Heimat im April 1992 den Stichverletzungen erlag, die ihm bei einer Auseinandersetzung mit Jugendlichen zugeführt wurden, überzog eine Verdachts- und Repressionswelle die AG. Es erfolgten Verhöre und Festnahmen, Leute tauchten unter, wurden aus den eigenen Reihen heraus belastet. Die AG zerbrach. Der Stachel in den Augen des Staatsschutzes war schnell gezogen, darauf hatten die Organe ja seit Beginn hin gearbeitet. Den Schrecken und die Wut darüber bekommt man vor allem in den Texten zu fassen, die nach der Auflösung '94 verfasst wurden. Hier wird zunächst dokumentiert, in welchem gesellschaftlichen Klima die AG sich fand, und was ihr Anliegen war:

„Die ImmigrantInnen sollten ihr hinnehmendes und passives Verhalten ändern und durch die AG selbstbewußter agieren, um so die deutsche „Ausländerpolitik“ zum Scheitern zu bringen. Damit würden wir den „deutschen Herren“ eine große Überraschung bereiten, aber leider ist es uns nicht gelungen“ (S. 122).

Dieses Scheitern wird schließlich durch vielerlei Gründe erklärt: Interne Konflikte wurden nicht vernünftig ausgetragen und die ersten Zersplitterungen fanden schon früh statt. Für Reflexionen gab es zu dieser Zeit keinen Platz. Außerdem wurde oft unüberlegt militant gehandelt, ohne Rücksicht auf andere involvierte Gruppen. Der Anspruch einer jugendlichen politisierten Selbstorganisation ging nach eigenen Aussagen zu oft unter und fand schlicht als „kurzsichtige 'militante' antifaschistische Arbeit“ (S. 131) statt. Warnungen, wie gefährlich diese Arbeit sein kann, wurden nicht ernst genommen und so setzten sich viele Mitglieder starken Spannungen aus. Trotz der gehaltvollen Analysen und Publikationen schien die AG im Nachhinein nicht fähig, ihre Theorie in die Praxis zu übersetzen, beziehungsweise mehr Jugendliche für diese Auseinandersetzung zu begeistern. Dafür mögen viele Probleme zu unmittelbar gewesen sein.

Ein großer Kritikpunkt geht an Teile der deutschen (antifaschistischen) Linken. Diese habe zwar die Zusammenarbeit mit der AG sehr offen begrüßt, sie aber benutzt, um sich damit selbst zu dekorieren. Schließlich mündete dies in einer dogmatischen „Wir das Hirn, ihr die Muskeln“-Haltung, in der Entscheidungen ohne Rücksicht auf AG gefällt wurden: „Es bildete sich ein Widerspruch [...] heraus, denn neben dem Willen, die ImmigrantInnen bei ihrer Selbstorganisation und Emanzipation zu ermutigen, hatten sie zugleich auch Angst, dass diese einen 'falschen Weg' einschlagen könnten“ (S. 138). Daher das Plädoyer der AG: Die Organisation erfolgt zuerst in den migrantischen Mikrostrukturen, wo jedeR seine oder ihre Belange am besten kennt. Eine Vernetzung mit anderen, die als sehr wichtig erachtet wird, findet statt, wenn alle einer gemeinsamen Programmatik zustimmen. Und diese sieht nicht die Integration von ImmigrantInnen vor, sondern leistet emanzipatorische Arbeit für die Gesellschaft, „die es nötig hat, verändert zu werden“ (S. 140).

Das Buch hat manchmal seine Längen, da sich inhaltlich vieles wiederholt. Vor allem der zweite Teil aber wird sehr interessant, wenn es um die Selbstkritik und die Kritik an der deutschen Linken geht. Insgesamt hätte jedoch nach all der Kritik ein bisschen der Blick nach vorne gut getan. Denn dass die AG ein wichtiges Beispiel deutscher antifaschistischer Geschichte ist, an dem sich viel Gutes ablesen lässt, ist unbestreitbar. Insbesondere im Hinblick auf die Zusammenarbeit von migrantischen und nicht-migrantischen Linken lässt sich aus diesem Buch einiges mitnehmen. Schade ist es aber, dass an diese Publikation nicht genutzt wurde, um, an die AG anschließende, migrantische und internationalistische Antifa-Organisationen in der BRD zumindest grob zu benennen und heute und gestern miteinander in Beziehung zu setzen. Diese Transferleistung obliegt den LeserInnen allein.

ak wantok (Hg.) 2014:
Antifa Gençlik. Eine Dokumentation (1988-1994).
Unrast Verlag, Münster.
ISBN: 978-3-89771-566-0.
164 Seiten. 13,00 Euro.

Zitathinweis: Andrea Strübe: Bildet Jugendbanden! Erschienen in: Antifa anders machen!. 37/ 2015, ...können wir nur selber tun!. 45/ 2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1287>. Abgerufen am: 10. 10. 2017 12:54.

Lizenzhinweise

Copyright © 2010 - 2017 kritisch-lesen.de Redaktion - Einige Rechte vorbehalten

Die Inhalte dieser Website bzw. Dokuments stehen unter der [Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland Lizenz](#). Über diese Lizenz hinausgehende Erlaubnisse können Sie über unsere [Kontaktseite](#) erhalten.

Sämtliche Bilder sind, soweit nicht anders angegeben, von dieser Lizenzierung ausgeschlossen! Dies betrifft insbesondere die Abbildungen der Bücher und die Ausgabenbilder.